

Protokoll 10/2018

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 11. Dezember, 14:00 – 18:52 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsident Hugo Halter

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Hugo Halter eröffnet die 10. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie Gäste. Speziell begrüsst er heute auch die Lernenden der Stadtverwaltung, die einen Teil der Beratungen mitverfolgen werden, aber zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen werden.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Jürg Messmer; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Später erschienen: Daniel Blank (14:04 Uhr), Urs Bertschi (14:05 Uhr), Stefan Moos (14:10 Uhr), Thomas Dubach (14:10 Uhr), Anna Spescha (14:15 Uhr), Martin Eisenring (16:09 Uhr).

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Hugo Halter, Ratspräsident, geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

Hugo Halter, Ratspräsident, stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Traktandenliste

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 20. November 2018
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion Stefan W. Huber, glp, vom 19. November 2018 zur Stärkung des Vertrauens in Demokratie, Politik und Rechtsstaat
Überweisung
4. Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2500 vom 23. Oktober 2018
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2500.1 vom 19. November 2018
5. Postulat SVP Fraktion vom 13. Dezember 2017 betreffend Aufhebung der Nachhaltigkeitskommission
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2509 vom 13. November 2018
6. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 17. August 2018 betreffend Hitzeperiode: Massnahmen für die Zukunft
Antwort des Stadtrats Nr. 2510 vom 20. November 2018
7. Interpellation Martin Eisenring, CVP, vom 24. August 2018 betreffend Jazznight Zug und Sports Festival Zug, Vereinbarkeit mit Konzept der Nachhaltigkeit
Antwort des Stadtrats Nr. 2511 vom 27. November 2018
8. Interpellation SVP-Fraktion vom 16. November 2018: Hintertreibt der Stadtrat aktiv den Volksentscheid vom 10. Juni 2018 zum unteren Postplatz?
Antwort des Stadtrats Nr. 2512 vom 27. November 2018
9. Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 20. November 2018

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Hugo Halter, Ratspräsident, stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Hugo Halter, Ratspräsident, stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Kleine Anfrage SVP-Fraktion vom 22. November 2018 zu den Stadtzuger Parkhäusern

Sehr geehrter Herr Präsident

Namens der SVP-Fraktion stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen im Rahmen einer kleinen Anfrage.

1. Gemäss Informationen aus dem Finanzdepartement werden Sach- und Betriebsaufwand (ohne Elektrizitätskosten und Anteil am Parkleitsystem) des Parkhauses am Postplatz im Auftragsverhältnis von der Firma Regimo Zug AG wahrgenommen. Die Entschädigung wird mit 3.75 % der Gesamteinnahmen abgegolten. Bestätigt der Stadtrat diese Zahl?
2. Wie hoch schätzt der Stadtrat für das Parkhaus am Postplatz die Elektrizitätskosten und den Anteil am Parkleitsystem im Verhältnis zu den erwarteten Einnahmen ein?
3. Sach- und Betriebsaufwand (inkl. Elektrizitätskosten und Anteil am Parkleitsystem) betragen 2016 bei allen anderen Parkhäusern der Stadt Zug gemäss Vollkostenrechnung rund 60 % der Gesamteinnahmen. Falls aus den Gesamtzahlen aus den Fragen 1 und 2 eine wesentliche tiefere Gesamtbelastung (mehr als 10 %) für das Parkhaus am Postplatz sich ergeben sollte:
 - a) Wie erklärt der Stadt, dass eine Privatfirma diese Dienstleistung wesentlich günstiger als die Stadt selber erbringen kann?
 - b) Ist der Stadtrat bereit, die nötigen Korrekturmassnahmen inkl. ein sukzessives Outsourcing des Unterhaltes (Sach- und Betriebsaufwand) einzuleiten?
 - c) Falls ja, in welchem Zeitrahmen?
 - d) Falls nein, warum?
4. Die Gesamteinnahmen pro Parkplatz in den Zuger Parkhäuser betragen 2016 CHF 2'300.-, mit dem Resultat, dass die Unterdeckung gemäss Vollkostenrechnung 104 % betrug. Welche Einnahmen beim Parkhaus am Postplatz pro Parkplatz werden budgetiert, um die Gesamtkosten abzudecken bzw. auch eine angemessene Kapitalrendite für die Destinatäre zu erzielen?
 - a) Liegt ein Gesamtbudget (Einnahmen und Ausgaben) vor?
 - b) Wenn ja, wie sieht es aus?
 - c) Wenn nein, warum wurde diese wichtige Planungs- und Steuerungsgrundlage nicht erarbeitet?
5. Falls aus dem Betrieb des Parkhauses am Postplatz keine Unterdeckung erwirtschaften wird wie erklärt der Stadtrat, dass alle andere Parkhäuser dermassen defizitär sind?
6. Falls aus dem Betrieb des Parkhauses am Postplatz eine namhafte Unterdeckung erwirtschaften wird:
 - a) Welche Korrekturmassnahmen sind vorgesehen?
 - b) Bei strukturellen Defiziten wäre der Stadtrat bereit, Massnahmen zu ergreifen, damit die gesamte Kapitalrendite der Destinatäre nicht beeinträchtigt wird?
Wenn ja, welche?
7. Personalkosten inkl. Sozialleistungen betragen bei den Parkhäusern im Jahr 2016 CHF 130'000.-. Ist die Annahme richtig, dass die Löhne für das Aufsichtspersonal im Parkhaus «Casino» unter dieser Position gebucht werden?

8. Ist die Annahme richtig, dass in allen anderen städtischen Parkhäusern die Sicherheit durch andere Massnahmen (z.B. Patrouillen), aber nicht durch Aufsichtspersonal sichergestellt wird?
- a) Falls ja, warum schätzt der Stadtrat die Sicherheitssituation im Parkhaus «Casino» als problematischer als in allen anderen Parkhäusern?
 - b) Falls ja, ist der Stadtrat bereit, bei einer anderen Einschätzung der Sicherheit im Parkhaus «Casino» (aus der Beantwortung der Frage 8b abzuleiten) keine wesentliche Unterschiede feststellt, diesen Kostenblock kritisch zu hinterfragen und allenfalls zu eliminieren?
 - c) Falls ja, in welchem Zeitraum?
 - d) Falls nein, warum?

Wir danken um schriftliche Beantwortung.

Freundliche Grüsse

Gregor R. Bruhin
Fraktionschef SVP

Ergebnis

Der Stadtrat hat gemäss § 44 der Geschäftsordnung für die schriftliche Beantwortung 30 Tage Zeit.

Postulat Martin Eisenring, CVP, vom 10. Dezember 2018: Attraktive Nutzung des Gartens des Zuger Regierungsgebäudes

Sehr geehrter Herr Präsident

Das Zuger Regierungsgebäude ist eines der schönsten Gebäude unserer Stadt. Es liegt zum einen zwischen Vor- und Altstadt und zum anderen zwischen Postplatz und Zugersee und damit im Herzen der Stadt Zug. Die der Strasse zugewandte Seite ist für die Öffentlichkeit zugänglich, die dem See zugewandte Fassade und die grosszügige Gartenanlage ist hingegen durch einen abweisenden Stahlzaun abgesperrt.

Ich finde es schade, dass der Garten des Regierungsgebäudes nicht von der Öffentlichkeit (jedenfalls nicht von der Bevölkerung) genutzt werden kann. Angesichts der engen räumlichen Verhältnisse an der Seepromenade und dem Wunsch unserer Stadt, die Aufenthaltsqualität im Umfeld des Regierungsgebäudes und im Bereich Postplatz zu verbessern, wäre es meines Erachtens wünschenswert, die Aufenthaltsfläche für die Öffentlichkeit im Umfeld des Regierungsgebäudes zu verbessern und zu verschönern.

Im Bewusstsein, dass die Stadt angesichts der Eigentumsverhältnisse des Regierungsgebäudes nicht alleine entscheiden kann (sondern nur zusammen mit dem Kanton), lade ich den Stadtrat ein, mit dem Kanton in einen Dialog zu treten betreffend der Nutzung des Gartens des Regierungsgebäudes. Ich bitte den Stadtrat, zu folgenden Anträgen Stellung zu nehmen:

1. Wäre der Stadtrat bereit, zusammen mit dem Kanton zu prüfen, ob der abweisende Zaun um das Regierungsgebäude allenfalls abgebaut bzw. geöffnet werden könnte?
2. Könnte geprüft werden, ob die Gartenfläche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann?
3. Könnte geprüft werden, ob im seeseitigen Nebengebäude zum Regierungsgebäude eine attraktive gastronomische Nutzung möglich wäre (allenfalls auch nur saisonal auf der Terrasse)?
4. Wäre es allenfalls möglich, die seitlichen Parkplätze des Regierungsgebäudes aufzuheben und so einen direkten Zugang zum See zu schaffen?

Freundliche Grüsse

Dr. Martin Eisenring, Mitglied GGR

Ergebnis

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat gemäss § 42b) der Geschäftsordnung spätestens zwölf Monate nach der Überweisung Bericht und Antrag.

3. Motion Stefan W. Huber, glp, vom 19. November 2018 zur Stärkung des Vertrauens in Demokratie, Politik und Rechtsstaat Überweisung

Fraktionsvoten

Bruno Zimmermann, Ratsvizepräsident

Durch die Erweiterung des § 11 wird nur eine Ergänzung eingefügt, die bereits heute mit dem bestehenden Paragraphen und etwas gesundem Menschenverstand umgesetzt werden kann – und auch wird. Es besteht somit keine Notwendigkeit den bestehenden Paragraphen zu erweitern. Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion den Antrag, die Motion nicht zu überweisen.

Urs Bertschi

Spielt man beispielsweise das Szenario Postplatz mit der angeregten Neuformulierung von § 11 durch, wie vom Motionär vorgeschlagen, hätte dies wohl zu folgendem Drehbuch geführt:

- Die Stadtkanzlei prüft die Gültigkeit der Unterschriften und der Initiative
- Die Stadtkanzlei hegt Zweifel an der Gültigkeit der Initiative, da beispielsweise jetzt hier der Bebauungsplan Postplatz ausgehöhlt werden könnte
- Nun wäre also der Regierungsrat in die Vorprüfung einzubeziehen, dieser hegt ebenfalls Zweifel
- Der Stadtrat verfasst gestützt darauf einen Bericht und Antrag und kommt zum Schluss – ist er hier ja nicht gekommen, aber könnt ja zum Schluss kommen –, dass die Initiative problematisch ist und empfiehlt diese zur Ablehnung
- Der GGR prüft die Gültigkeit der Initiative und kommt zum Schluss, dass diese sehr wohl gültig ist, weil sich die Rahmenbedingungen, z.B. wegen des Stadttunnels, eben geändert haben
- Die darauf folgende Volksabstimmung endet mit Zustimmung, d.h. der Bebauungsplan müsste geändert werden
- Der Regierungsrat nimmt eine Vorprüfung der geplanten Änderung vor und kommt dann wiederum zum Schluss, dass die Änderung nicht möglich ist, d.h. dass das Volksbegehren nicht umsetzbar ist
- Quintessenz: Über viele Umwege müsste dann diese Initiative nachträglich für ungültig erklärt werden

Fazit:

Solange dieser Rat nicht bereit ist, seine Verantwortung wahrzunehmen, blieben auch die mit der Motion vordergründig verfolgten Absichten reine Makulatur. Die Motion bringt nichts, sondern bläht bloss den Vorprüfungsapparat auf unnötige Weise auf. Solange – und ich kann es nicht anders sagen – leider die bürgerliche Ratsmehrheit mitsamt ihren Juristen in diesem Rat problematische Initiativen aus reinem Opportunismus und Parteienkalkül durchwinken, hilft auch eine zusätzliche Vorprüfung nichts. Hier steht einzig und allein der GGR in der Verantwortung. Er hat für den Rechtsstaat einzustehen und darf sich eben nicht verbiegen lassen, nur weil es gerade politisch opportun erscheint.

Will man dies allerdings nicht wahrhaben, dann gibt es eben solch schmerzvolle Erfahrungen wie nun am Postplatz, indem schlussendlich der Regierungsrat dann sagt, was Sache ist. Dies hätte zweifelsfrei bereits dem Stadtrat etwas früher und vor allem konsequenter gut angestanden. Aber so kurz vor den Wahlen, meine Damen und Herren, wer will dies dem Stadtrat verargen. Die SP-Fraktion jedenfalls sieht sich in ihrer Grundhaltung bestätigt: der Bebauungsplan Postplatz und sämtliche – und wirklich sämtliche – anderen Bebauungspläne sind nun einmal konsequent umzusetzen. Der Rechtsstaat geht der von diesem Rat oft gepflegten Bewirtschaftung der

jeweiligen politischen Opportunitäten vor. Auch ein Bebauungsplan lässt kein launenhaftes hüst und hott zu. Als Sondernutzungsordnung setzt er gesetzliche Regeln fest, die von allen Akteuren einzuhalten sind.

Dass die Initianten, wie gesehen, der GGR und letztlich auch das Stimmvolk am Postplatz dies anders gesehen haben oder sehen wollten, ist schade. Aber wie heisst es so schön: wer nicht hören will, muss fühlen.

Wenn ein solches Zurückgepfiffenwerden zu einem Vertrauensverlust führen würde, wäre dies allerdings bedauerlich. Tut es aber nicht, denn das Gegenteil wird der Fall sein. Die Institutionen werden mit solchen Erfahrungen gestärkt. Denn das Volk hat nicht immer recht, wenn es rechtsstaatlich erlassene Spielregeln zu kippen versucht. Der Rechtsstaat geht vor, muss vorgehen.

Wenn der GGR in seiner bürgerlichen Mehrheit die ihm zugeteilte Verantwortung künftig wieder wahrnimmt, wird solch vermeintlicher – ziemlich hoch gespielter allerdings – Vertrauensverlust kein Thema mehr sein. Wenn dieser Rat aber weiterhin wider besseren Wissens die Realitäten verkennt und bewusst mit zurechtgeschusterten Wahrheiten agiert, muss er damit rechnen, dass man ihm auf die Finger schaut und ihm ab und zu auch auf die Schliche kommt.

Der Rechtsstaat lässt sich nicht nach Lust und Laune klittern. Die rechtsstaatlichen Spielregeln gehören gerade im Namen des Volkes sehr ernst genommen. Das Parlament, aber auch jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger, müssen sich ihrer Verantwortung wieder stärker bewusst werden, sonst nähern wir uns über kurz oder lang Trump'schen Hauruck-Methoden an.

Der Rechtsstaat und unsere Demokratie, meine Damen und Herren, ertragen keine solchen Spielchen, sie gehen sonst gemeinsam den Bach runter.

Also, meine Damen und Herren: Lieber kritischer hinschauen, statt den Apparat unnötig aufblasen. Will heissen: wir müssen nicht die Spielregeln ausbauen, sondern wir müssen bloss die bestehenden einhalten.

Wir beantragen Ihnen, diese völlig unnötige Motion nicht zu überweisen.

Mathias Wetzel

Stefan Huber möchte mit der Änderung von § 11 der Gemeindeordnung der Stadt Zug bezwecken, dass in Zukunft Initiativen in der Stadt Zug vorgeprüft werden. Wenn es nach dem Motionär geht, soll die Stadtkanzlei diese juristische Aufgabe übernehmen. Der Motionär geht gar noch einen Schritt weiter und will gemäss dem Begleittext, dass bei einem potentiellen Widerspruch mit übergeordnetem Recht zwingend die kantonalen und eidgenössischen Behörden in die Prüfung miteinbezogen werden müssen. Welche Behörden dies genau sein sollen, lässt er offen.

Zum Rechtsstaat gehört vorweg das Grundprinzip der Gewaltenteilung und -trennung. Der Motionär verlangt jedoch, dass die Exekutive die Initiativen, welche vom Souverän ausgehen, überprüfen müsse. Insofern würde die Exekutive bestimmen, ob die Initiative ungültig ist oder nicht. Hinzu kommt, dass die Überprüfung, ob eine Initiative dem übergeordneten Recht widerspricht oder nicht, einen enormen juristischen Aufwand darstellt. Hier würde sich zwangsläufig auch die Frage stellen, ob überhaupt die notwendigen personellen Ressourcen sowie das je nach Initiativthema variierende Know-how vorhanden ist.

Weiter stellen sich etliche Fragen und Probleme, welche mit der Anpassung von § 11 einhergehen würden. Wer kommt für die enormen Kosten einer solchen Vorprüfung auf? Was geschieht, wenn in der Zwischenzeit neue Gesetze in Kraft treten oder neue Entscheide eines Gerichtes ergehen? Was passiert, wenn ein Gericht anderer Meinung ist als die Stadtkanzlei? Was passiert, wenn etwas bei der Überprüfung vergessen ging? Fragen über Fragen.

Hinzu kommt, dass die Initianten zum Zeitpunkt der Vorprüfung vermutlich noch keine einzige Unterschrift gesammelt haben. Wer sammelt schon Unterschriften, wenn nicht klar ist, ob der Initiativtext der Überprüfung standhält? Insofern wäre die Stadtkanzlei hier vorleistungspflichtig, ohne dass man weiss, ob die Initianten die Unterschriften überhaupt je zusammenbekommen.

Es handelt sich bei dieser Motion respektive der verlangten Anpassung des Paragraphen 11 der Gemeindeordnung der Stadt Zug schlicht nicht um das Allheilmittel, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Vielmehr werden hierdurch nur weitere unnötige Probleme geschaffen.

Aus diesem Grund schliesst sich die FDP-Fraktion den Anträgen der SVP und der SP an und beantragt ebenfalls, die Motion nicht zu überweisen.

Stefan W. Huber

Alles ist paletti. Wir haben kein Problem. Alles läuft wie am Schnürchen. Initiativen werden zum wiederholten Mal wahrscheinlich nicht umgesetzt. Der Volkswille wird nicht respektiert – das Zuger Stimmvolk fühlt sich betrogen. Und da mag Urs Bertschi noch so sagen, von seinem Elfenbeinturm herab: «Das betrifft mich hier oben nicht» oder «Ich sehe kein Problem». Aber nur, weil das Elfenbein so weit in den Himmel reicht, heisst das nicht, dass da unten nicht auch noch ein Volk die Fäuste in den Himmel streckt. Und hier muss ich einfach sagen: Ich habe mit vielen Menschen in dieser Stadt gesprochen, und auch wenn ich kein Sachfreund des Inhalts der Initiative war, verstehe ich den Unmut absolut, der jetzt herrscht. Und jeder, der diesen Unmut herunterspielt, begeht wirklich eine fahrlässige Verletzung, eine fahrlässige Störung des Rechtsstaats und der Demokratie. Haben Sie wirklich das Gefühl, den Leuten ist es total egal, dass ihr Volksentscheid jetzt wahrscheinlich einfach nicht umgesetzt wird, dass der GGR nochmals darüber abstimmt, ob es jetzt gültig ist oder nicht gültig ist, dass am Schluss vielleicht ein Gericht über das entscheidet, was das Zuger Stimmvolk eigentlich ursprünglich entscheiden sollte? Das halte ich doch schon für sehr naiv. Und das ist ja nicht das erste Mal, dass so etwas geschieht. Und darum bin ich überzeugt: es gibt ein Problem. Und mir liegt wirklich etwas daran, dass man hier irgendetwas macht. Ich habe so viele Ausreden gehört: Es ist eine Frage des politischen Stils. Es ist eine Frage des Anstands. Es ist eine Frage des demokratischen Pflichtgefühls – Aber niemand in diesem Saal ist bereit, auch nur einen Funken Verantwortung für dieses Debakel – und das ist ein Debakel, das wir hier veranstaltet haben – zu übernehmen. Alle zeigen mit einem Finger auf die anderen und mit vier Fingern auf sich selber. Und das finde ich doch ziemlich unwürdig für diesen Rat. Und jetzt, was können wir jetzt machen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr geschieht? Die einen sagen, das sei einfach der Preis, den man bezahlen müsse für politische Spielchen oder für Verantwortungsdelegation. Aber ich bin nicht bereit diesen Preis zu bezahlen. Ich möchte irgendwie eine Lösung finden, wie wir das in Zukunft zumindest so gestalten können, dass klar ist, wer schuld ist oder wer die Verantwortung trägt. Jetzt: Für die bürgerlichen Parteien ist der Stadtrat in der Verantwortung, der hat zu wenig gut abgeklärt. Eine Abklärung ist sowieso jetzt schon da. Dann sehe ich das Problem nicht, warum man sie dann nicht verpflichtet und halt verbindlich macht. Jetzt können sich alle aus ihrer Position irgendwie herausreden. Der Stadtrat sagt: Ja, es ist nicht unsere Aufgabe, eine Initiative auf ihre Gültigkeit zu prüfen. Wir machen das zwar schon, aber wir geben halt nur so ein bisschen unter vorgehaltener Hand eine Empfehlung ab. Die bürgerlichen Parteien sagen: Ja, der Stadtrat hat sich zu wenig bemüht oder der hat das gar nicht richtig angeschaut. Die Initianten sind auch völlig überrascht, wie man in Interviews lesen kann. Sogar der Regierungsrat gibt sich auch überrascht, warum nicht ein Telefon bei ihm

eingetroffen ist. Er beschuldigt ja schon fast den Stadtrat, indem er sagt: Ja, die Stadt hat uns ja nicht mal angerufen, hat ja nicht mal gefragt, wie es sein könnte. Also, alle zeigen mit dem Finger auf die anderen, die anderen sind schuld, niemand möchte Verantwortung übernehmen. Und das finde ich ja wirklich, wirklich – das sind unhaltbare Zustände für mich. Und ich finde es ja schon zynisch von Urs Bertschi, dass er diese Volksinitiative oder Volksabstimmung, die wahrscheinlich für ungültig erklärt wird, noch als Chance zur Stärkung der Institutionen sieht. Also da sind wir wirklich diametral auseinander. Hat Urs Bertschi wirklich das Gefühl, dass wenn jetzt ein Gericht sagt, nein, der Volkswille ist nicht gültig, wird nicht umgesetzt, dass das den Rechtsstaat stärkt? Also ich glaube überhaupt nicht. Die Unterwanderung des Rechtsstaats durch irgendwelche populistische Äusserungen, die wird ja nur befeuert durch das. Ja, am Schluss entscheidet sowieso ein Gericht, warum soll ich überhaupt noch einem Urteil eines Gerichts trauen? Die sind doch sowieso alle miteinander verbandelt, und so weiter, und so weiter. Also ich finde es schon zynisch, dass man das als Stärkung der Institutionen sieht – im Gegenteil, im Gegenteil. Und dann: der enorme juristische Aufwand. Da muss ich ja also schon lachen.

Hugo Halter, Ratspräsident

Entschuldigung, darf ich Sie bitten, nur zur Überweisung zu sprechen.

Stefan W. Huber

Genau. Enormer juristischer Aufwand ist das, was wir jetzt haben. Das ist enormer juristischer Aufwand. Ein Telefon für eine unverbindliche Anfrage, das ist kein juristischer Aufwand. Am Schluss entscheidet der GGR. Und auch wenn ich jetzt viele Emotionen reinbringe, Sie können mir wirklich glauben, das ist mir wirklich ein Anliegen. Und ich bin auch durchaus bereit, das als Postulat überweisen zu lassen, so dass wir zumindest eine Stellungnahme des Stadtrats haben. Nicht spezifisch zum Postplatz, sondern für die Zukunft, wo der Stadtrat sagt: Okay, wir sehen es nicht als unsere Aufgabe, die Gültigkeit überhaupt anzuschauen. Wir machen es zwar, aber es ist nicht unsere Aufgabe – das, was wir machen, machen wir mehr für uns –, sondern der GGR ist verpflichtet, das Anliegen auf die Gültigkeit zu prüfen. Und der Bericht des Stadtrats ist einfach – ja – Makulatur. Und dann sind wenigstens nachher die Verantwortlichkeiten klar. Jetzt ist nicht der GGR schuld, der GGR übernimmt keine Verantwortung, der wird die Initiative sowieso nicht für ungültig erklären. Der Stadtrat sieht seine Verantwortung auch nicht, die Initianten auch nicht, die bürgerlichen Parteien, die ursprünglich dafür gewesen sind, übernehmen auch keine Verantwortung. Am Schluss leidet wirklich einfach das Vertrauen in den Rechtsstaat. Und ich bitte Sie, wenigstens die Motion als Postulat zu überweisen, so dass wir in Zukunft auf eine Stellungnahme des Stadtrats zurückgreifen können.

Hugo Halter, Ratspräsident

Heisst das, dass Sie die Motion als Postulat überwiesen haben möchten, nicht als Motion?

Stefan W. Huber

Ja, genau.

Hugo Halter, Ratspräsident

Wir sprechen jetzt also über ein Postulat.

Monika Mathers

Stefan Huber ist mir jetzt bereits ein bisschen zuvorgekommen. Ich verstehe seine Argumente sehr gut. Wir hatten eine ähnliche Situation beim Bebauungsplan Salesianum, beim Parktower, wo es nicht vorwärtsgeht und auch beim EPA-Gebäude bzw. Coop City, wo das Volk den Bebauungsplan angenommen hatte und es dann nachher trotzdem nicht ging. Ich denke mit einem Postulat wären wir gut dran, weil dann könnte zum Beispiel der Stadtrat etwas versuchen, das

nicht so bürokratisch ist, wie es Urs Bertschi gesagt hat. Zum Beispiel müsste nicht der Stadtrat, sondern, finde ich, der Rechtsdienst müsste dann einfach sagen, aus seiner Sicht sei diese Initiative ungültig – kurz begründen –, und dass man dann verlangen könnte, dass das auf dem Unterschriftsbogen auch noch steht. Damit jeder, der unterschreibt, weiss, dass es eventuell ungültig ist. Irgendwie in dieser Art. Es geht da um Information. Ich habe jetzt vielleicht auch nicht gerade die beste Idee, aber dafür ist ja der Stadtrat da. Wenn wir das als Postulat weitergeben, könnte man vielleicht eine Lösung finden, denn ich erinnere einfach an die letzte Sitzung, wo wir von allen Seiten hörten: Warum hat der Stadtrat nicht? Warum hat der Stadtrat nicht? – was übrigens nicht einmal stimmt. Ich habe das Protokoll nachgelesen und unser Stadtpräsident hat sehr klar gesagt, was er dachte.

Hugo Halter, Ratspräsident

Wir kommen anschliessend zur Abstimmung. Ich frage zuerst die Personen an, die den Antrag um Nichtüberweisung gestellt haben, ob Sie daran festhalten, das Anliegen von Stefan Huber auch in Form eines Postulats nicht zu überweisen.

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass SVP, FDP und SP an ihrem Antrag um Nichtüberweisung festhalten.

Abstimmung Nr. 1

- Für den Antrag um Nichtüberweisung des Postulats stimmen 23 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung des Postulats stimmen 13 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat das Postulat nicht überwiesen hat.

4. Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2500 vom 23. Oktober 2018

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2500.1 vom 19. November 2018

Karl Kobelt, Stadtrat

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

GGR-Sitzung vom 11. Dezember 2018

Dr. Karl Kobelt, Vorsteher Finanzdepartement



Quelle: Stadt Zug

Erlauben Sie mir, dass ich eingehend zur Budgetdebatte wiederum einige Worte zum Vorschlag verliere. Dabei folge ich im Wesentlichen den Ausführungen des GPK-Präsidenten. Sie, die ja den Bericht studiert haben und damit Gelesenes nun auch noch im gesprochenen Wort konsumieren müssen, ersuche ich um Nachsicht – die mir insofern zugebilligt sein möge, als ich da und dort rasch durch die Themen durchgehen möchte und andernorts etwas ausführlicher werde.

Das Budget 2019 steht im Zeichen der neuen Finanzstrategie für die Jahre 2019 bis 2015 der Stadt Zug. Diese Finanzstrategie haben Sie am 10. April dieses Jahres ohne Gegenstimme zur Kenntnis genommen. Eines der augenfälligsten Elemente dieser Strategie ist die Senkung des Steuerfusses von 58 auf 54 Prozent.

Wir sehen – und das ist sehr bedeutsam – auch einer starken Investitionstätigkeit entgegen. Das heisst: Der Stadtrat will die Attraktivität von Zug erhalten und nach Möglichkeit weiter ausbauen.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Highlights 2019 je Departement

- **Präsidialdepartement:** Smart City, ESAF, Umzug LG-Gebäude
- **Finanzdepartement:** Umsetzung Teilrevision FHG, Umbau LG Gebäude, Nachnutzungskonzept bestehende Verwaltungsbauten, Digitalisierungsprozesse
- **Bildungsdepartement:** Wachstum Schülerzahlen, Ausbau Primarschule und Betreuung, Einsatz mobiler Geräte ICT
- **Baudepartement:** Ortsplanungsrevision, Baukredit Ökihof, Wettbewerbe Schulhäuser Loreto und Herti, Gesamtverkehrskonzept, Nutzungskonzept LG-Areal
- **Departement SUS:** Strategie Feuerwehr

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Was will der Stadtrat im nächsten Jahr anpacken? Hier einige Highlights aus jedem Departement:

Im Präsidialdepartement seien Smart City, das ESAF und der Umzug ins Landis+Gyr-Gebäude erwähnt. Alle drei Projekte haben eine Ausstrahlung über das nächste Jahr hinaus. Das ESAF zum Beispiel positioniert die Stadt Zug als Gastgeberin für die ganze Schweiz.

Zum Finanzdepartement:

- Der Umbau des Landis+Gyr-Gebäudes ist im Gang. Er soll zeitgerecht abgeschlossen werden, so dass der Umzug der Verwaltung Mitte Jahr erfolgen kann. Wir sind hier gut auf Kurs. Ich darf sagen, dass über 90 Prozent der Aufträge zur Ausführung vergeben worden sind.
- Das Nachnutzungskonzept für die Verwaltungsliegenschaften in der Altstadt wurde Ihnen bereits im Jahr 2013 unterbreitet. Es wurde eine Aktualisierung vorgenommen, diese wird Ihnen demnächst zugestellt und auch in diesem Rat debattiert werden.
- Die Digitalisierungsprozesse sind angelaufen. Das jüngste Produkt ist der Veloverleih mittels digitaler Identität, der als Pilotprojekt lanciert wurde

Im Bildungsdepartement stehen Massnahmen im Vordergrund, die sich aus dem Wachstum der Schülerzahlen ergeben oder ebenfalls der Digitalisierung geschuldet sind.

Und im Baudepartement steht unter anderem – ich betone, unter anderem – die Ortsplanungsrevision an, die nach nunmehr zehn Jahren wieder umzusetzen ist.

Das Departement SUS betont als eines der wichtigen Projekte die Strategie Feuerwehr. Unter anderem als Folge des kleiner werdenden Korps muss diese überdacht werden. Ich erwähne aber auch die Verkehrsthematik, bei der durch das Nein zum Stadttunnel durchaus Handlungsbedarf besteht.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Neue Finanzstrategie 2019 bis 2025

Finanzpolitische Ziele:

- zu den gesunden Gemeindefinanzen
- zum hochstehenden Leistungsangebot
- zur attraktiven Steuerbelastung

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Ich glaube, die finanzpolitischen Eckpfeiler für die Strategie kennen sie bestens, was ich hier überspringe, und gleich zum revidierten Finanzhaushaltsgesetz zu sprechen komme, das ebenfalls seinen Niederschlag im neuen Voranschlag findet.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Anpassungen durch die Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG)

- § 2 Haushaltsregeln (Schuldenbremse)
- § 4 und § 5 Werterhaltende Aufwände und wertvermehrnde Ausgaben
- § 13 Bewertungsgrundsätze
- § 14 Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die Schuldenbremse besagt, dass die Rechnungsergebnisse der Stadt Zug neu über acht Jahre ausgeglichen werden müssen – dass wir also mit anderen Worten schlicht nicht über unsere Verhältnisse leben sollen.

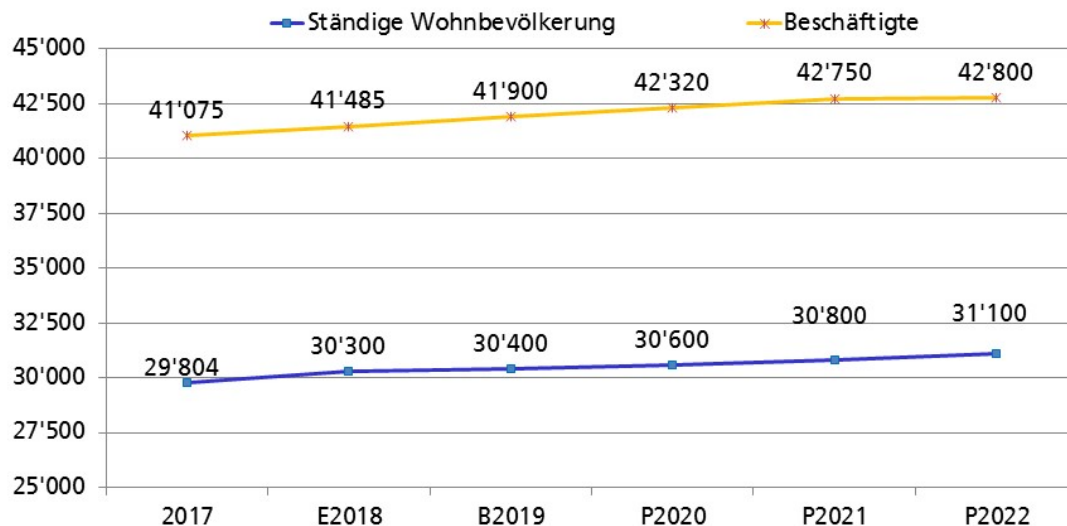
Künftig wird bei Kosten zur Erhaltung der Infrastruktur klar und unabhängig voneinander unterschieden: Was werterhaltend ist, ist Aufwand und wird in der Erfolgsrechnung verbucht. Was wertvermehrend ist, heisst Ausgaben und fällt in der Investitionsrechnung an.

Die wichtigste Änderung bei den Bewertungsgrundsätzen ist, dass Wertberichtigungen bei Positionen des Finanzvermögens zukünftig neu in der Erfolgsrechnung erfolgen. Das kann zu weitreichenden Folgen führen, – so unspektakulär das klingen mag – denken wir zum Beispiel an Kursänderungen der WWZ-Aktie.

Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens erfolgten bislang mit der degressiven Methode. Die Umstellung auf die lineare Methode führt ab 2021 zu Mehrerträgen von CHF 3 bis 5 Mio. pro Jahr. Über einen Betrachtungshorizont von 30 Jahren allerdings gleichen sich diese unterschiedlichen Effekte aber wieder aus.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Wohnbevölkerung stetiges Wachstum wird erwartet

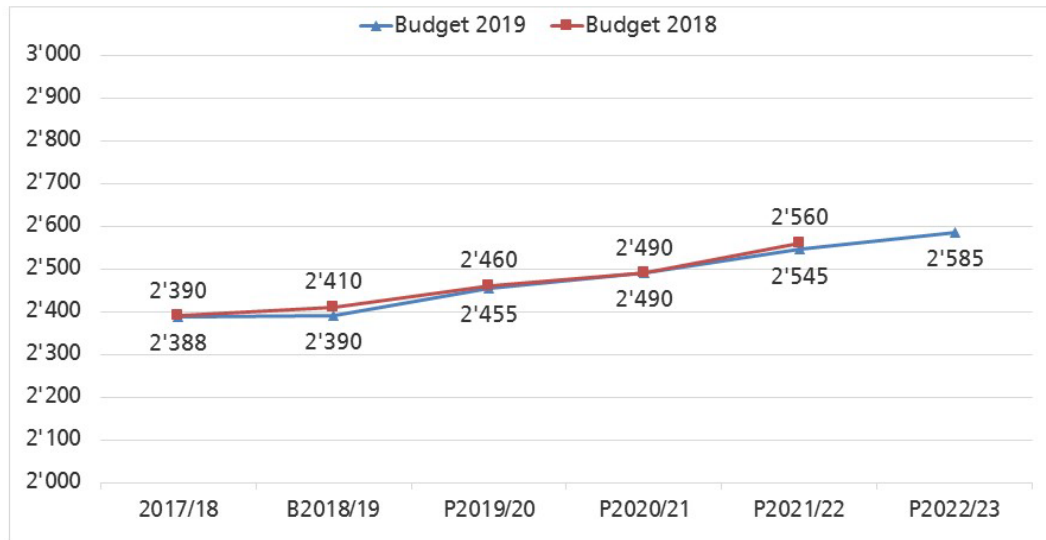


Quelle: Einwohnerkontrolle Zug und Fachstelle für Statistik Kanton Zug. Ab E2018 Schätzwerte der Stadtplanung

Auch diese Darstellung kennen Sie bestens. Wir sind einem stetigen Wachstum unterworfen, sowohl bei den Beschäftigungszahlen wie auch bei der Wohnbevölkerung. Dass das nicht ohne Auswirkungen auf unsere Aufgaben – und damit auch auf die Ausgaben – bleiben kann, das versteht sich von selbst.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Anstieg von rund 200 Schülerinnen und Schüler erwartet



Quelle: Bildungsdepartement, Rektorat

Auch diese Kurve kennen Sie sehr gut. Die wachsenden Schülerzahlen führen unter anderem dazu, dass wir auch hohe Investitionen tätigen möchten und müssen – insbesondere in die Schulbauten. Hier steht in den nächsten zehn Jahren ein hoher Betrag von insgesamt über CHF 100 Mio. ins Haus.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Übersicht Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung

	in Mio. Rechnung			Finanzplan		
	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Erfolgsrechnung						
Ertrag	293.0	272.3	291.1	286.0	286.7	288.5
Aufwand	256.1	272.7	290.3	285.7	286.7	289.2
Rechnungsergebnis	36.9	-0.4	0.8	0.3	0.0	-0.7
Investitionsrechnung						
Investitionen						
Verwaltungsvermögen	40.2	40.8	46.8	57.0	46.1	39.5
Einnahmen	3.3	2.2	4.1	2.3	5.5	6.2
Nettoinvestitionen	36.9	38.6	42.7	54.7	40.6	33.3

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

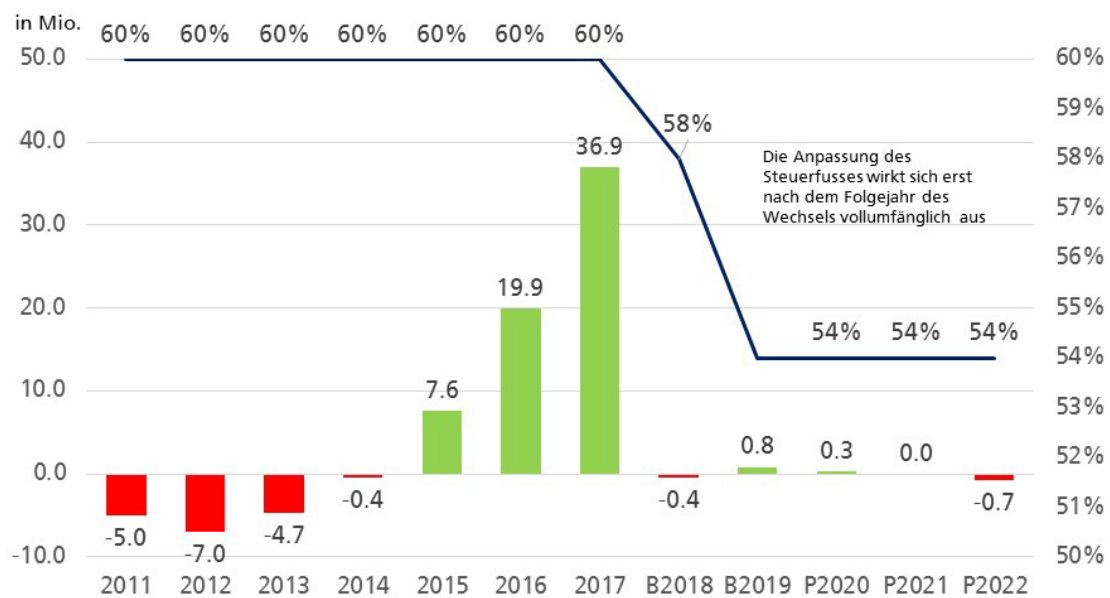
Zu den Zahlen: Das prognostizierte Ergebnis von CHF 0.8 Mio. entspricht einer schwarzen Null. Bemerkenswert im Vergleich zum Budget 2018 ist der markante Anstieg sowohl des Aufwands wie auch des Ertrags.

- Beim Aufwand schlagen neben den steigenden Personalkosten insbesondere die Vorfinanzierung in die erwähnten Schulbauten zu Buche.
- Beim Ertrag ist ein ausserordentlicher Ertrag von rund CHF 9 Mio. zu verzeichnen. Dies, weil eine internationale Steuerauscheidung für vergangene Jahre bis 2012 abgeschlossen ist und die entsprechende Rechnungsabgrenzung aufgelöst werden kann.

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen sind überdurchschnittlich hoch. Neben den Schulbauten – ich denke insbesondere an das Schulhaus Riedmatt, die Schulanlage, die dort im Umbau begriffen ist – fallen hier das Landtauschgeschäft mit dem Kanton – Kläranlage- gegen Gaswerkareal, Sie erinnern sich, wir haben das in diesem Rat bereits debattiert – sowie die letzte Tranche der Realisierung der Stadtentwässerung ins Gewicht.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Rechnungsergebnisse/Steuerfuss



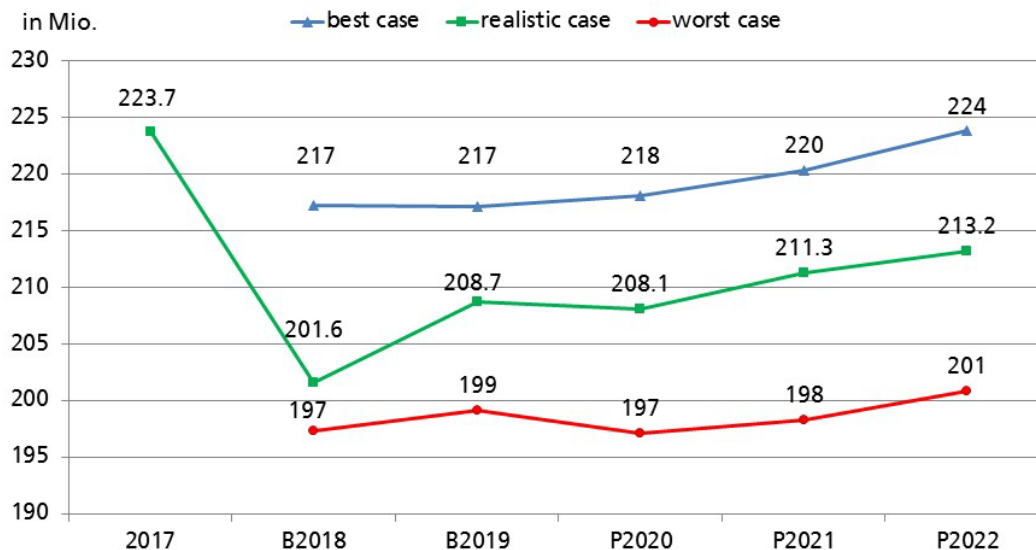
Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Eine interessante Darstellung, wie ich meine: Betrachtet man die Rechnungsergebnisse der Stadt Zug in den letzten sieben Jahren, kann von einem regelrechten Steigerungslauf gesprochen werden. Hintergrund dieser erfreulichen Entwicklung sind sicherlich die Sparanstrengungen der Jahre ab 2013/2014. Erwähnt werden muss indes auch die Entlastung beim ZFA ab 2015 sowie der Verlauf der Konjunktur und das robuste Wachstum der Wirtschaft.

Die Anpassung des Steuerfusses wirkt sich aufgrund der Diskrepanz Bemessungsjahr-Zahlungsjahr erst 2020 vollumfänglich aus – ausgenommen bei den definitiven Veranlagungen der Vorjahre 2018 und älter. Bei den definitiven Veranlagungen wird jeweils dann der damals aktuelle Steuerfuss angewendet, für das Jahr 2017 war das ja bekanntlich 60 Prozent.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Fiskalerträge ab 2019 mit 54%



Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die in Zukunft erwarteten Steuererträge präsentieren sich auf der Basis von 54 Prozent – man muss sagen: auch auf der Basis von 54 Prozent – recht stabil. Selbst im Worst-Case-Szenario – und hier sind Szenarien hinterlegt wie eine stagnierende bis leicht rückgängige Entwicklung der Konjunktur sowie moderate Abgänge insbesondere bei den juristischen Personen – dürfte sich die Ertragslage horizontal entwickeln.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Geplante Steuerfüsse der Zuger Gemeinden

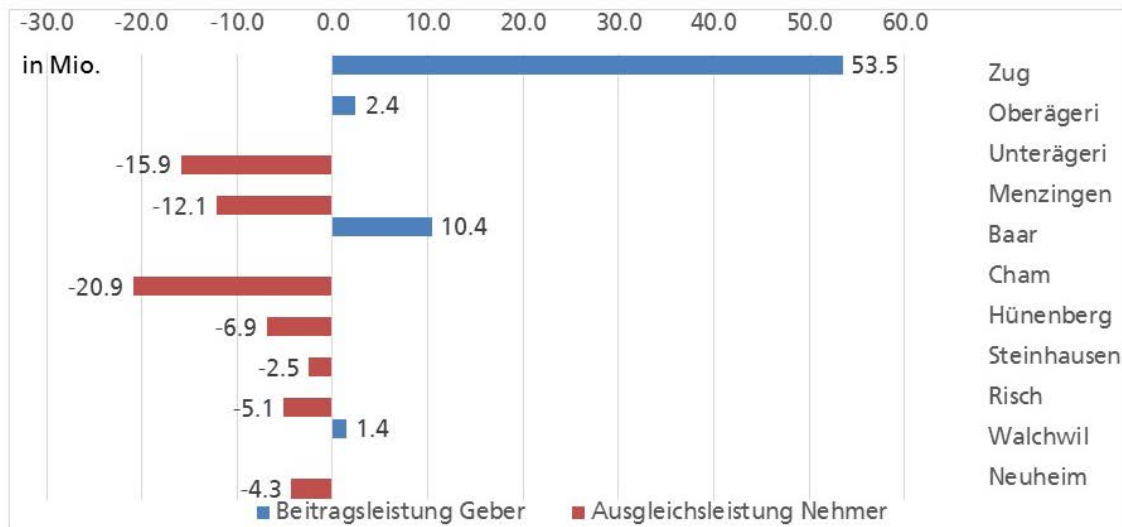
Gemeinde	Steuerfuss 2018	Steuerfuss 2019
Stadt Zug	58%	54%
Oberägeri	65%	62% (65% - 3% Steuerrabatt)
Unterägeri	66% (68% - 2% Steuerrabatt)	64%
Menzingen	71%	69% (71% - 2% Steuerrabatt)
Baar	53%	53%
Cham	61%	61%
Hünenberg	68% (70% - 2% Steuerrabatt)	66% (70% - 4% Steuerrabatt)
Steinhausen	60%	60%
Risch	62%	60%
Walchwil	55%	55%
Neuheim	67%	61% (65% - 4% Steuerrabatt)

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die Steuerfüsse der Zuger Gemeinden – ganz generell betrachtet – bewegen sich nach unten. Gleichbleibend präsentiert sich der Steuerfuss in Steinhausen, in Cham, wo erst vor sehr kurzem eine Anpassung erfolgt ist, in Walchwil und in Baar. In Baar ist der aktuelle Steuerfuss von 53 Prozent allerdings umstritten. Immerhin 7 von 11 Gemeinden planen eine Senkung oder einen Rabatt.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Zuger Finanzausgleich Budget 2019



Es ist immer noch so und es bleibt auch so: Die Stadt Zug trägt die Hauptlast beim ZFA. Das sind diese besagten rund CHF 53 Mio. und ein Anteil von über 80 Prozent. Das gilt es immer wieder im Auge zu behalten und auch zu würdigen.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Risiken im konjunkturellen Umfeld

- Dauer des aktuellen Aufschwungs;
- Einfluss Brexit, Überschuldung Italien, Eurokurs;
- Fragezeichen zur Entwicklung der Fiskalerträge;
- Auswirkungen der Zinsentwicklung;
- Latente Gefahr von Inflation und Zinserhöhungen;
- Auswirkungen der hohen Immobilienpreise;
- Auswirkungen der demografischen und sozialen Entwicklungen;
- Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die Attraktivität der Schweiz als Wohnort und Standort für Unternehmen.

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Auch – oder gerade – wenn es uns gut geht, sind die Antennen auszufahren und mögliche Risiken ins Auge zu fassen und diese im Auge zu behalten. Diese Zusammenstellung lässt die folgenden Schlüsse zu:

- Ein attraktiver Wirtschaftsstandort wie die Stadt Zug profitiert zurzeit von günstigen Faktoren wie dem tiefen Zinsniveau ganz besonders.
- Zugleich gibt es auch zahlreiche Abhängigkeiten von Entwicklungen wie Konjunktur, Politik, Auswirkungen auf den Schweizer Franken und so weiter, die die Stadt Zug nicht beeinflussen kann – aber im Auge behält.
- Zu diesen Faktoren gehört die Akzeptanz des Wirtschaftsplatzes Schweiz im OECD-Raum. Diese wäre bei einem Nein zur Steuervorlage 17 – oder wie sie neu heisst: Steuervorlage und AHV-Finanzierung, kurz STAF – ohne Zweifel in Frage gestellt.

Im gleichen Atemzug seien aber auch die Chancen erwähnt. Diese gilt es zu erkennen und am Schopf zu packen. Der Stadtrat will sie nutzen, indem er unter anderem die besagten Investitionen umsetzen will.

Als Nutzen einer Chance ist auch der neue Steuerfuss von 54 Prozent zu werten: Diesen Steuerfuss setzt der Stadtrat mit Bedacht fest. Dies mit dem Ziel, attraktiv im internationalen wie auch im regionalen Wettbewerb zu bleiben und für Steuerstabilität auch in den kommenden Jahren sorgen zu können.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Präsentation GPK-Präsident

**Zu Budget 2019 & Finanzplan 2019-22
Dienstag, 11.12.2018 GGR**

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2500.1
vom 19. November 2018



Eigentlich fehlt mir jemand. Ich habe meine Präsentation ein bisschen auf diese Person ausgelegt – es ist der neue Finanzchef von Baar, letztes Mal war er da. Aber nichtsdestotrotz, Sie werden meine Bemerkungen über unsere Nachbargemeinde gleich sehen.

Zuerst einmal verweise ich auf Bericht und Antrag des Stadtrats und auch auf unseren GPK-Bericht vom 19. November mit den Informationen zu den Rahmenbedingungen, Mehrjahresübersichten der Erfolgsrechnung und verschiedenen Zusammenfassungen und Grafiken. Ich komme darauf zurück.

Ein herzlicher **Dank**, im Namen der GPK und des GGR an alle, welche am Budget 2019 mitgearbeitet haben, namentlich dem ganzen Stadtrat und allen städt. MitarbeiterInnen, insbesondere im Finanzdept. Fazit: Unsere Steuerzahler können davon ausgehen, dass beim **Budget 2019** in ihrem Sinne erneut exakt und sorgfältig gearbeitet wurde. Danke.



Zuerst einmal möchte ich ganz herzlich allen danken – im Namen der ganzen GPK, aber auch vielleicht in Ihrem Nahmen, wenn ich das darf –, die an diesem Budget mitgearbeitet haben. Insbesondere natürlich dem ganzen Stadtrat, den Mitarbeiterinnen, vor allem auch im Finanzdepartement. Und das gute Gefühl ist das Vertrauen, das wir haben. Ich konnte jetzt in meiner achtjährigen Tätigkeit als Präsident der GPK doch feststellen, dass wir sehr genau arbeiten in der Stadt und dass alles unternommen wird, um Ihnen realistische Budgets vorzulegen. Und ich denke, das ist auch ein Kompliment an den scheidenden Finanzchef, der uns ja in anderer Funktion erhalten bleibt – ich gratuliere zum Stadtpräsidium.

Budgetanträge 2019 - GPK

- 3 - Aenderungsanträge der GPK Stadt Zug:
(Seite 31/32), finanzielle Auswirkungen Beilage 1

GPK-Bericht 5.1.

- Finanzdept. Aenderung Dept.ziel 4 und Ziel 5
- Baudept. Denkmalschutz, Erhöhung + TFr. 100'

-

Hauptantrag:

- Eintreten
- Steuerfuss neu 54% (2018 58%), Hundesteuer CHF 100.-
- Zustimmung zum Budget mit 3 obigen Aenderungen
- Kenntnisnahme Finanzplan 2019-2022

Die Anträge der GPK finden Sie auf Seite 31 und 32. Es sind in der Tat nicht viele, wir haben das ja auch schon anders erlebt. Sie finden das unter 5.1. im GPK-Bericht. Es sind beim Finanzdepar-

tement die zwei Ziele 4 und 5, wo wir Ihnen eine Änderung empfehlen. Und beim Baudepartement eine Erhöhung beim Denkmalschutz. Das ist ja ein Faktor, bei dem die Stadt gar nichts machen kann. Da sind Beträge zu zahlen entsprechend den Beschlüssen der Denkmalpflege. Das sind eigentlich die zwei Änderungen. Das führt dazu, dass eine Abnahme von CHF 0.8 Mio. auf ungefähr CHF 0.7 Mio., genau sind es CHF 0.68 Mio., passieren wird.

Wir beantragen Ihnen also – und das ist der Hauptantrag – einzutreten und den Steuerfuss auf 54 Prozent festzulegen. Auf das Thema Steuerfuss komme ich dann später nochmals zu sprechen. Die Hundesteuer ist bekannt, Zustimmung zum Budget, mit den drei entsprechenden Änderungen, und selbstverständlich auch die Kenntnisnahme des gleichzeitig vorgelegten Finanzplans 2019-2022.

Das Tagesthema: Unsere Steuern Stadt Zug

Antrag: **Steuersenkung um 4%-Punkte**

Budget '19 NP: (Mio). 123,2 2017: Mio. 133,95

Budget' 19 JP: (Mio). 76,4 2017: Mio. 80,8

Budget'19 Tot. (Mio.) 208,7 2017: Mio. 223,6



Das Tagesthema heute, im GGR, dürften die Steuern sein. Der Antrag ist bekannt, es geht um 4 Punkte. Und ich habe mir erlaubt, Ihnen hier ganz kurz nochmals aufzuzeigen: ist das ein grosses Risiko? Sie sehen in der linken Spalte bei den natürlichen Personen CHF 123.2 Mio., wir hatten aber schon in der letzten Jahresrechnung von 2018, die uns vorliegt, bereits fast CHF 134 Mio.. Wir hatten bei den juristischen Personen auch schon höhere Beträge. Und insgesamt ist die Differenz mehr als CHF 15 Mio. zwischen dem effektiven Ergebnis 2017 und dem Budget 2019. Also diesbezüglich hat der Stadtrat eigentlich konservativ gerechnet. Wenn Sie jetzt feststellen, dass die natürlichen Personen und die juristischen Personen nicht das Total geben, dann ist das richtig – die Differenz sind gewisse Sondersteuern, die ich aber nicht speziell aufgeführt habe.

Exkurs: Steuerfüsse Gemeinde

«Was macht Baar?» Quelle GPK-Bericht 2019, Grafik 6

Grafik 6: Geplante Steuerfüsse der Zuger Gemeinden

Gemeinde	Steuerfuss 2018	Steuerfuss 2019
Stadt Zug	58%	54%
Oberägeri	65%	62% (65% - 3% Steuerrabatt)
Unterägeri	66% (68% - 2% Steuerrabatt)	64%
Menzingen	71%	69% (71% - 2% Steuerrabatt)
Baar	53%	53%
Cham	61%	61%
Hünenberg	68% (70% - 2% Steuerrabatt)	66% (70% - 4% Steuerrabatt)
Steinhausen	60%	60%
Risch	62%	60%
Walchwil	55%	55%
Neuheim	67%	61% (65% - 4% Steuerrabatt)

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

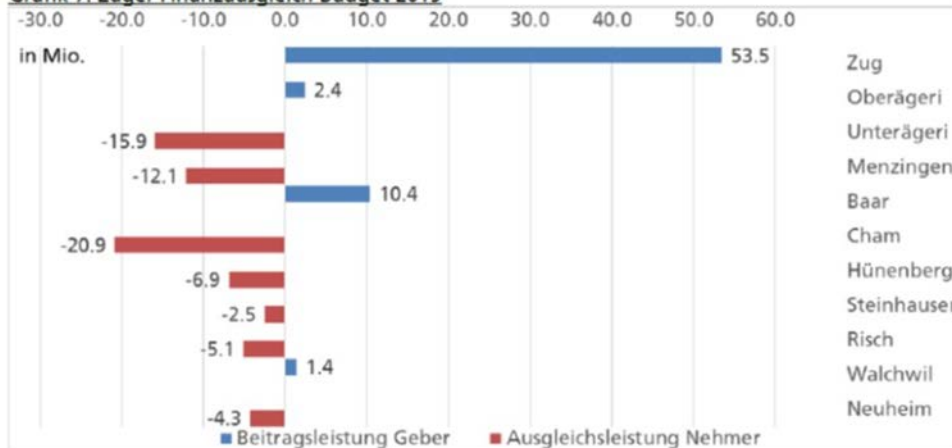
Ja, ich mache es schnell. Die Frage ist: Was macht Baar?

Der Finanzchef hat es bereits gesagt. Es ist zu erwarten, dass möglicherweise noch eine Senkung ins Haus steht von den bisherigen 53 Prozent, die – soweit ich verstanden habe – im Antrag des Gemeinderats sind, auf 51 Prozent. Die anderen Zahlen kommentiere ich nicht. Ich denke, die wichtige Zahl ist die der Gemeinde Baar.

Stadt Zug zahlt 79% ZFA CHF 53,5 Mio.
«Fry» Baar 10,4 Mio. – 15,3% = 94,3%

Quelle GPK Bericht 2019, Grafik 7

Grafik 7: Zuger Finanzausgleich Budget 2019



Diese Zahlen haben Sie auch schon gesehen. Da ist es so, dass rund 80 Prozent von diesen knapp CHF 68 Mio., der Finanzchef hat es auch schon ausgeführt, aus der Stadt Zug kommen. Ich finde das eine relativ dramatische Statistik. Die stolzen Leute aus «Fry» Baar beteiligen sich da auch noch mit 15 Prozent. Die beiden Gemeinden zusammen stemmen also fast 95 Prozent. Auf der

anderen Seite nehmen zwei Gemeinden, nämlich Unterägeri und Cham, über die Hälfte dieser Summe mit.

«Noch-Nehmergemeinde» Risch-Rotkreuz (CHF 5,1 Mio) richtet mit de ganz grosser Kelle an.
(siehe Bildmitte – neuer Bahnhofkomplex)

Rotkreuz wird «SBB - Bahnhof der Zukunft» und als neue Mobilitäts-Drehscheibe

Quelle: SRF 1, Regionaljournal Zentralschweiz, 11.12.18



So, und jetzt kommen wir zu einem Thema, das Sie vielleicht überrascht. Aber ich war heute Morgen doch auch überrascht zu hören, was da passiert. Das ist eine Luftbildaufnahme aus Rotkreuz. Und Sie können sich im Regionaljournal anhören, was da geplant wird. Die Noch-Nehmergemeinde Rotkreuz, die CHF 5.1 Mio. aus dem ZFA erhält, trumps da ganz gross auf und wird offenbar zur grossen Mobilitätsdrehscheibe der Zentralschweiz. Sie sehen das hier in der Bildmitte, dieses Graue ist das Projekt. Und soweit ich verstanden habe, hat die Lokalpresse – zumindest die Zuger Zeitung, die ich regelmässig konsultiere – das noch nicht berichtet. Aber das ist also ein neuer Konkurrent – nicht über die Steuern, aber infrastrukturell –, der sich da gegen die Stadt Zug auf tut.

Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022 Rechnungsergebnisse



Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

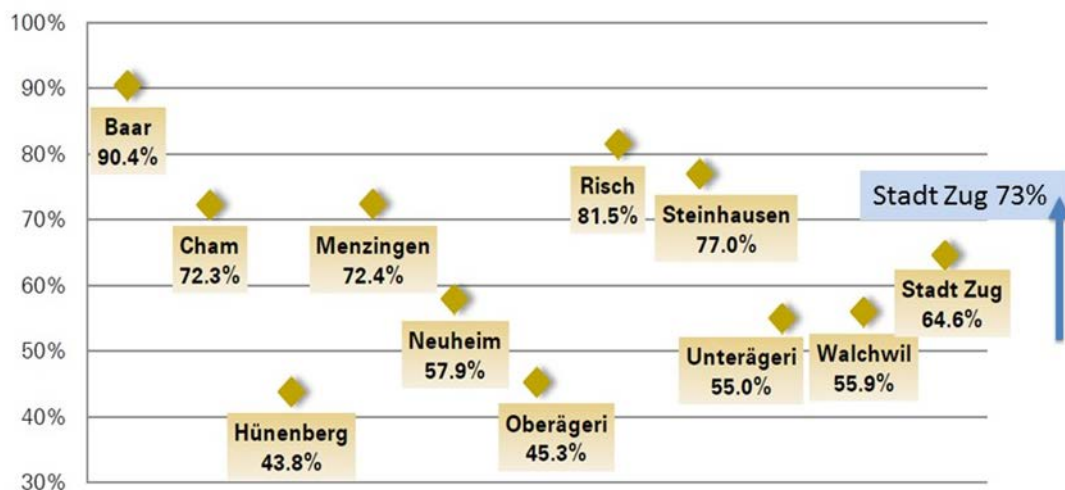
- Pers. Schätzung-Erwartung Abschluss 2018 ca. **CHF 30 Mio.** (Schnitt Höhe Ueberschuss des Jahres 2016+2017/2, Sonderfaktoren?)

Das haben Sie auch gesehen. Ich gebe jetzt mal meine persönliche Schätzung ab, nachdem der Kanton keine Steuererhöhung macht. Ich habe den Schnitt genommen zwischen den zwei letzten Jahren und denke, dass der Abschluss 2018 ungefähr CHF 30 Mio. sein könnte. CHF 8 Mio., das haben wir schon gehört, diese Sondergeschichte ist, wenn ich das richtig verstanden habe, noch dieses Jahr zu verbuchen und die Auflösungen auch – also das wäre ja schön. Und was machen wir damit? Wir stärken die Eigenkapitaldecke, das ist ja das Ziel.

-> Finanzstrategie 2019 - 2025

Eigenkapitaldecke stärken – mit dem Ueberschuss 2018 – B19 77%...B21 79%

Eigenkapitalquote 2015

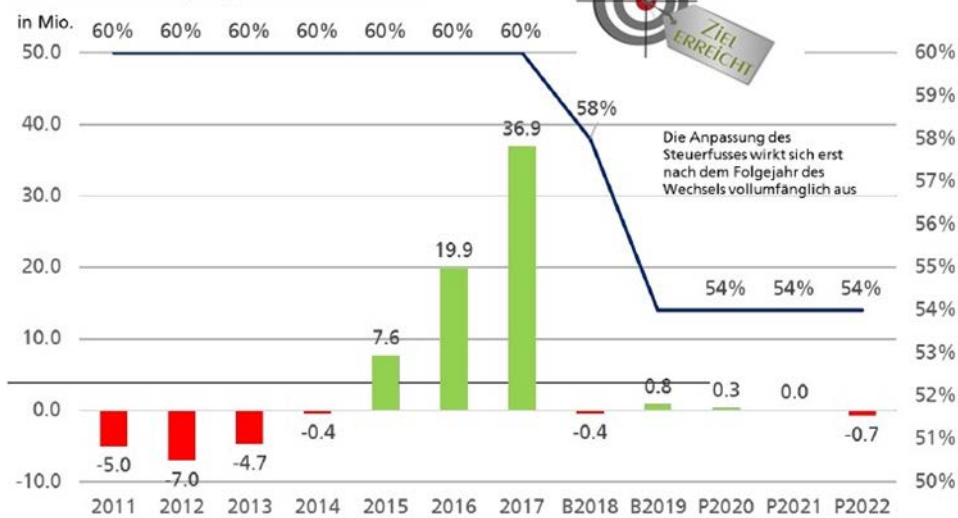


Quelle: Finanzdepartement Stadt Zug

Das ist übrigens die Folie aus der Finanzstrategie. Wir sind jetzt auf dem Weg nach 73 Prozent. Im Budget 2019 sind 77 Prozent und es soll ja dann weitergehen, allerdings etwas flacher, Richtung 79 Prozent. Das ist, was eben auch die Konkurrenz hat. Sie sehen die beiden Gemeinden Baar und Risch sind da an der Spitze von allen Zuger Gemeinden. Und das sind ja auch unsere Konkurrenten, die wir in der Stadt haben.

«Der GGR lag richtig!- 1.Schritt.

Grafik4: Rechnungsergebnisse/Steuerfuss



Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Und der GGR lag vor einem Jahr richtig bei der Budgetdebatte. Er hat diese Senkung auf 58 Prozent eingeleitet, die jetzt der Stadtrat richtigerweise weiterführt. Ich finde das eine sehr gelungene Darstellung, diese Prozentsätze zusammen mit den Ergebnissen der Stadt.

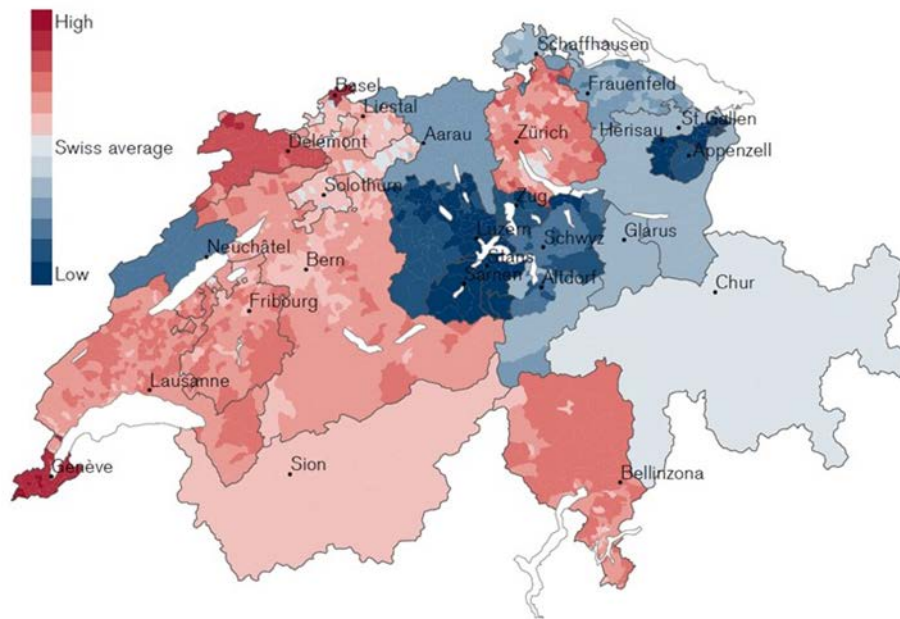
Gewinnsteuersatz der Unternehmen CH



Grafik: KPMG, Swiss Tax Report 2018, max. Gewinnsteuer Kantonshauptort

Das kennen Sie: Der Gewinnsteuersatz der Unternehmen in der Schweiz. Auch hier ist Zug gut unterwegs.

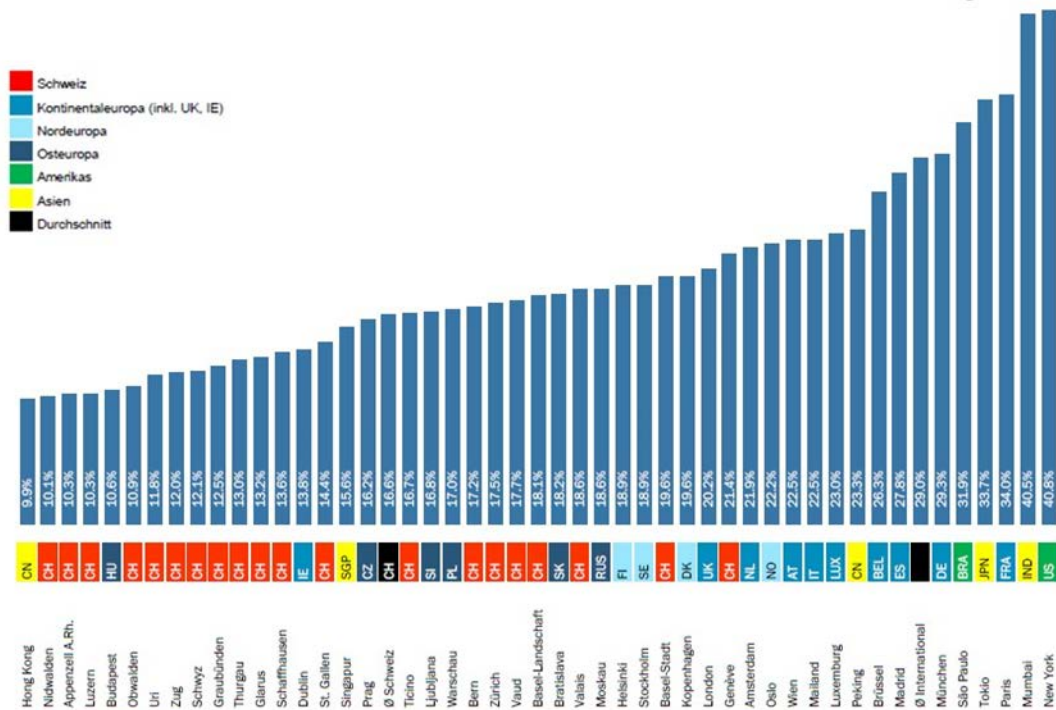
Steuerindex Unternehmen CH



Grafik: Credit Suisse, Locational Quality 2016; synthetic index taxes on profit and capital

Wir sind wirklich bei den Unternehmen da im tiefblauen Sektor, nämlich dort, wo die Steuern eben tief sind. Wir haben zwar Kantone die tiefer sind, wie Luzern zum Beispiel, aber die scheinen nicht erfolgreich zu sein mit dieser Strategie.

Unternehmenssteuern im internationalen Vergleich



Grafik: BAK Economics, Taxation Index 2017, Effective Average Tax Rates (EATR), www.bak-economics.com

Und im internationalen Vergleich: Man sieht es leider hier nicht besonders gut, aber eines dieser vorderen roten Klötzchen ist Zug. Sie sehen aber, es gibt da schlechtere Standorte. Wir sind da wirklich im ersten Viertel voll dabei.

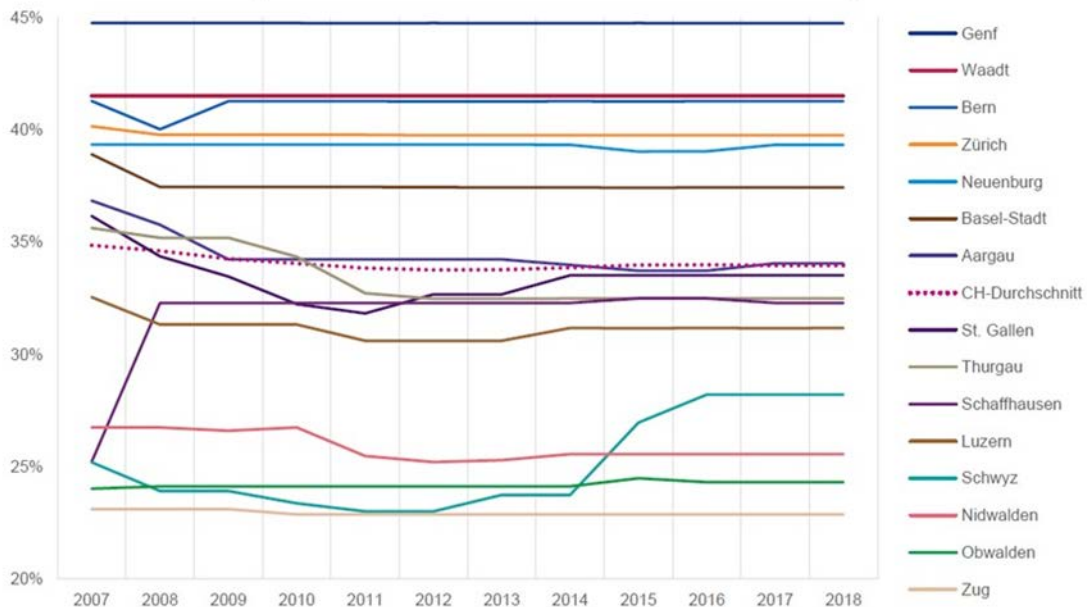
Fazit: Kanton Zug ist international ein erfolgreicher Standort geworden.



Grafik: Kanton Zug, Volkswirtschaftsdirektion

Fazit – ich habe diese Folie von der Volkswirtschaftsdirektion: Wir haben diese Firmenansiedlungen, das natürlich kantonal gesehen, nicht jede Firma ist in der Stadt Zug, aber trotzdem finde ich das eine interessante Geschichte.

Einkommenssteuern der Privatpersonen Kantonshauptstädte



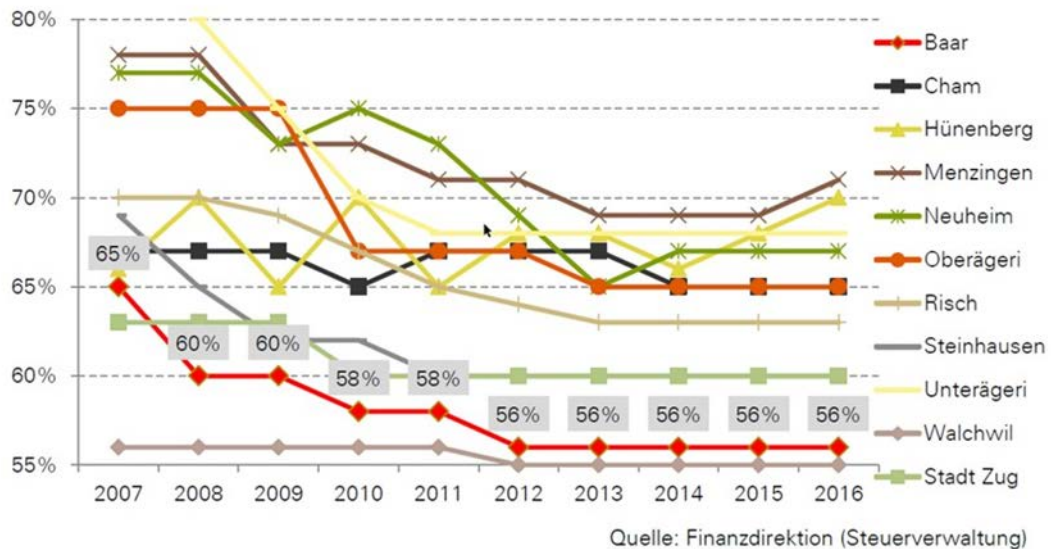
Grafik: KPMG, Swiss Tax Report 2018, max. Einkommenssteuer Kantonshauptort

Und wir sind auch für die Privatpersonen in der Schweiz weiterhin der attraktive Kantons-
hauptort.

Finanzstrategie 2019 - 2025

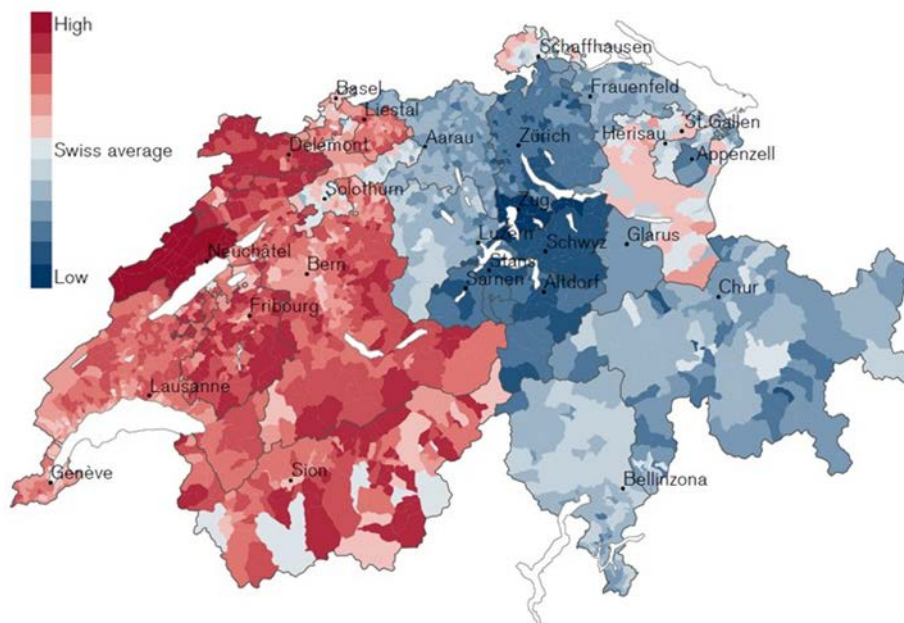
Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: Attraktive Steuerbelastung



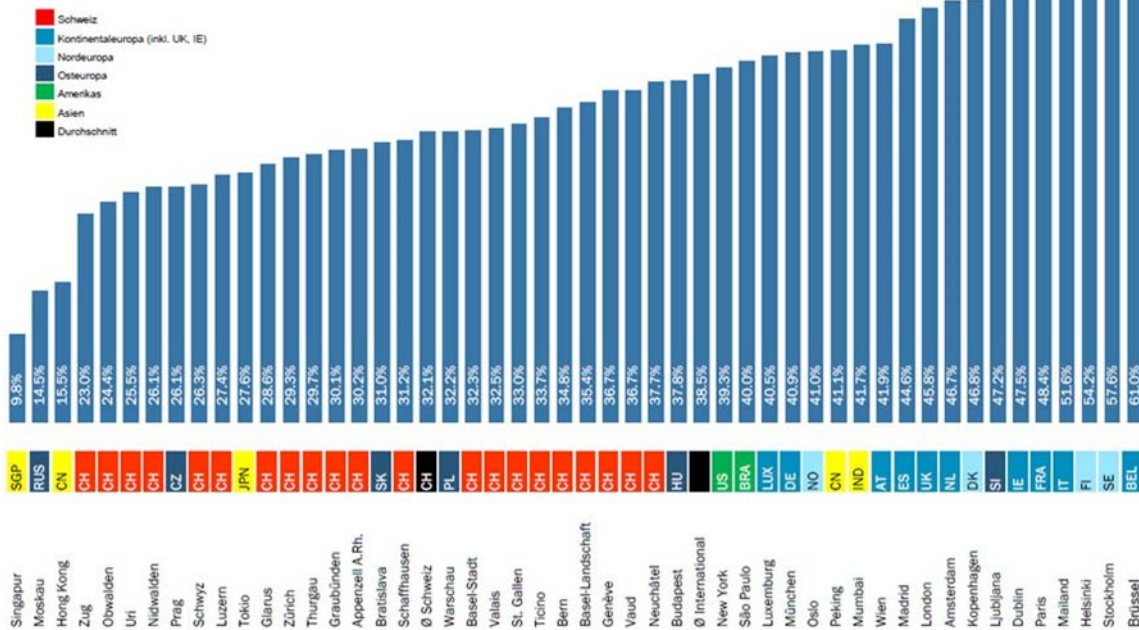
Sie kennen diese Folie von anderen Präsentationen – die Entwicklung der letzten paar Jahre – da waren wir aktiv dabei.

Steuerindex Privatpersonen



Grafik: Credit Suisse, Locational Quality 2016; synthetic index taxes on income and wealth

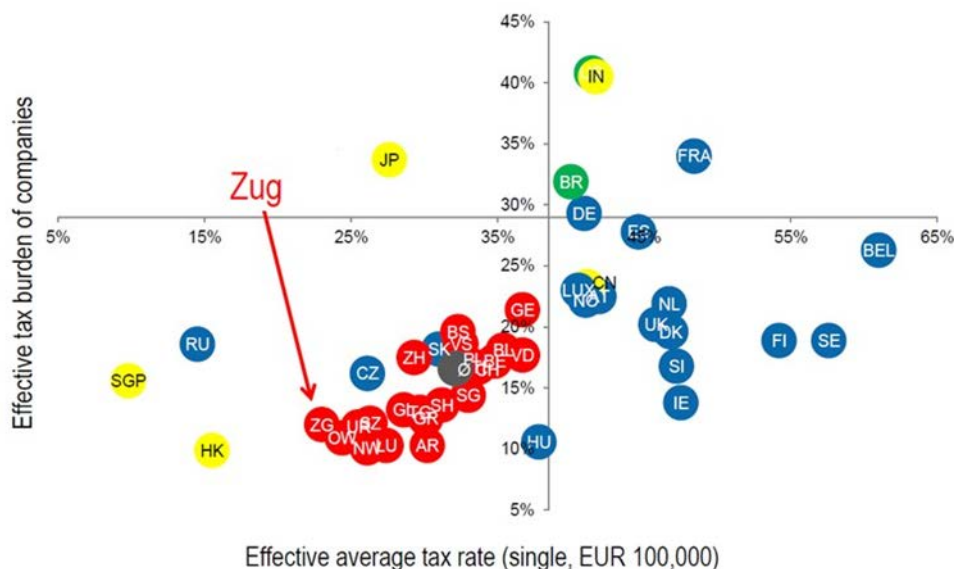
Steuern Privatpersonen im internat. Vergleich



Grafik: BAK Economics, Taxation Index 2017, Highly Qualified Individuals, www.bak-economics.com

Und das ist auch das Bild für die Privatpersonen. Da sieht es etwas anders aus als bei den Unternehmen. Und auch in diesem Bereich sind wir ganz an der Spitze dabei.

Kombinierter Steuerindex Unternehmen & Privatpersonen



Source: BAK Economics AG, Centre for European Economic Research, 2017

Die Kombination von Unternehmens- und Privatsteuern, Sie sehen es: Wir liegen da sehr günstig, zusammen mit ein paar Mitbewerbern.

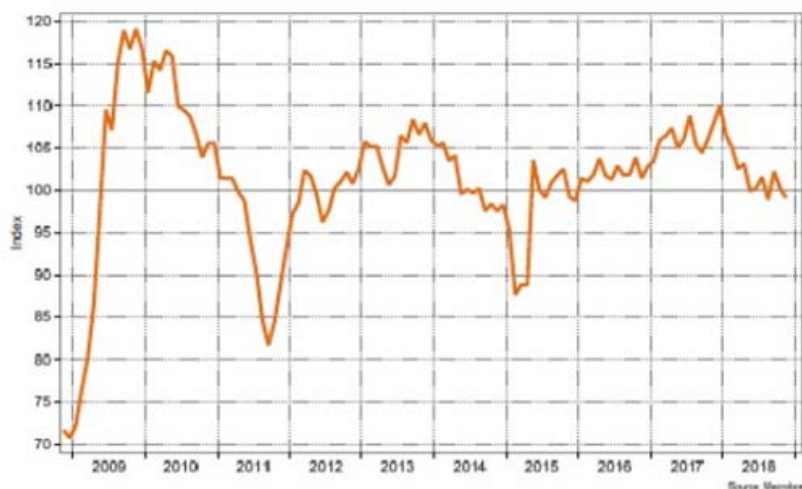
«Alles gut?» Darum ein besorgte Blick in die Zukunft ...



Ist jetzt alle gut? Wir haben die Steuern gesenkt und sind gut aufgestellt. Einen Blick in die Sterne habe ich jetzt gemacht.

Konjunkturbarometer 2018 EconomieSuisse, Dezember 2018

Konjunkturbarometer KOF



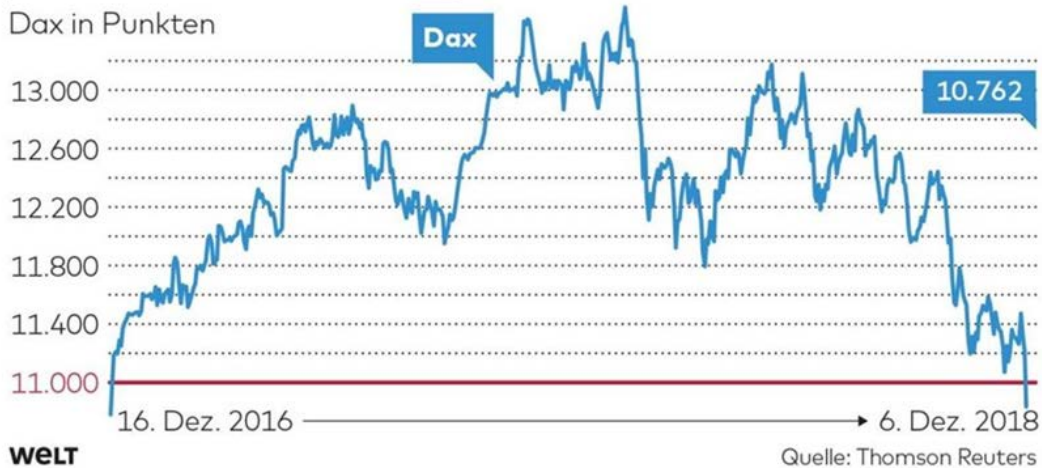
Und da kommt eine erste Kurve, die nicht besonders gut aussieht. Es ist die economiesuisse-Dezemberstudie. Sie sehen, das ist ein Rückblick – langsam schwächelt das ganze hier.

Trump ruiniert die letzte Hoffnung der deutschen Sparer!

Konjunktur 2019?

Der DASX fällt auf den tiefsten Stand seit zwei Jahren. Ausgerechnet (Präsident) Trump ist wesentlich für den Kurssturz verantwortlich. Seine Finanzpolitik löst ungewollte Nebeneffekte aus.
Aus Furcht vor weiteren Turbulenzen ändern Anleger nun ihre Strategie - Börsenabsturz. Zitat www.welt .de

Sturz auf Zwei-Jahrestief



Und hier ist es noch schlimmer. Das ist der Dax in Deutschland, im Zwei-Jahres-Vergleich, der seinen Höhepunkt ziemlich hinter sich hat.

Konjunktur 2019?

Das sind die größten Verlierer im Dax

Verluste seit 29.12.2017 in Prozent



welt

Quelle: Bloomberg

Und es geht gleich weiter. Das sind die ganz grossen Verlierer im Dax – bei der Deutschen Bank beispielsweise innerhalb eines Jahres 50 Prozent weg. Vielleicht ist es nicht ganz so gut, wie wir jetzt da in Zug meinen.

Umfrage Economiesuisse, Dez. 2018

Welches sind die grössten Konjunkturrisiken?



Konjunkturrisiko	Prozent
1 Handelsstreit USA-China	20.0
2 Wechselkurs CHF/Euro	16.2
3 EU-Schuldenkrise (v.a. Italien))	11.5
4 Beziehung Schweiz zur EU	10.0
5 Regulierung Schweiz (inkl. Initiativen)	9.2
6 Brexit	8.5
7 Europäische Konjunktur (v.a. Deutschland)	6.2
8 Globale Konjunktur	5.4
9 Zinsänderungen	4.6
10 Protektionismus	3.8
11 Branchenspezifische Regulierung	2.3
12 Immobilien Schweiz	2.3

Umfrage economiesuisse 2018
 Mehrfachnennungen möglich, nicht-gestützte Fragestellung, N=130

© economiesuisse | 04.12.2018 | Seite 23

Eine Umfrage von economiesuisse zeigt, dass das grösste Problem der Handelsstreit zwischen den USA und China ist, das wird mit einer Prozentzahl von 20 eingesetzt.

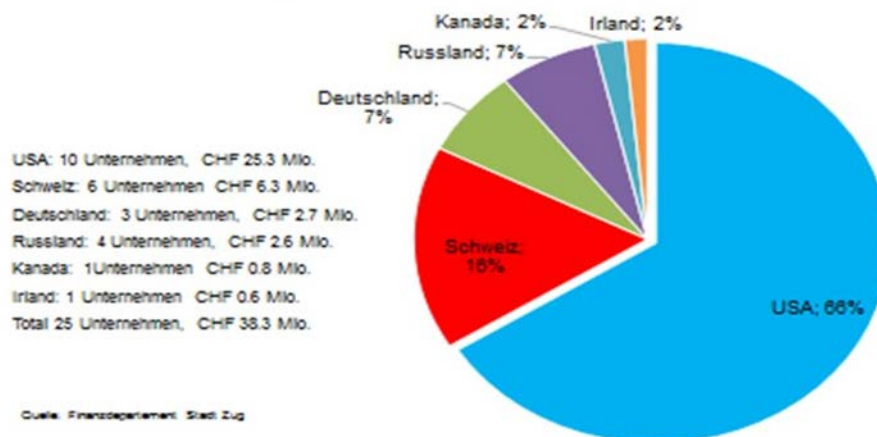
25 Top-Unternehmen CHF 38,5 Mio.

Finanzstrategie 2019 - 2025

Ziele der Finanzpolitik 2019 - 2025

Attraktive Steuerbelastung

Herkunft Fiskalerträge der Stadt Zug der Top 25 Unternehmen nach Ländern



Und Sie können sich an diese Statistik erinnern, die ich Ihnen auch schon gezeigt habe. Das ist jetzt sehr real für die Stadt Zug: Das Gewicht der US-dominierten Firmen. Mit 66 Prozent sind diese absolut dominierend. Das sind relativ aktuelle Zahlen, ungefähr ein Dreivierteljahr alt, die ich zusammengezogen habe, diese 25 Topunternehmen in Zug.

«Steuerklima» - die weichen Faktoren aus internationaler Sicht

- Wie arbeiten Regierung und (Steuer-)Verwaltung? Sind sie **zugänglich, dienstleistungsorientiert, speditiv** und verlässlich?
- Wie werden Unternehmen und Privatpersonen behandelt? Als «Kunden» oder als «Steuerpflichtige»?
- Wie einfach kann die Steuerbelastung stark verändert (v.a. erhöht) werden? Die Schweizer Bevölkerung hat wirksame **direkt demokratische Mitbestimmungsrechte**
- Wie stabil ist die politische Lage im Allgemeinen? Mehrparteien-Systeme bieten i.d.R. mehr **Stabilität** – und die Direkte Demokratie
- Aber der internationale Druck steigt weiter ...

Und wir müssen jetzt also ein bisschen über das Steuerklima reden. Da kann man einiges machen. Wie werden die Steuerzahlenden behandelt? Werden sie als Steuerpflichtige behandelt? Wie ist das politische Umfeld? Wie ist die Veränderbarkeit der Steuern? Ist es so wie in Frankreich, wo der Präsident per Dekret einfach am Montagabend im Fernsehen erklärt, der Minimallohn gehe jetzt um 100.00 Euro rauf? Oder was sind da die Faktoren. Das interessiert unsere internationalen Partner. Und es ist festzustellen, dass der internationale Druck steigt.

Und es ist Druck auf den Steuerstandort Schweiz/Zug von mehreren Seiten

- Internationale Diskussionen und Projekte unter dem Stichwort «schädlicher Steuerwettbewerb»
- Transparenz und internationaler Informationsaustausch (AIA für Bankdaten, SAI für Vorbescheide/Rulings, Länderreporting)
- US Steuerreform (Hohe Abhängigkeit von Zug)



Es sind Diskussionen und Projekte unter dem Stichwort «schädlicher Steuerwettbewerb». Das Stichwort ist auch in diesem Saal schon einige Male, sei es hier oder im Kantonsrat, gefallen. Es sind Transparenz und internationaler Informationsaustausch. Und es ist vor allem auch – und ich komme nochmals auf die frühere Folie zurück – die US-Steuerreform, die für uns eine hohe Abhängigkeit beinhaltet.

Wie spürt Zug den intern. Druck?

- hohe Sensibilität der Unternehmen für veränderte internationale «Erwartungen»
- stetige Abnahme der Statusgesellschaften z.T. schon seit Jahren (v.a. bei Domizilgesellschaften)
- schrittweiser **Übergang** von substanzarmen zu substanzstarken Gesellschaften (MA-Zahl, Geschäftsräume, ausgeübte Funktionen, Schlüsselpersonen) – Vorteil Baar
- spürbarer Rückgang der Anfragen für Vorbescheide/Rulings wegen spontanem Informationsaustausch
- Schnelligkeit der Veränderungen

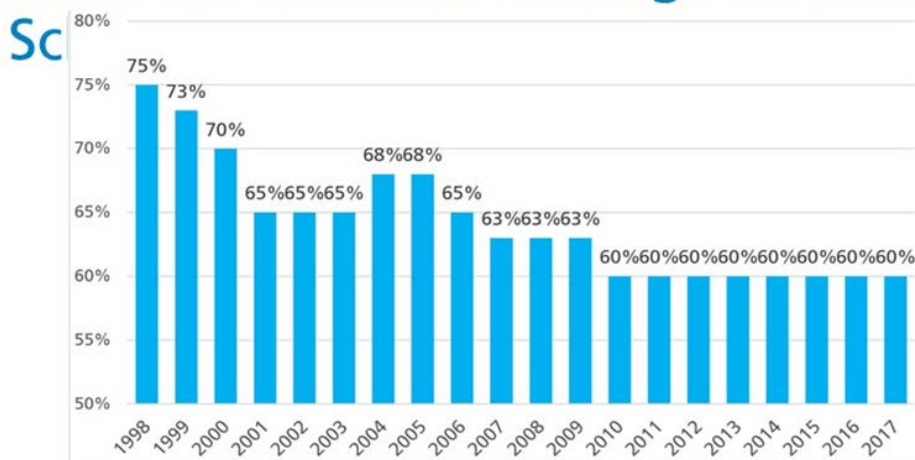
Und wie spüren wir den internationalen Druck? Es sind rasche Erwartungen, Schnelligkeit der Veränderungen ist ein Stichwort. Und wir stellen auch fest, dass verschiedene Firmen, frühere Briefkastenfirmen, jetzt wechseln von substanzarmen – also eben, es ist niemand da – bis zu substanzstarken Firmen – die Mitarbeiterzahl steigt, die Geschäftsräume müssen gesucht und gefunden werden. Und man wird dort auch sagen müssen, leider – ich sage es jetzt, wenn der Finanzchef von Baar nicht da ist – da hat Baar einen Vorteil, weil sie einfach infrastrukturell im Moment den Firmen ein Angebot präsentieren können, das wir hier nicht haben.

Finanzstrategie 2019 – 2025 -> 54%

Ziele der Finanzpolitik 2014 - 2018

Rückschau: stabile Steuerbelastung

Neu: wir machen wichtige schnellere



Quelle: Finanzdepartement

Sie kennen diese Statistik auch: Sie zeigt eine Stabilität, auch in nicht so guten Zeiten. Das ist vom Finanzchef vorher erwähnt worden, diese 60 Prozent. Das ist aber wahrscheinlich für die nächste Zeit vorbei.

Voraussetzungen für den künftigen Erfolg von Stadt und Kanton Zug:

- am baldigen Umbau des Schweizer und somit auch Zuger **Unternehmenssteuerrechts** führt nichts vorbei
- zentral ist aus Zuger Sicht das Finden einer **Balance** zwischen
 - steuerlich vorteilhaft (inbes. attraktiver **Gewinnsteuersatz**)
 - international toleriert
- Sonderregeln werden es international immer schwerer haben; die Unternehmen verzichten von sich aus darauf, sie in Anspruch zu nehmen, und meiden Staaten mit heiklen Regeln bei der Standortevaluation

Wir müssen uns ein bisschen bewegen. Und da ist das Stichwort die Unternehmenssteuerreform. Da kommen wir aus meiner Sicht – und das ist die Sicht eines SVP-Politikers – in Zug nicht vorbei. Es gilt die Balance zu finden zwischen einer steuerlich vorteilhaften, attraktiven Gewinnsteuer, die auch international toleriert ist, weil Sonderregeln, wie wir sie bisher hatten, einfach schwer zu vermitteln sind und es den Firmen zu heikel ist einzusteigen.

Ziele und Kernelemente der STAF-Umsetzung im Kanton Zug

- Abschaffung Statusregeln
- einheitlicher attraktiver Gewinnsteuersatz von rund **12%**
- Rücksicht auf Finanzlage des Kantons und der Gemeinden: Für Kanton aufkommensneutrale Umsetzung (inkl. NFA), für Gemeinden teils **Mehrerträge**, teils moderate verkraftbare Mindererträge
- keine Umlagerung von Steuern zulasten der Privatpersonen!
- Inkrafttreten wie in der ganzen Schweiz per 2020

Gemäss Vorlage: 2904.1 Aenderung Steuergesetzes – 6. Revisionspaket

Damit sind wir bei der STAF. Das ist eine Folie, die ich im Austausch mit der Finanzdirektion gemacht habe. Es gibt dazu eine Vorlage, 2904, das ist die Änderung des Steuergesetzes – 6. Revisionspaket. Ganz kurz: Es geht darum, auch Rücksicht zu nehmen auf die Mehrerträge und auf die Gemeinden. Zug, das werde ich gleich zeigen, ist da in einer vorteilhaften Situation – ich meine jetzt die Stadt.

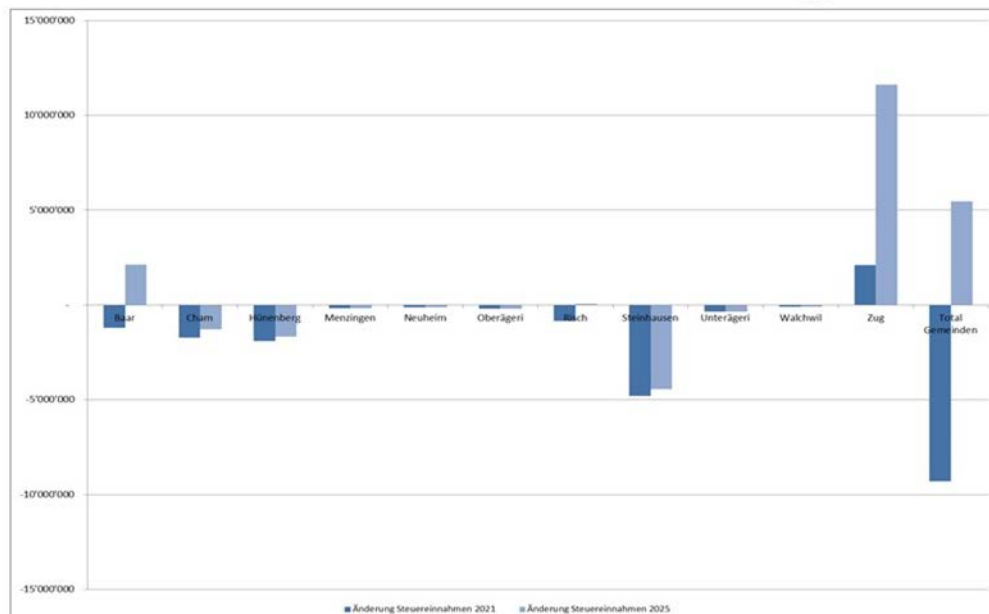
Kanton	Effektive Steuerbelastung geltendes Recht	Effektive Steuerbelastung geplant	Maximalbeschränkung für steuerliche Ermässigungen	Sieht heutige Praxis steuerfreie Aufdeckung stiller Reserven vor?	Maximalentlastung Patentbox	Überabzug für Forschungs- und Entwicklungskosten
ZH	21.15%	18.19%	70%	Ja	90%	50%
BE	21.64%	16.37%	noch offen	Ja	noch offen	noch offen
LU	12.32%	12.32%	20% - 70%	Ja	10%	0%
UR	14.92%	12.51%	50%	Ja	30%	0%
SZ	15.19%	12.51% - 14.43%	70%	Ja	90%	50%
OW	12.66%	12.66%	70%	Ja	80%	50%
NW	12.66%	12.05% - 12.66%	70%	Ja	80%	noch offen
GL	15.70%	12.43%	keine Angabe	Ja	noch offen	0%
ZG	14.62%	12.03%	70%	Ja	90%	50%
FR	19.86%	13.91%	20%	Nein	90%	50%
SO	21.38%	13.12% - 16.32%	50%	Ja	90%	50%
BS	22.18%	13.04%	40%	Ja	90%	0%
BL	20.70%	13.94%	50%	Ja	90%	20%
SH	15.82%	12.01%	60%	Nein	90%	0%
AR	13.04%	13.04%	50%	Ja	30% - 50%	50%
AI	14.16%	12.66%	50%	Nein	30%	0%
SG	17.40%	15.20%	50%	Nein	50%	50%
GR	16.12%	14.02%	70%	Ja	70%	0%
AG	18.61%	18.17%	70%	Ja	90%	50%
TG	16.43%	13.40%	50%	Ja	40%	0%
TI	20.95%	17.01%	wahrscheinlich 30 %	Ja	90%	50%
VD	21.37%	14.00%	noch offen	Nein	noch offen	noch offen
VS	21.56%	16.00%	39%	Nein	90%	50%
NE	15.61%	12.50% - 13.50%	10% - 20%	Nein	10% - 20%	10% - 20%
GE	24.16%	13.49%	9%	Nein	10%	50%
JU	20.66%	15.40% - 17.48%	60%	Ja	90%	50%

Quelle: Beilage 3 zur Vorlage Nr. 2904 «Änderung des Steuergesetzes - sechstes Revisionspaket» des Kantonsrats.

[Hinweis des Protokollführers: Diese Folie entspricht nicht der an der Sitzung gezeigten, sondern wurde vom GPK-Präsidenten nachgereicht, enthält aber die gleichen Prozentzahlen, wie die in der Sitzung gezeigte Folie.]

Das ist die aktuelle, wichtige Folie. Wir haben heute einen Gewinnsteuersatz von 14.6 Prozent und mit Annahmen dieses Projektes STAF würde es – Sie sehen das, die Spalte Zug, ZG, liegt zwischen Glarus und Fribourg – auf 12 Prozent fallen. Also es ist bei uns nicht so dramatisch wie vielleicht in anderen Kantonen, aber wir müssten diesen Schritt machen.

Finanzielle Auswirkungen für Gemeinden – und enorm wichtiger Schritt für die Stadt Zug!



Und das ist eigentlich die wichtige Folie, die Sie vielleicht noch nicht kennen.

Das ist die Folie zu den Auswirkungen für die Stadt Zug. Ganz rechts sehen Sie: In einer ersten Phase noch nicht so, aber langfristig schon. Und es gibt auf dieser Achse natürlich auch Verlierer, das sehen Sie auch, und interessanterweise ist es nicht Baar, sondern in diesem speziellen Fall Steinhausen.

- **Fazit:**
Die Herausforderungen für die Stadt Zug bleiben gerade in turbulenten Zeiten hoch!
- Wir Zuger brauchen die Zustimmung zur STAF
- Stadtrat & GGR bleiben gefordert, nicht nur bei den Rahmenbedingungen, sondern auch das Richtige zu tun um die Stadt erfolgreich zu erhalten. Die 4% Senkung der Steuern ist dazu ein erster aber sehr wichtiger Schritt.



Ja, ich komme zum Schluss. Ich denke, das Fazit – und das ist auch irgendwo Teil dieses Budgets: Es ist eine Herausforderung. Wir haben sicher noch turbulente Zeiten vor uns und wir sind mit-drin, vielleicht merken wir es nur nicht. Aber ich wollte mit diesen paar Folien ein bisschen zeigen: Es tut sich was, die Welt verändert sich. Wir brauchen als Stadtzuger die Zustimmung zum STAF. Stadtrat und GGR bleiben gefordert, auch bei den anderen Rahmenbedingungen, das richtige zu tun, damit unsere Stadt weiterhin erfolgreich unterwegs ist. In diesem Sinn ist die 4-Prozent-Senkung der Steuer ein erster, aber ein wichtiger Schritt.

**Ich danke Ihnen für das Interesse und
wünsche eine gute Budgetdebatte 2019!**



Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen eine schöne und gute Budgetdebatte.

Hugo Halter, Ratspräsident

Wir kommen anschliessend zu den Eintretensvoten der Fraktionen. Zum Vorgehen: Anschliessend würden wir ab Seite 26 den Bericht des Stadtrats, die Hauptzahlen, Erfolgsrechnung usw. Seite für Seite entsprechend diskutieren - ab Seite 34 bis 67 ebenfalls das Budget Seite für Seite, dort haben Sie auch die Möglichkeit, Anträge oder Fragen zu stellen. Das Investitionsprogramm folgt anschliessend und der Beschlussentwurf vor der Schlussabstimmung.

Fraktionsvoten

Barbara Stäheli

Zuallererst: Herzlichen Dank Philip, für deine finanzpolitische Vorlesung zum Thema globale und kommunale Finanzpolitik. Ganz alles haben wir in der GPK so nicht diskutiert, aber es war trotzdem sehr spannend da zuzuhören. Mein Votum habe ich aus einem anderen Blickwinkel geschrieben.

Die SP hat das vorliegende Budget intensiv diskutiert und sich mit den Departementszielen auseinandergesetzt. Wir unterstützen alle Anträge der GPK und sind mit den vorliegenden Zahlen weitgehend einverstanden, werden uns aber bei einzelnen Kostenstellen und der Diskussion um den Steuerfuss nochmals zu Wort zu melden. Der Stadtrat präsentiert uns ein solides Budget 2019. In der laufenden Rechnung sind plus/minus die gleichen Zahlen wie im Budget 2018, ein Ertragsüberschuss von CHF 800'000.00 ist prognostiziert, und das alles bei einem Steuerfuss von 54 Prozent.

Nebst dem Budget nehmen wir heute auch den Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2022 zur Kenntnis. Dieser Finanzplan für die nächsten vier Jahre ist eine Prognose, teilweise beruhend auf Fakten, aber auch auf Annahmen und viel Erfahrungswissen. Dieser Finanzplan wird mit Tabellen und Grafiken – haben wir vorhin gesehen – eindrücklich erläutert. Bei vielen Grafiken zeigt die Kurve nach oben. Die Wohnbevölkerung steigt, die Schülerzahlen steigen und das Total der Fiskalerträge steigt. Wir haben es schon in den vergangenen Jahren erwähnt und tun es heute wieder: Mehr Einwohnerinnen und Einwohner und mehr Arbeitsplätze in der Stadt Zug fordern auch mehr Investitionen in die Infrastruktur wie Schulhäuser, Strassen, Velowege, Freizeitanlagen, ÖV und vieles mehr. Mehr Bewohnerinnen und Schülerinnen und Schüler bedeuten auch einen höheren Verwaltungsaufwand, sprich mehr Personal.

Vielleicht haben Sie es gemerkt – wenn nicht, kann ich es Ihnen überhaupt nicht übel nehmen –, genau das Gleiche habe ich schon im letzten Jahr gesagt und mit Variationen in den vergangenen Jahren. In der Pädagogik sagt man dieser Methodik «Spiralprinzip». Beim Spiralprinzip kommt immer das Gleiche immer wieder vor – zwar mit erweiterten Aufgaben und anderen Fragestellungen. Die Schüler müssen das Prinzip nicht beim ersten Mal verstehen, aber jede Lehrperson hat die Hoffnung und Erwartung, dass letztendlich alle Schülerinnen und Schüler dies beim dritten oder vierten Mal kapierten. So habe auch ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass dieser Rat den Zusammenhang von mehr Einwohnerinnen und mehr Arbeitsplätzen gleich mehr Investitionen in die Infrastruktur und höhere Personalkosten irgendwann begreift. Einhergehend mit dieser Hoffnung ist, dass für das vorliegende Budget 2019 keine Kürzungsanträge gestellt werden. Ja, das wäre meine letzte Hoffnung in diesem Rat, die ich so formuliert habe. Aber ich habe noch einen zweiten Wunsch.

Seit Jahren formuliert der Stadtrat im Finanzplan als Leitidee das Dreieck von gesunden Gemeindefinanzen, einem attraktiven Steuerfuss sowie einem hochstehenden Leistungsangebot. Dem ist grundsätzlich nichts entgegenzusetzen und findet vermutlich bei jeder Partei Zustimmung.

Die Definition der Begriffe wird aber von Partei zu Partei unterschiedlich ausfallen. Heisst attraktiver Steuerfuss einfach tiefer als Baar oder ist er attraktiv, wenn ein hochstehendes Leistungsangebot ermöglicht wird? Nur was ist ein hochstehendes Leistungsangebot? Gemäss Definition des Stadtrats heisst dies, ich zitiere, «Mit einer schlanken Verwaltung wird ein gutes Leistungs-/Dienstleistungsangebot erbracht. Dieses bringt einen grossen Nutzen bei den Einwohnerinnen und Einwohnern sowie den Unternehmen.», Zitatende.

Schwammiger und unverbindlicher geht es wohl nicht mehr. Ich als Steuerzahlerin der Stadt Zug möchte gerne wissen: Was ist denn das Dienstleistungsangebot und worauf kann ich mich verlassen? Gerne möchte ich dem neuen Stadtrat hier eine Hausaufgabe mitgeben. Füllen Sie endlich diese unsägliche Worthülse und legen Sie gegenüber der Bevölkerung ein Commitment ab wofür Sie einstehen und was sie unter einem hohen Leistungsangebot verstehen. Vergessen Sie dabei nicht, dass das Leistungsangebot gleich gewichtet ist wie die gesunden Gemeindefinanzen und der attraktive Steuerfuss. Der Steuerfuss steht in ihrer Darstellung nicht hierarchisch zuoberst und der Rest hat sich unterzuordnen. Denken sie daran, wenn sie allfällige Kürzungsanträge stellen. Es kann nicht sein, dass wir die Steuern senken und beim vorliegenden Budget, welches notabene einen knappen Überschuss ausweist, auch noch kürzen. Besten Dank, wenn Sie meine Worte gehört haben.

Zum Schluss dankt die SP dem Stadtrat und allen Angehörigen der Verwaltung, welche uns wirklich ein seriöses Budget vorgelegt haben.

Benny Elsener

Das Budget 2019 führte in der CVP-Fraktion zu einzelnen Diskussionen, wir fanden aber eine schnellere Einigung als auch schon.

Mit der Steuerfussenkung von 58 auf 54 Prozent und dem bleibenden Leistungsstandard wird ein ausgeglichenes Budget aufgezeigt. Bekanntlich liegt das Horten finanzpolitischer Reserven nicht im Auftrag des Staates. Darum begrüssen wir das ausgeglichene Budget mit einem Ertragsüberschuss von CHF 0.8 Mio.. Achtsamkeit ist aber geboten, denn auf uns warten noch grössere Brocken bezüglich Infrastruktur wie Schulhaus Herti, Loreto, Zentrum Plus, etc.. Auch steht das Mobilitätskonzept vom Kanton noch nicht und wir haben doch 11'000 mehr Beschäftigte in der Stadt als Bewohner. Auch wissen wir nicht, wie sich die Wirtschaftslage weiterentwickelt. Der Brexit zum Beispiel sorgt weiterhin für Unruhen und Grossbritannien ist der drittgrösste Handelspartner der Schweiz. Viele Firmen in Zug sind mit Grossbritannien eng verbunden.

Die CVP Fraktion. unterstützt die Anträge der GPK. Die Departemente haben ihre Hausaufgaben grösstenteils gemacht, die Ziele stehen.

Beim Präsidialdepartement sind wir gespannt auf das Projekt «Hinter den Fassaden», die Identität und Traditionen von Zug. Wir denken, dies ist eine Chance, die Altstadt zu beleben. Schliesslich möchten wir uns in Zukunft nicht nur mit Crypto Valley identifizieren.

Beim Finanzdepartement kommt wie jedes Jahr die steigende Summe an den ZFA zum Tragen, obschon es allen Gemeinden in Zug recht gut geht.

Auffallend im Bildungsdepartement: die Jahr für Jahr stetig höheren Kosten. Klar, wir haben auch immer mehr Schüler. Im Budget 2019 mit dem neuen Informatikfach für die Schüler ab der 5. Primar und den Anschaffungen für die entsprechende Hardware ist es erklärbar. Die CVP steht noch hinter dem Budget 2019, die Bildung ist wichtig und kostet Geld, jedoch erwarten wir Optimierungen in den kommenden Jahren. Wir sprechen nicht von Einsparungen, wir

sprechen bewusst von Optimierungen. Dabei beachten wir sicher auch das Konto der Betreuungsgutscheine.

Beim Baudepartement stellen wir ein straffes Budget fest. Seit 2012 wurden CHF 4.5 Mio. optimiert und personell steht das Bauamt heute auf stabilen Beinen.

Und beim SUS erfreuen wir uns als Bewohner der Stadt Zug, dass wir stolze Besitzer von 20 Bushäuschen werden.

Zusammenfassend: Zu einzelnen Positionen im Budget werden wir uns zu Worte melden. Sparen und Verzicht war nicht falsch, vieles konnte optimiert werden. Erneut können wir den Steuerfuss beruhigt auf 54 Prozent senken, die Stadt Zug ist Fit für die Zukunft. Die Fraktion CVP unterstützt die Anträge des Stadtrats mit den Ergänzungen der GPK.

Wir danken dem Stadtrat, der Verwaltung, allen Departementsekretären, im speziellen Andreas Rupp, sowie dem Finanzvorsteher für den sauberen Budgetprozess und die gut strukturierten Unterlagen.

Gregor R. Bruhin

Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis von Budget und Finanzplan und bedankt sich beim Stadtrat für dessen Arbeit. Die SVP schliesst sich den Anträgen der GPK an und hat dann – das hören Sie dann später – noch einen zusätzlichen Antrag.

Zusammengefasst kann man sagen, dass fast überall gute Arbeit geleistet wurde und die Kosten ebenfalls fast überall unter Kontrolle sind. Diese Bemühungen sind sicher in vier von fünf Departementen positiv zur Kenntnis zu nehmen. Insbesondere sehr positiv zur Kenntnis zu nehmen, einmal mehr, im Baudepartement und wir freuen uns dann, wenn es mit dem neuen Finanzchef nächstes Jahr in dieser erfolgreichen Richtung weitergeht.

Einmal mehr sind wir besorgt über das massive Kostenwachstum im Bildungsdepartement. Seit Jahren steigen die Kosten kontinuierlich um rund CHF 1 Mio. pro Jahr an und das weiter und weiter. Wir nehmen zu wenig Bemühungen wahr, die Kosten im Bildungsdepartement in den Griff zu bringen und sind darüber mehr als nur konsterniert. Vergleicht man die Ausgaben mit anderen Zuger Gemeinden, ist augenscheinlich, dass die Stadt Zug sich massiv mehr leistet, als dies in anderen Gemeinden der Fall ist. Sind die Kinder in den übrigen 10 Gemeinden des Kantons Zug schlechter ausgebildet? Ich glaube kaum. Und genau das zeigt auf, dass Qualität nicht über Quantität definiert wird. Die SVP-Fraktion stellt daher, wie auch schon in den Vorjahren, einen Antrag auf Pauschalkürzung – in diesem Jahr von CHF 1 Mio. – und ich hoffe, dass das im Sinne des Spiralprinzips von Barbara dieses Jahr ein bisschen hängen bleibt. Und sonst schauen wir dann, wie es 2019 für das Budget 2020 aussieht.

Aber kommen wir zur geplanten Steuersenkung, die auch einen Meilenstein in dieser Vorlage bedeutet. Die Anpassung des Steuersatzes von 58 Punkten auf 54 Punkte wird von der SVP-Fraktion selbstredend unterstützt. Bereits letztes Jahr war die SVP die treibende Kraft, welche die Steuersenkung von 60 Punkten auf 58 Punkte lancierte. Damals gegen den Widerstand des Stadtrats und der Ratslinken. Umso mehr freut es uns, dass der Stadtrat der SVP nachträglich Recht gibt und die Steuern sogar noch stärker senken möchte, als ursprünglich von uns vorgeschlagen. Hier scheint das Spiralprinzip definitiv überdurchschnittlich stark und positiv gezogen zu haben.

Gerne breche ich noch eine Lanze für tiefere Steuersätze, auch wenn sie von Links immer wieder verteufelt werden. Das Ganze ist nämlich ziemlich einfach. Denn sinkende Steuersätze führen zu höheren Steuereinnahmen. Diesen Zusammenhang hat schon der amerikanische Ökonom Arthur B. Laffer hergestellt. Der Grundgedanke von Laffer ist denkbar einfach: Bei einem Steuersatz von null beträgt der Steuerertrag ebenfalls null. Das gilt auch für einen Steuersatz von 100 Prozent – niemand wird bereit sein, zu diesem Satz zu arbeiten. Zu Sätzen dazwischen allerdings generieren öffentliche Gemeinwesen Steuerertrag. Also ist es logisch zwingend, dass die Kurve zwischen den Extremen einen Wendepunkt bzw. ein Maximum haben muss. Ab diesem Punkt beginnt der Steuerertrag zu sinken, auch wenn der Steuersatz weiter erhöht wird. Oder umgekehrt: Sinkende Steuersätze führen jenseits davon zu steigendem Ertrag. Es scheint für manche Zuger Politiker widersinnig zu sein, dass der Steuerertrag mit sinkenden Steuersätzen steigen kann. Das hat schon die Diskussion im Kantonsrat über die abgeblasene Steuererhöhung gezeigt. Der Effekt lässt sich aber begründen: Ab dem Wendepunkt der genannten Kurve verlegen sich die Steuersubjekte auf die Steuervermeidung. Das kann von Hinterziehung über die Schattenwirtschaft bis hin zu Auswanderung bzw. Steuerflucht führen. Umgekehrt ziehen attraktive Steuersätze zusätzliches Steuersubstrat – auch aus dem Ausland oder aus den umliegenden Kantonen – an. Zudem erhöhen tiefere Steuern grundsätzlich die Steuerdisziplin. Der Effekt lässt sich letztlich auch damit erklären, dass Steuern wohlfahrtsmindernd sind. Sie entziehen der Wirtschaft Mittel, die sie nicht mehr produktiv einsetzen kann. Steuersenkungen respektive eine tiefe Steuerbelastung sind Teil der Angebotsökonomie. Welche generell ein liberales Wirtschaftskonzept ist, das den Unternehmen mehr Freiräume geben will und den Einfluss des Staates zurückdrängt. Die Frage einer Steuersenkung ist daher immer auch eine Frage, wie viel Staat wir eigentlich wollen. Insofern begrüsst die SVP natürlich die Steuersenkung sehr fest.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die SVP-Fraktion Budget und Finanzplan unter Berücksichtigung unseres Kürzungsantrages zur Kenntnis nimmt und genehmigt. Die darin enthaltene Steuersenkung wird von uns begrüsst.

Karen Umbach

Ich werde mich kurz halten, da die FDP-Fraktion keine grossen Einwände zum Budget hat. Eigentlich lässt sich folgendes sagen: Die FDP-Fraktion begrüsst das Budget und zwar aus verschiedenen Gründen:

- Das Budget folgt der Finanzstrategie, nach welcher die Stadt steuerlich attraktiv bleiben soll. Dies ist nach wie vor für uns ein sehr wichtiges Ziel. Ein schlanker Staat, der weiterhin gute Leistungen erbringt, ohne die Steuerzahler ständig zur Kasse zu bitten, muss für uns prioritär sein. Unsere Führungsposition im Kanton dürfen wir nicht hergeben. Einige Unternehmen haben uns bereits verlassen und wir müssen unser Bestes geben, damit andere namhafte Firmen das nicht auch tun.
- Nach dem neuen Finanzhaushaltsgesetz sollte die Rechnung über einen Zeitraum von acht Jahren ausgeglichen sein. Das Budget hält sich an diese Vorgabe.
- Wir gehen auch davon aus, dass die Rechnung 2018 positiv ausfallen wird – vielleicht nicht so viel, wie vom GPK-Präsidenten gemeint, aber immerhin – und dass deswegen Sparen und Verzichten kein Thema mehr sein muss.

Kurz gesagt: Das Budget ist gelungen. Und an dieser Stelle geht ein letzter Dank an unseren Noch-Finanzdepartementsvorsteher und an sein Team für die ausgezeichnete Arbeit.

Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrats bezüglich dem Steuerfuss, den Hundesteuern sowie dem Budget zustimmen. Die von der GPK gestellten Anträge, die die Finanzdepartementsziele betreffen, werden ebenfalls unterstützt. Allerdings lehnt die Fraktion den Antrag zur Renovation denkmalgeschützter Bauten ab.

Zu den individuellen Departementen hat die Fraktion keine Einwendungen, ausser beim Bildungsdepartement. Die FDP-Fraktion begrüsst die erhöhte Klassengrösse, die jetzt durchschnittlich bei 19 Schülern und Schülerinnen liegt. Letztes Jahr war diese etwas weniger. Sie ist trotzdem weiterhin besorgt über die Entwicklung der Stellenprozente des Lehrpersonals und bittet die Vorsteherin des Bildungsdepartements um eine Stellungnahme zu dieser Problematik.

Hugo Halter, Ratspräsident

Ich gehe davon aus, dass die Stadträtin bei der entsprechenden Position eine Antwort geben kann.

Stefan Hodel

Das Lesen des Budgets 2019 und des Finanzplans 2019 bis 2022 hat auch uns zum Teil Freude bereitet. Wir stellen fest, dass unsere Stadt weiterhin attraktiv ist für Familien mit Kindern. Gerne nehmen wir die damit verbundenen Mehrausgaben im Bereich Bildung und Freizeitbetreuung in Kauf. Passend zur aktuellen Jahreszeit stellen zudem wir fest, dass die budgetierten Ausgaben für die Weihnachtsbeleuchtung so tief sind wie wohl noch nie. Dieses Jahr wird sich kein Mitglied des Grossen Gemeinderates mit einem Kürzungsantrag die Finger an den heissen Glühbirnen verbrennen, wie dies noch vor einigen Jahren passiert ist. Dank LED entsteht nicht nur weniger Wärme, es wird auch weniger Strom benötigt.

Wir freuen uns, dass nun, wie im Investitionsplan ersichtlich, dank vorübergehender Schliessung der SBB-Linie zwischen Zug und Arth-Goldau, die Brücke über die Hofstrasse erneuert werden kann. Wir fragen uns jedoch, ob da ein Teil der Kosten nicht schon im Jahre 2019 anfallen wird und nicht erst, wie budgetiert, in den Jahren 2020 und 2021.

Keine Freude bereitet uns die geplante Steuersenkung. Der noch tiefere Steuersatz verstärkt die Sogwirkung für Fluchtgeld aus aller Welt, das hier einen sicheren Hafen sucht. Da geht es uns wie Barbara Stäheli, wir wiederholen seit Jahren das Gleiche. Die negativen Folgen sind bekannt: Steigende Preise für Miet- und Eigentumswohnungen, zunehmender Verkehr, Stadtumbau im Rekordtempo, Wegzug von weniger gut Betuchten in die Nachbarkantone. Sind nicht auch die Schwierigkeiten der Feuerwehr, ihre Reihen zu füllen, eine Folge davon? Schon im Jahre 2009 haben wir hier bei der Beratung der Rechnung 2008 den damaligen Steuersatz als «Dumpingsteuersatz» bezeichnet. Waren wir damals noch bei 63 Prozent? Ich denke Ja. Schon damals haben wir darauf hingewiesen, dass für den normalen Steuerzahler das frei verfügbare Einkommen – nach Bezahlung von Miete und Steuern – tiefer ist als in vielen anderen Kantonen. Die mir aktuell vorliegenden Zahlen stammen von 2016. Die Studie der Credit Suisse zeigt, dass wir im Kanton Zug, im Vergleich mit den anderen Kantonen noch immer weit hinten, auf dem 19. Platz liegen. Ein beträchtlicher Teil der in Zug versteuerten Einkommen und Vermögen müsste eigentlich an anderen Orten, in anderen Kantonen und Ländern versteuert werden. Dort fehlt das Geld der öffentlichen Hand. Gut gibt es den NFA. Damit ist wenigstens innerhalb der Schweiz zum Teil eine Korrektur möglich.

Wir nehmen mit grossem Bedauern zur Kenntnis, dass wohl kein Weg an einer weiteren Senkung des Steuersatzes vorbeiführt. Die Vorgabe, dass die Rechnung ausgeglichen sein muss, soll eingehalten werden. Die Kürzungsanträge, wie sie jetzt bereits angetönt wurden und die in der nun folgenden Detailberatung folgen werden, können wir auf keinen Fall unterstützen.

Auch wir danken allen an der Ausarbeitung dieses Budgets beteiligten Personen in der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für ihre sorgfältige Arbeit.

David Meyer

Vielen Dank an den GPK-Präsidenten vorab für seinen grosszügigen Überblick über die aktuelle Finanz- und Politiklandschaft. Und grosszügig kann man in der Tat sein dieses Jahr, denn es sind erfreuliche Zahlen – es sind sogar sehr erfreuliche Zahlen im Budget. Die Steuersenkung ist ohne Abstriche möglich. Eine Steuersenkung ist schon fast ein Gebot, schon nur wegen der Schuldenbremse, die sonst irgendwann noch zuschlagen würde.

Die Bildungsausgaben wachsen, da kann man nur hoffen, dass diese Rechnung dereinst auch aufgeht. Aber das Wachstum des Bildungsdepartements ist schlussendlich direkt scheu im Vergleich zum Posten ZFA/NFA, der da auch munter weiterwächst. Es ist der grösste Posten – der eben ausgerechnet auch nicht in der Hand der Stadt Zug liegt.

Ein Blick über den See: Da kann man sagen, da sieht Cham ja erbärmlich aus. Es braucht CHF 20 Mio., um über die Runden zu kommen. Dabei ist es zentral gelegen, hat Autobahn- und Eisenbahnanschluss, Seeanstoss – tja, was will man da mehr?

Aber die eigentliche Schelte geht in diesem Zusammenhang nicht an die Gemeinde Cham, sondern sie geht an den Kantonsrat als Plenum: Umverteilung ohne Mass via ZFA. Und der Kantonsrat behauptet auch noch bürgerlich zu sein. Die Landgemeinden hätten es nie in diesem Umfang nötig, alimentiert zu werden. Aber hier fehlt der Mut, einen fairen Mechanismus im ZFA aufzubauen und ihn ins Lot zu bringen. Es ist ja nicht so, dass wenn ein einziger, wie die Stadt Zug, 80 Prozent aller Kosten aufbringt – dann stimmt bestimmt etwas nicht mehr.

So, zurück zu den erfreulichen Zahlen. Und auch ich habe einen kleinen Ausblick: Was wir mit diesem Geld alles machen können oder sollen, was uns da Raum gibt. Es gibt nämlich Raum für Innovationen, für Investitionen, welche nicht immer nur den billigsten Stand haben müssen. Die angezogene Handbremse ist im Moment nicht unbedingt das Mass aller Dinge. Nein, wir können auch in Qualität investieren. Wir können auch in mutigere Infrastrukturen investieren. Wir können – also genau genommen, wir müssen in gute Dinge, gute Infrastruktur, investieren, damit wir uns und unser selbsterwartetes hohes Niveau halten und eben auch ausbauen können.

In diesem Sinne danke ich schon mal für die gute Beratung.

Hugo Halter, Ratspräsident

Dann werden wir, wir vorher von mir beschrieben, ab Seite 26 mit den Hauptzahlen Seite für Seite durcharbeiten. Bitte melden Sie sich, wenn Sie Fragen oder Anträge haben.

Detailberatung

Hauptzahlen (S. 26)

Keine Wortmeldungen

Erfolgsrechnung nach Sacharten (S. 27)

Keine Wortmeldungen

Institutionelle Gliederung (S. 28)

Keine Wortmeldungen

Präsidentenabteilung: Erfolgsrechnung und Departementsziele (S. 29)

Barbara Gysel

Wir möchten beim Präsidentenabteilung gerne eine Frage zu den Departementszielen platzieren – respektive zum Budget generell. Und zwar haben wir im Budget vor zwei Jahren, also 2017, ein Departementsziel gehabt – das war die Nummer 4, damals auf Seite 31 zu finden –, wonach die Charta der Lohngleichheit, diese Unterzeichnung, angestrebt werde. Es ging also damals darum zu prüfen, wie die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann gewährleistet sei. Nun taucht diese Frage im Budget nicht mehr auf. Und wir möchten daher die Frage stellen, ob wir richtig sind in der Annahme, dass eine damalige Überprüfung dazu geführt hat, dass sich daraus keine Kostenfolgen ergeben oder wie war das Ergebnis, dass dies hier nirgends auftaucht?

Dolfi Müller, Stadtpräsident

Ja, liebe Barbara, so einen Budgetposten gibt es natürlich nicht, aber ich glaube, das ist der richtige Ort, um die Frage zu stellen. Ich habe gewisse Resultate. Wir weichen im Moment vom 100-Prozent-Ideal der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau um 2.4 Prozent ab. Das hat man statistisch eruiert, so gut man das eben kann. Es ist aber positiv – so ab 5 Prozent Abweichung besteht Handlungsbedarf. Das einfach als Feststellung. Bei uns herrscht das eiserne Gebot: Das Geschlecht soll bei Neueinstellungen – darf bei Neueinstellungen keine Rolle spielen. Sonya Schürmann, unsere Personalchefin, hätte sich natürlich gewehrt, wenn sie bei der Anstellung diskriminiert worden wäre. Und sie hat als Frau natürlich hier den Fokus doppelt drauf, wenn es um andere Anstellungen geht. Es geht um die Aufgabe, es geht um Verantwortung, es geht um Kompetenzen, es geht um Ausbildungsstand, Abschlüsse und Erfahrung – das sind die Kriterien, die gelten müssen. Darüber hinaus sind wir aber gerade bei Wiedereinstellungen von Frauen, die Kinder bekommen haben, sehr kulant. Das muss auch so sein.

Also, liebe Barbara, man kann alles noch ein bisschen besser machen, aber ich denke, wir sind nahe dran am Ideal.

Barbara Gysel

Ich danke für die Information und ich finde, das war jetzt ein bisschen zu viel Bescheidenheit. Wenn man die Vergleiche zwischen den Städten und den Kantonen innerhalb der öffentlichen Verwaltung sieht und die Ungleichheiten zwischen Frau und Mann bei den Löhnen ansieht, und wir haben hier in der Stadt 2.4 Prozent, dann würde ich sagen, das ist ein hervorragendes Resultat und die Stadt Zug kann stolz darauf sein, dass die Ungleichheiten nicht grösser sind. Bravo.

Finanzdepartement: Erfolgsrechnung und Departementsziele (S. 30)

Hugo Halter, Ratspräsident

Hier liegen die Anträge der GPK zu den Departementszielen 4 und 5 vor.

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Stadtrat die Anträge der GPK übernimmt.

Bildungsdepartement: Erfolgsrechnung und Departementsziele (S. 31)

Keine Wortmeldungen

Baudepartement: Erfolgsrechnung und Departementsziele (S. 32)

Keine Wortmeldungen

Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS): ER und Departementsziele (S. 33)

Keine Wortmeldungen

1 Präsidialdepartement (S. 34 bis 38)

KST 1000: Grosser Gemeinderat
Keine Bemerkungen

KST 1100: Stadtrat
Keine Bemerkungen

KST 1200: Stadtkanzlei, Archiv
Keine Bemerkungen

KST 1250: Kommunikation
Keine Bemerkungen

KST 1300: Zentrale Dienste
Keine Bemerkungen

KST 1400: Rechtsdienst
Keine Bemerkungen

KST 1500: Personaldienst
Keine Bemerkungen

KST 1600: Kultur
Keine Bemerkungen

KST 1700: Einwohnerdienste
Keine Bemerkungen

KST 1800: Stadtentwicklung
Keine Bemerkungen

2 Finanzdepartement (S. 39 bis 46)

KST 2000: Departementssekretariat
Keine Bemerkungen

KST 2100: Buchhaltung
Keine Bemerkungen

KST 2110: Zinsen

Richard Rüegg

Übertragung WWZ-Aktie: Wir möchten zu diesem Punkt nur den Warnfingern erheben. Wieso nur ein gewisser Teil der Aktien in das Verwaltungsvermögen übertragen wird könnte Fragen aufwerfen. Zum Beispiel, was vielleicht momentan nicht vorstellbar ist, könnte ein Gläubiger Klage erheben, wieso er nur auf den Teil im Finanzvermögen Zugriff erhält und der im Verwaltungsvermögen für ihn blockiert ist. Klar muss uns auch sein, dass wenn die Wasserwerke Zug keine Änderung des öffentlichen Auftrags vornimmt, wird es sehr schwer werden, diese Aktien aus dem Verwaltungsvermögen wieder zurückzuführen in das Finanzvermögen.

Hugo Halter, Ratspräsident

Die Frage betrifft das Konto 4451.10 auf der Seite 39, drittunterste Linie ungefähr. Möchte sich der Stadtrat dazu äussern?

Karl Kobelt, Stadtrat

Ja, sehr gern, besten Dank. Es ist so, dass wir dieses Splitting des Wertes der WWZ-Aktie zwischen Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen sehr sorgsam vorgenommen haben. Der Hintergrund war einfach der, dass wir die Effekte durch die Änderungen bei der Bewertung des Finanzvermögens abfedern wollten. Und insofern rechtfertigt sich dieses Splitting, weil doch ein Teil der Geschäftstätigkeit der WWZ, insbesondere Wasser und Elektrizität, klar im Service public anzusiedeln sind. Und deshalb haben wir dieses Splitting vorgenommen. So wie sich die Dinge heute präsentieren, gibt es keine Anzeichen, dass wir davon abkehren sollten. Selbstverständlich werden wir bei Änderungen, die möglicherweise wieder ins Haus stehen beim Finanzhaushaltsgesetz, diesen Aspekt wieder neu prüfen. Im Moment fahren wir, glaube ich, am besten mit dieser Handhabung.

KST 2120: Abschreibungen

Keine Bemerkungen

KST 2130: Steuern

Keine Bemerkungen

KST 2200: Immobilien allgemein

Keine Bemerkungen

KST 2210: Liegenschaften Finanzvermögen

Keine Bemerkungen

KST 2222: Wohnen und Aufenthalt

Keine Bemerkungen

KST 2223: Betriebsliegenschaften

Keine Bemerkungen

KST 2224: Sport und Freizeit

Keine Bemerkungen

KST 2225: Kultur und Geselligkeit

Keine Bemerkungen

KST 2226: Unbebaute Grundstücke

Keine Bemerkungen

KST 2230: Städtischer Wohnungsbau

Keine Bemerkungen

KST 2250: Schulanlagen

Keine Bemerkungen

KST 2400: Informatik

Keine Bemerkungen

KST 2500: Betriebsamt

Keine Bemerkungen

KST 2600: Übriger Aufwand

Keine Bemerkungen

KST 2870: Städtische Beiträge / Hilfeleistungen

Rupan Sivaganesan

Seitens der SP-Fraktion möchte ich einen Antrag bei der Kostenstelle 2870, Kontonummer 3638.20 stellen. Es geht um die Hilfeleistungen ins Ausland. Jetzt sind beim Budget CHF 30'000.00 vorgesehen. Wir stellen hier den Antrag, diesen Betrag auf CHF 60'000.00 zu verdoppeln.

Ich kann es jetzt schon ahnen, Kollege Gregor Bruhin wird sich melden und an den Rat appellieren, die Auslandshilfe sei doch eine Aufgabe des Bundes und geht uns nichts an. Aber das stimmt nicht. Es geht uns viel an. Sie als Zeitungsleserinnen und -leser wissen ja, wie schlecht es vielen Menschen in Kriegs- und Krisenregionen auch heute und immer noch geht. Ich halte hier keine Moralpredigt, auch wenn das zur Weihnachtszeit passen würde.

Ich will einfach an eine schöne Zuger Tradition erinnern. Seit 1987 bildet die Stadt Zug in guten Jahren Rückstellungen für Hilfeleistungen für das In- und Ausland. Als internationaler Standort Zug, der von der Globalisierung profitiert, trägt er auch eine globale Verantwortung. Und so unterstützt die Stadt Zug auch diverse Hilfswerke und Entwicklungsprojekte.

In den letzten Jahren hat unsere Stadt die Jahresrechnung jeweils mit einem Plus abgeschlossen – das haben wir vorher gehört. Doch leider wurden die Überschüsse als Steuerreserve vorgesehen. Weil es uns finanziell sehr, sehr, sehr gut geht, wird ja eine Senkung des Steuerfusses vorgeschlagen. Wenn wir uns das als Crypto Valley, als globaler Commodity Hub, als einer der reichsten Orte der Welt leisten können, liebe Kolleginnen und Kollegen – dann sind doch CHF 60'000.00 Peanuts.

Seien Sie in Samichlaus-Stimmung. Verdoppeln sie den Betrag. Geben Sie dem Stadtrat etwas mehr «Spatzig», damit er auch in Zukunft etwas mehr globale Verantwortung übernehmen darf.

Hugo Halter, Ratspräsident

Es liegt ein Antrag von der SP-Fraktion zur Kostenstelle 2870 vor, den Betrag beim Konto 3638.20, Hilfeleistungen ins Ausland, um CHF 30'000.00 auf CHF 60'000.00 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 2

- Für den Antrag der SP-Fraktion, das Konto 3638.20, Hilfeleistungen ins Ausland, um CHF 30'000.00 auf neu CHF 60'000.00 zu erhöhen, stimmen 12 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SP-Fraktion, das Konto 3638.20, Hilfeleistungen ins Ausland, um CHF 30'000.00 auf neu CHF 60'000.00 zu erhöhen, stimmen 24 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat den Antrag der SP-Fraktion um Erhöhung abgelehnt hat.

3 Bildungsdepartement (S. 47 bis 55)

Gregor Bruhin

Den Antrag, den ich beim Grundsatzvotum gestellt habe.

Hugo Halter, Ratspräsident

Jawoll, dann betrifft das die Seite 47, das Bildungsdepartement, die Ziffer 3. Der Aufwand Budget 2019 insgesamt ist CHF 73'314'700.00 und der Antrag der SVP lautet, diesen Betrag global um CHF 1 Mio. zu kürzen.

Vroni Straub, Stadträtin

Ja, werte Anwesende, ich ersuche Sie, diesem Kürzungsantrag der SVP nicht stattzugeben. Wir konnten, glaube ich, schon im Vorfeld – in der Budgetdebatte im Stadtrat, aber auch im Finanzdepartement und dann in der GPK – gut begründen, weshalb wir diese Erhöhung im Budget brauchen. CHF 700'000.00, das wäre noch weniger, als die SVP fordert, sind für das ICT- und Medienkonzept gedacht, das hat Benny Elsener in seinem Eintrittsvotum schon gesagt. Alle Gemeinden im Kanton Zug sind hier auf dem gleichen Weg. Geschuldet ist es auch dem Lehrplan 21, wir wollen ab der 5. Klasse unsere Schülerinnen und Schüler mit standortunabhängigen Geräten ausrüsten. Wenn wir das nicht machen können, dann generieren wir doch für die Stadtzuger Schülerinnen und Schüler einen erheblichen Standortnachteil. Eine weitere Erhöhung, ca. CHF 350'000.00, sind der Einführung der Betreuungsgutscheine geschuldet. Das haben wir hier gemeinsam besprochen und da können wir jetzt einfach keinen Rückzieher machen. Ob wir das Geld dann wirklich so brauchen, wie wir es jetzt im Budget eingestellt haben, das wird die Rechnung 2019 weisen. Eine weitere Budgeterhöhung haben wir bei den Pensen generiert, und zwar ganz klar beim Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Dort haben wir mehr Kinder, viel mehr Kinder, die Unterstützung im Deutsch brauchen. Wir haben Schülerinnen und Schüler, die kommen von den International Schools zu uns in die Volksschule oder gehen gar nicht erst in die International Schools. Wir haben auch Schweizer Kinder mit Migrationshintergrund, die eingebürgert sind, die aber trotzdem schlecht Deutsch sprechen. Hier müssen wir die Pensen erhöhen, das sind ebenfalls CHF 200'000.00 bis CHF 300'000.00, die wir im Pensenbudget haben.

Darf ich hier an dieser Stelle gleich, Herr Präsident, die Antwort an Karen Umbach geben? Auf Ihre Frage zu der Personalplanung. Denken Sie daran, dass bei der Personalplanung im Pädagogikbereich eben neben den Lehrpersonen der Stadtschulen auch die Musiklehrpersonen und alle Mitarbeitenden der schulergänzenden Betreuung eingerechnet sind. Für die zwei Eröffnungen der schulergänzenden Betreuungen im letzten Jahr, bzw. in diesem Jahr, im Herti und im Zentrum haben wir 1.65 Stellenwerte dazugerechnet. Uns wird das Thema der schulergänzenden Betreuung in der nächsten Legislatur – ich sage ausdrücklich in der nächsten Legislatur, in den nächsten vier Jahren – noch sehr stark beschäftigen. Die schulergänzende Betreuung ist gesellschaftlich enorm nachgefragt und hier müssen wir uns in der Tat neue Modelle überlegen. Weitere 0.5 Stellenwerte sind für die Musikschule eingestellt, damit wir eben auch dort die steigenden Schülerzahlen, wenn auch nur einigermaßen, aber doch, auffangen können. Die Pensenerhöhung bei den Stadtschulen setzen sich sehr vielfältig zusammen. Eine Pensenerhöhung von 1.01 Stellenwerten zum Beispiel geht an die Heilpädagogische Schule. Dort besuchen je länger je mehr Kinder mit erhöhtem Pflegebedarf die Schule. Wir haben mehr Kinder im Rollstuhl und die brauchen einfach mehr Pflege. 1.25 Stellenwerte gehen an die Oberstufe, weil wir dort eine Klasse mehr führen müssen. Die grössten Erhöhungen gehen an die Primarschule und an den Kindergarten, mit je etwas über 4 Stellenwerten. Dies, weil wir im Sommer 2019 einen Kindergarten im Herti und eine dritte Klasse im Zentrum eröffnen. Und eben, das habe ich vorher erklärt, in diesen Pensen sind die dringend benötigten Pensen für den DaZ-Unterricht eingeschlossen. In den letzten vier Schuljahren verzeichneten wir insgesamt 188 Schüler mehr. Nimmt man

einen Klassendurchschnitt von 18 Schülern, müssten wir eigentlich rund 11 Klassen eröffnet haben. Wir haben aber effektiv nur 7 Klassen eröffnet. Im Durchschnitt liegen wir mit 19 Schülerinnen und Schülern über dem kantonalen Durchschnitt, und dies trotz Schulkreisen und Quartierschulhäusern. Es ist unsere Strategie, unsere erklärte Strategie, die Klassengrößen so zu führen, dass trotz Weg- und Zuzügen die Klassengrößen mindestens die Richtzahl halten. Und das ist uns sehr gut gelungen. Ich danke und hoffe, die Frage ist so beantwortet.

Ich bitte, den Kürzungsantrag der SVP nicht zu unterstützen.

Philip C. Brunner

Frau Stadträtin, Frau Bildungspräsidentin, das hat alles sehr vernünftig getönt.

Ich bin seit zehn Jahren in diesem Rat. Die Schülerzahlen gehen rauf, die Schülerzahlen gehen runter, aber das Bildungsdepartement kennt nur eine Richtung. Und zwar geht es nicht um CHF 10'000.00 oder CHF 20'000.00 pro Jahr, was man noch begreifen könnte. Die Stellen gehen auch nur in eine Richtung.

Sie finden diese Begründung von der Schülerzahl in einer Tabelle im Budget des Stadtrats auf Seite 8. Haben Sie sich das mal angeschaut? Es geht dort in Kleinstschritten, in 1er, teilweise 20er, teilweise 35er, teilweise 60er-Schritten – geht das hinauf. Aber wenn Sie schauen, beim Budget, dann geht es eben dort in Millionen rauf. Alleine für das Jahr 2019, also Schuljahr 2019/2020, über 13 zusätzliche Stellen. Und ich meine, ich habe hier in diesem Rat schon verschiedentlich diese Division gemacht zwischen den Angestellten, die im Bildungsdepartement arbeiten – Sie finden auch das in den Budgetunterlagen, es sind um die 365 – und den Schülerzahlen. Wenn man das teilt, finden Sie heraus, dass es zwischen 7 und 8 Schüler pro Angestelltem hat und das ist einfach nicht normal – das ist einfach nicht normal. Wir haben jetzt einen sehr moderaten Antrag gestellt, wir haben vor Jahren brutalere Anträge gestellt, einfrieren des Budgets auf Vorjahr – der GGR hatte dafür kein Verständnis. Man hat uns versprochen, man werde da auf den Aufwand schauen. Sie haben ja noch einen Indikator im Budget auf Seite 47, das sind nämlich die Beiträge des Kantons. Die Beiträge des Kantons gehen auch rauf mit den Schülerzahlen, aber dort sehen Sie eben den Unterschied. Waren es bei der Rechnung 2017 noch CHF 26.2 Mio., sind es jetzt CHF 26.8 Mio. [Hinweis des Protokollführers: Hier sind nicht die Beiträge des Kantons, sondern der Gesamtertrag gemeint] – aber in der gleichen Zeit ist der Aufwand gestiegen von knapp CHF 68 Mio. um CHF 5 Mio. auf über CHF 73 Mio.. Und ich muss Ihnen sagen: Es geht nicht darum, ob es der Stadt jetzt gut geht oder der Stadt schlecht geht, es geht auch ein bisschen um Disziplin und Fairness gegenüber den Kollegen im Stadtrat. Ich meine, wenn ich schaue, dass ein Baudepartement in den letzten Jahren Millionen eingespart hat und andere auch – ich denke zum Beispiel an das SUS, wo es auch nicht ganz einfach ist, man aber zumindest die Kosten im Griff hat –, dann finde ich einfach diese Ausreisser, die wir bei der Bildung haben. Vroni, du bist mir sehr sympathisch, dein Departement ist mir sehr sympathisch, aber ich erachte es als meine Pflicht als Parlamentarier, hier den Finger zu heben und zu sagen: Das ist jetzt ein äusserst moderater Antrag. Wir sagen nicht einmal ganz genau, wo gespart werden soll. Wir haben nie gesagt, wir sollen gemäss Lehrplan 21 da die Kosten – man hat uns ja versprochen, der Lehrplan 21 werde nichts kosten, die Kosten werden gleich bleiben. Wir sehen, dass es halt indirekt jetzt losgeht.

Also ich bitte Sie, den Antrag der SVP zu unterstützen. Sie setzen da ein Zeichen in die richtige Richtung.

Abstimmung Nr. 3

- Für den Antrag der SVP um Pauschalkürzung beim Bildungsdepartement von CHF 1 Mio. stimmen 8 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SVP um Pauschalkürzung beim Bildungsdepartement von CHF 1 Mio. stimmen 29 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat den Antrag der SVP abgelehnt hat.

KST 3000: Departementssekretariat

Keine Bemerkungen

KST 3050: Rektorat

Keine Bemerkungen

KST 3060: Schulinformatik

Keine Bemerkungen

KST 3100: Kindergarten

Keine Bemerkungen

KST 3200: Primarschule

Keine Bemerkungen

KST 3250: Integrationsklasse

Keine Bemerkungen

KST 3300: Tagesschule

Keine Bemerkungen

KST 3400: Kooperative Oberstufe

Keine Bemerkungen

KST 3520: Psychomotorik

Keine Bemerkungen

KST 3600: Heilpädagogische Schule

Keine Bemerkungen

KST 3700: Freizeitangebote

Keine Bemerkungen

KST 3710: Sport

Keine Bemerkungen

KST 3800: Kind Jugend Familie

Gregor R. Bruhin

Die SVP-Fraktion stellt Antrag, dass wir bei der Kostenstelle 3800 eine Pauschalkürzung von CHF 500'000.00 vornehmen. Ich möchte Ihnen kurz ein paar Zahlen zu Gemüte führen und Ihnen damit aufzeigen, dass es nicht nur mit dieser Einführung der Betreuungsgutscheine zusammenhängt. Die Abteilung Kind Jugend Familie – die wächst und wächst und wächst. Wenn wir jetzt das Budget von vor vier Jahren nehmen, das wir zu Beginn dieser Legislatur beschlossen haben, dann sehen wir dort einen entsprechenden Trend. Jetzt, vom letzten Jahr auf dieses Jahr haben wir CHF 150'000.00 zusätzlich auf CHF 3.12 Mio., die wir bei den hauptamtlichen Löhnen zahlen. 2015 war das Budget noch bei CHF 2.7 Mio.. Nebenämter und Aushilfen: Steigerung von diesem Jahr auf das kommende Jahr um CHF 100'000.00 auf CHF 390'000.00. 2015 waren wir noch bei CHF 210'000.00. Löhne in Ausbildung: Um CHF 50'000.00 auf CHF 395'000.00. 2015 waren wir noch bei CHF 260'000.00.

Sie sehen, da hängt es überhaupt nicht nur mit der Einführung der Betreuungsgutscheine zusammen. Die Abteilung Kind Jugend Familie wächst und wächst und wächst, seit sie eingeführt ist. Das ist mittlerweile schon grösser als der Werkhof, schon mehr als die Hälfte des Baudepartements von den Kosten. Und ich denke, hier müssen wir jetzt endlich mal einen Stopp reissen. Wir können nicht jedes Jahr immer mehr Geld in diese Staatsbetreuungsmaschinerie reinpumpen. Ich bin – und auch die SVP-Fraktion ist – hier dezidiert der Meinung, dass der Staat kein Kindermädchen ist. Das ist nicht Aufgabe der Stadt Zug, das ist Aufgabe der Privaten, die diese übernehmen sollten. Offensichtlich besteht ja ein Bedürfnis für diese Leistungen, also ist es überhaupt gar nicht nachvollziehbar, warum der Staat diese anbieten sollte.

Monika Mathers

Ich habe einfach eine Frage: Was wollt Ihr? Wollt Ihr, dass unsere gut ausgebildeten Frauen und Mütter arbeiten und daher halt ihre Kinder betreuen lassen oder dass wir mehr Arbeitende aus dem Ausland holen. Das wir zu wenig gut ausgebildete Kräfte hier haben, weiss jeder. Irgendwann einmal – ich kenne die Geschichte zu wenig – musste man auch zahlen für jedes Kind, das zur Schule ging. Der Staat hat aber gemerkt, dass es dem Staat, uns, hilft, wenn der Staat dafür bezahlt, also wenn wir alle dafür bezahlen. Ganz ähnlich ist es halt auch bei der Betreuung. Und ich finde es irgendwie so kleinlich. Und, ehrlich gesagt, die Betreuung mit dem Werkhof zu vergleichen, ist ein bisschen geschmacklos.

Barbara Gysel

Ich möchte an dieser Stelle, glaube ich, auch nicht zu lange werden, weil wir über dieses Thema auch schon spiralmässig, wahrscheinlich vierzig Mal, diskutiert haben. Aber in einem Punkt hat Gregor Bruhin natürlich schon recht. Es liegt nicht auf der Hand, dass die Kinderbetreuungskosten automatisch beim Staat landen müssen. Das ist absolut richtig. Ich würde dich aber dazu einladen, mit der gleichen Leidenschaft, wie du hier vorne gesprochen hast, bei Arbeitgebern beliebt zu machen, dass die Wirtschaft, aus deren Interesse das schliesslich wächst, sich stärker an den Kosten beteiligt.

Gregor R. Bruhin

Also, liebe Barbara, da sprichst du mir natürlich aus dem Herzen, das sehe ich auch so. Ich habe unter anderem jetzt auch schon für den zweiten Arbeitgeber gearbeitet, der das von sich aus anbietet. Das sind auch Leistungen, die für Arbeitgeber interessant sind anzubieten im Sinne von Fringe Benefits, um entsprechend als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Aber das funktioniert natürlich nicht, wenn hier die Stadt oder der Staat den Markt unterspült.

Abstimmung Nr. 4

- Für den Antrag der SVP, bei der Kostenstelle 3800, Kind Jugend Familie, eine Pauschalkürzung von CHF 500'000.00 vorzunehmen, stimmen 9 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SVP, bei der Kostenstelle 3800, Kind Jugend Familie, eine Pauschalkürzung von CHF 500'000.00 vorzunehmen, stimmen 28 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat den Antrag der SVP abgelehnt hat.

KST 3850: Musikschule

Keine Bemerkungen

KST 3900: Bibliothek Zug

Keine Bemerkungen

4 Baudepartement (S. 56 bis 59)

KST 4000: Departementssekretariat

Keine Bemerkungen

KST 4100: Stadtplanung

Keine Bemerkungen

KST 4200: Hochbau

Keine Bemerkungen

KST 4250: Städtebau

Hugo Halter, Ratspräsident

Hier liegt beim Konto 3637.40, Renovation denkmalgeschützter Bauten, ein Antrag der GPK vor, den Betrag von CHF 300'000.00 auf CHF 400'000.00 zu erhöhen. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann stimmen wir auch darüber ab.

Abstimmung Nr. 5

- Für den Antrag der GPK, das Konto 3637.40, Renovation denkmalgeschützter Bauten, um CHF 100'000.00 auf neu CHF 400'000.00 zu erhöhen, stimmen 26 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der GPK, das Konto 3637.40, Renovation denkmalgeschützter Bauten, um CHF 100'000.00 auf neu CHF 400'000.00 zu erhöhen, stimmen 9 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat dem Antrag der GPK zugestimmt hat.

KST 4300: Baubewilligungen

Keine Bemerkungen

KST 4400: Verkehrsplanung, Strassen

Keine Bemerkungen

KST 4500: Anlagen, Plätze, Gewässer

Keine Bemerkungen

KST 4600: Werkhof
Keine Bemerkungen

KST 4700: Abfallbewirtschaftung
Keine Bemerkungen

KST 4800: Stadtentwässerung
Keine Bemerkungen

5 Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 60 bis 67)

KST 5000: Departementssekretariat
Keine Bemerkungen

KST 5100: Soziale Dienste
Keine Bemerkungen

KST 5150: Alimentenbevorschussung
Keine Bemerkungen

KST 5170: Wirtschaftliche Hilfe
Keine Bemerkungen

KST 5190: Beiträge
Keine Bemerkungen

KST 5300: Fachstelle Alter und Gesundheit
Keine Bemerkungen

KST 5400: Umwelt und Energie
Keine Bemerkungen

KST 5500: Sicherheit
Keine Bemerkungen

KST 5600: Parkraumbewirtschaftung
Keine Bemerkungen

KST 5700: Verkehr
Keine Bemerkungen

KST 5800: Feuerwehr
Keine Bemerkungen

KST 5850: Brandschutz
Keine Bemerkungen

Investitionsprogramm 2019 – 2028

S. 68 bis 72
Keine Bemerkungen

S. 73

Richard Rüegg

Kostenstelle 2250, Objekt 966, Herti Schulanlage. Wir möchten zu diesem Punkt folgendes festhalten: Am 2. Juli 2013 hat der Gemeinderat einen Rückweisungsantrag für den Erweiterungsbau gestellt und gutgeheissen. Mit dem Auftrag, dass ein kostengünstigeres Projekt erstellt werden müsste, weil das 46-Millionen-Projekt zu teuer sei.

Unser neues Vorhaben Schulhaus Herti erscheint jetzt mit 65-Millionen-Neubau, plus 11-Millionen-Sanierung des bestehenden Schulhauses im Investitionsprogramm. Dies entspricht nicht unseren Vorgaben. Wir erlauben uns, dies sehr kritisch zu betrachten.

Anmerken möchte ich noch: Letzte Woche hat der Baarer Gemeinderat ein Schulhausprojekt vorgestellt, das vier Schulhäuser beinhaltet und somit grösser ist als das Vorhaben Herti. Die vorgesehene Bausumme beträgt CHF 70 Mio..

Hugo Halter, Ratspräsident

Herzlichen Dank, das nimmt der Stadtrat so zur Kenntnis.

S. 74 bis 78

Keine Bemerkungen

Beschlussentwurf (S. 24 bis 25)

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass zu Titel und Ingress das Wort nicht verlangt wird.

Ziff. 1.1.

Barbara Gysel

Wahrscheinlich mit wenig Überraschung stellen wir seitens der SP den Antrag, den Steuerfuss auf 58 Prozent zu belassen.

Vor ziemlich genau einem Jahr, im Dezember 2017, war klar, dass der Totalumfang Sparen und Verzichten I und II knapp CHF 8 Mio. ausmachte. In unserer Stadt war und ist die Situation eindeutig: Zwar hatten wir ein Defizit zu verzeichnen, aber wir haben in den vergangenen Jahren kein einziges Mal den Steuerfuss erhöht. Nein, um die Stadtkasse ins Lot zu bringen, haben wir entlastet, verzichtet und wenige Mehreinnahmen eingeführt. Wie erwähnt, der Steuerfuss blieb ausnahmslos ohne Erhöhung.

Nun wird das Budget mit einem leichten Plus geplant. Grundlage dafür ist der gesenkte Steuerfuss von 54 Prozent. Es scheint uns zynisch – erst Millionen zu sparen und wenige Monate später schon wieder Steuern zu senken. Das ist eine Kehrtwendung wie wir sie auch vom Kanton kennen. Es trifft aber genau das ein, was wir prognostiziert haben.

Bei der letzten Budget-Debatte hier im GGR warnte ich namens der SP bereits vor der Abwärts-spirale und auch damals sprachen wir eben von diesem Bild. Aufgrund unseres strukturellen Defizits in den vergangenen Jahren haben wir gespart und verzichtet. Durch die beiden Programme Millionen eingespart. Strategie war im Wesentlichen: die Verzichts- und Sparübungen als Gegensteuer zum strukturellen Defizit. Ein ganz kleines Beispiel davon: Das Kremieren in der Stadt Zug ist gebührenfrei, die Beerdigungen kosten – habe ich es falsch gesagt? Entschuldigung.

Resultat des Sparpakets: Der Finanzhaushalt ist wieder im Lot. Und wir sehen dem Plus entgegen und wir sehen die Mehreinnahmen in der Zukunft. Was tun wir? Wir werden genötigt, Steuer-senkungen zu diskutieren und der Zyklus würde immer so voranschreiten, bis wir wieder im Mi-nus landen. Darauf würde erneut mit Sparübungen reagiert.

Kurz: es geht eben um diese Abwärtsspirale: negativer Abschluss – ein Sparprogramm bis zum ausgeglichenen Finanzhaushalt – Steuersenkungen – negative Abschlüsse – und es geht wieder los, aber auf dem Niveau der bereits reduzierten Leistungen.

Und diese längerfristige Perspektive, diesen längerfristigen Leistungsabbau möchten wir durch-brechen. Wir beantragen daher, wie erwähnt, den Steuerfuss zu belassen und nicht zu senken. In Folge davon geht im Gegenzug die Aufgabe an den Stadtrat, frühere Beschlüsse aus Sparen und Verzichten wieder rückgängig zu machen oder mindestens zu prüfen, auch jene in Eigenregie.

Wir alle streben den ausgeglichenen Finanzhaushalt an – seitens der SP wollen wir aber auf den unnötigen Leistungsabbau und auf die Verzichtübungen zulasten der Bevölkerung verzichten.

Zweiter Grund ist – und da schliesse ich mich dem GPK-Präsidenten an –, warum wir auch jetzt vor dieser Senkung warnen: Es sind tatsächlich – wie es der GPK-Präsident auch in Eigenregie ausgeführt hat – mehrere grössere steuer- und finanzpolitische Geschäfte in der Pipeline, deren Auswirkungen wir noch nicht genau kennen. Auch ich möchte daher explizit auf das sechste Re-visionspaket des kantonalen Steuergesetzes erinnern. Es behandelt, wie erwähnt, die Steuerre-form und die AHV-Finanzierung (STAF). Es geht darum, die privilegierten Steuerstati für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften künftig der Vergangenheit angehören zu lassen. Und das wäre auch eine kleine Korrektur an der Präsentation des GPK-Präsidenten: Es ist klar, dass diese Änderung kommt und deswegen schwinden auch die entsprechenden Unternehmen. Das künftige Gewinnsteuerniveau soll rund 12 Prozent betragen und nebst den Gemeinden hat die SVP in der Vernehmlassung davor gewarnt, dass während einer Übergangsphase den Einwohner-gemeinden Einnahmehausfälle drohen.

Nebst den noch nicht hinlänglich bekannten Auswirkungen der STAF auf die Stadt Zug möchten wir zweitens an den ZFA erinnern, wo die Folgen ebenfalls noch nicht vollständig bekannt sind.

Kurz: Werden wir nicht übermütig, betreiben wir, auch im Sinne der Bevölkerung, keine «Hüst und Hott»-Politik – um die Worte aus dem Kantonsrat zu wiederholen – und senken wir unseren Steuerfuss gerade jetzt nicht, sondern lassen ihn bei 58 Prozent. Danke für die Unterstützung.

Philip C. Brunner

Ja, geschätzte Kollegin, ich spreche in eigenem Namen. Also zu den Kremationskosten zuerst: Wenn ich richtig informiert bin, wurde die Übernahme abgeschafft. Das heisst, man muss die jetzt selber zahlen. Und in diesem Punkt, das ist ja eine Gebühr, sind zumindest ich und gewisse Kollegen aus der Fraktion genau dieser Meinung. Dass man jetzt – und das ist vielleicht eine Auf-gabe des neuen Stadtrats – die Gebühren, die im Zusammenhang mit Sparen und Verzichten teil-weise angehoben wurden – es haben ja verschiedene Anträge dazu stattgefunden, auch hier, wo der GGR dieses Ansinnen auch unterstützt hat, die Gebühren tief zu halten. Nicht ganz einig sind wir uns hier im Rat noch über die Parkgebühren, aber das ist nicht das Thema des Tages – aber ich wollte einfach die Unterstützung mal sagen, ich bin gerne bereit eine Motion zu unterzeich-nen, dass gewisse Gebühren, die die einzelnen Bürger hier betreffen, die in den letzten fünf Jah-ren erhöht wurden, wieder rückgängig gemacht werden. Da sind wir absolut dabei.

Dann hast du erwähnt, dass wir bezüglich Vernehmlassung STAF gefordert haben 1.5 Prozent – das hast du, glaube ich, nicht gesagt, aber 1.5 Prozent – an die Gemeinden zurück – das ist genau, damit die Bäume nicht in den Himmel wachsen und die Gemeinden auch mit einem gewissen Effort diese Massnahmen unterstützen. Und wie wir gesehen haben, sind eben nicht alle Gemeinden gleich betroffen. Das war eigentlich die Aussage, die ich machen wollte. Also, wir sind nicht so weit entfernt. Selbstverständlich bin ich nicht deiner Meinung. Ich habe das übrigens im GPK-Bericht – und jetzt rede ich wieder als GPK-Präsident – ausgeführt. Ich war auch nicht überzeugt davon, lange Zeit, bin aber nach Abwägung, das habe ich ausgeführt, der Meinung, dass man diesen Schritt – und es ist ein grosser Schritt, das stimmt, so 4 Punkte, ist schon länger her, seit wir das gemacht haben. Und es ist auch gut, dass die Debatte darüber geführt wird, das ist absolut in Ordnung. Ich habe mich entschlossen, das zu unterstützen.

Hugo Halter, Ratspräsident

Herzlichen Dank. Dann stimmen wir über diesen Antrag zur Ziffer 1.1. ab.

Abstimmung Nr. 6

- Für den Antrag der SP um Beibehaltung des Steuerfusses von 58 % stimmen 12 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SP um Beibehaltung des Steuerfusses von 58 % stimmen 25 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 6

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat den Antrag der SP abgelehnt hat.

Ziff. 1.2.

Richard Rüegg

Zu Punkt 1.2., Hundesteuer, eine Kleinigkeit. Zuerst zu meiner Interessenbindung: Ich bin Passivmitglied des Polizeihundeführerverbandes.

Ich stelle den Antrag, diesen Punkt mit «Polizei-» zu ergänzen. Auch Polizeihunde werden zum Wohl der Gesellschaft ausgebildet und gehalten. Ich sehe nicht ein, dass diese Hunde bzw. ihre Besitzer Steuern bezahlen müssen. Ich bitte Sie, mich bei diesem Antrag zu unterstützen.

Hugo Halter, Ratspräsident

Herzlichen Dank. Also, es sind abschliessend unter Punkt 1.2. die Hunde aufgeführt, die steuerbefreit sind. Der Antrag von Richard Rüegg betrifft neu auch die Polizeihunde.

Abstimmung Nr. 7

- Für den Antrag von Richard Rüegg, dass auch für Polizeihunde die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden kann, stimmen 34 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag von Richard Rüegg, dass auch für Polizeihunde die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden kann, stimmt 1 Ratsmitglied
- Enthaltungen: 0

[Hinweis des Protokollführers: Ein Ratsmitglied hat, wohl aus Versehen, bei der Abstimmung den Knopf 3 für das 3. Mehr betätigt. Siehe Anhang zu den Abstimmungen.]

Ergebnis Abstimmung Nr. 7

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat dem Antrag von Richard Rüegg zugestimmt hat.

Hugo Halter, Ratspräsident

Es dürften in der Stadt Zug vermutlich – ich habe es nicht gezählt – weniger als fünf Hunde sein und ich denke, das Defizit würde absehbar sein. Also vielleicht auch meine Interessenbindung: Ich bin der Präsident des Zugerischen Polizeihundeführervereins. Und ich danke Ihnen recht herzlich. Es geht mehr um die Symbolik als um das Geld.

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass zu Ziff. 2 - 7 das Wort nicht verlangt wird.

Abstimmung Nr. 8 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf wie vorliegend stimmen 38 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf wie vorliegend stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 8

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat dem Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022 zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1688

betreffend Budget 2019 und Finanzplan 2019 bis 2022

Der Grosse Gemeinderat von Zug **beschliesst** in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2500 vom 23. Oktober 2018:

1. Die Steuern für das Jahr 2019 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1. Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen mit 54 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2. Die Hundesteuer mit CHF 100.00.
Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Polizei-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2019 aufgestellte Budget wird genehmigt.
3. Der Finanzplan 2019 bis 2022 wird zur Kenntnis genommen.
4. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2019 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
7. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Referendumsfrist: 15. Dezember 2018 – 14. Januar 2019

Ratspräsident Hugo Halter begrüsst nach der Pause die zehn Lernenden der Stadtverwaltung und den Gemeinderat Pirmin Andermatt aus Baar. Er weist darauf hin, dass die Budgetdiskussion bereits geführt wurde, es aber so war, dass die Gemeinde Baar wiederholt Gegenstand von Diskussionspunkten war.

5. Postulat SVP Fraktion vom 13. Dezember 2017 betreffend Aufhebung der Nachhaltigkeitskommission

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2509 vom 13. November 2018

Cornelia Stierli

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis. Wir sind der Meinung, dass diese Nachhaltigkeitskommission den verordneten Zweck erfüllt hat oder dass es die Kommission gar nie gebraucht hätte. Es mussten Workshops gemacht werden, weil heute niemand genau weiss, was die Kommission überhaupt taugt. Das ist eine Bestätigung dafür, dass man die Kommission besser abschafft, als damit weiter Steuergelder zu verschwenden. Man sollte den Mut zur Feststellung haben, dass Kommissionen, die offensichtlich keinen Zweck erfüllen, abgeschafft werden. Alles andere ist unsorgsamer Umgang mit dem Steuerfranken.

Aus diesem Grund beantragt die SVP-Fraktion ablehnende Kenntnisnahme und damit verbunden die Abschaffung der Nachhaltigkeitskommission.

Fraktionsvoten

Tabea Zimmermann Gibson

2011 nahm die Zuger Bevölkerung die Volksinitiative «2000 Watt für Zug» an, gegen die Empfehlung des bürgerlich dominierten Grossen Gemeinderates. In Folge dieses positiven Abstimmungsresultates wurde die Nachhaltigkeitskommission als Begleitgruppe für den Stadtrat eingesetzt. Leider ist diese Kommission von den Bürgerlichen immer wieder grundsätzlich in Frage gestellt worden. Die Fraktion Alternative-CSP hat somit den Eindruck, dass allen voran die SVP mit ihrem Postulat den volksdemokratischen Abstimmungsentscheid nie wirklich akzeptiert hat. Sie wollten die Initiative nicht, und seit der Zustimmung zu dieser wollen sie die Nachhaltigkeitskommission nicht.

Wenn wir Bericht und Antrag zum vorliegenden Postulat lesen, vermissen wir etwas die klare Unterstützung des Stadtrats zur Frage der Nachhaltigkeit: prinzipiell sieht man ihre Notwendigkeit – es ist unbestritten, dass wir unsere ökologischen Lebensgrundlagen übernutzen. Der Stadtrat sieht, dass Nachhaltigkeit eine Haltung ist, die sich in einem Handlungsprimat in der Stadt Zug zeigen sollte. Trotz Volks-Ja zur 2000-Watt-Gesellschaft scheint der Stadtrat aber zu akzeptieren, dass der Gemeinderat die Sinnhaftigkeit einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit einem ganzheitlichen Ansatz immer wieder in Frage stellt. Man streitet über Ziel und Zweck der Nachhaltigkeitskommission, man diskutiert deren Abschaffung. Man stellt zwar fest, dass die Nachhaltigkeitskommission ihre Aufgabenvielfalt aus rechtlichen und personellen Gründen nicht übernehmen kann, aber eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten, hat der Stadtrat abgelehnt: aus ressourcentechnischen Gründen. Das zu einem Zeitpunkt, wo die Stadt die Steuern senken muss, um nicht zu viel Überschuss zu machen. Für uns geht das nicht auf.

Wir fassen zusammen: Der Stadtrat akzeptiert, dass Regierung, Parlament und Verwaltung die Aufgabe haben, eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Er verwirft aber mit der Abschaffung des Nachhaltigkeitsberichts für die Öffentlichkeit die minimale Aufgabe der Nachhaltigkeitskommission, die öffentliche Diskussion zur Nachhaltigkeit zu fördern. Die minimale Aufgabe der Nachhaltigkeitskommission will man nicht, die maximale schon gar nicht: Die Aufgabe, Regulierungsmassnahmen zur Priorisierung von wirkungsvollen Lösungen anzustreben, wagt der Stadtrat kaum zu erwähnen, solche tatsächlich in Betracht zu ziehen noch viel weniger. Er scheint somit eigentlich alles sich selber überlassen zu wollen und am liebsten gar nichts zu unternehmen.

Nun, wir wünschen dem Stadtrat den Mut und die Weitsichtigkeit, dem Thema Nachhaltigkeit inklusive seiner Kommission die Zähne zu lassen und der Stadt nachhaltig konkrete, ambitionierte und messbare Ziele zu setzen, auch wenn er dadurch dem einen oder anderen Bürgerlichen auf die Zehen stehen müsste. Das Volk hat ja gesagt zur 2000-Watt-Gesellschaft, und dies gilt es umzusetzen. Dem Antrag des Stadtrats, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben, stimmen wir zu.

Roman Burkard

Unsere Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrats einstimmig positiv zur Kenntnis.

Wir begrüssen die Tatsache, dass der Stadtrat die Kommission reorganisieren möchte, und dadurch deren Arbeit zielgerichteter wird. Ziel muss es sein, dass der Output bzw. die Erkenntnisse der Kommissionsarbeit konkret / projektbezogen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt Zug beitragen. Die Kommission müsste sich vielleicht auf einzelne Themen wie zum Beispiel die bauliche Entwicklung oder die Mobilität beschränken. Und auf diese Themen bezogen projektspezifische und/aber auch praktikable Lösungsansätze erarbeiten.

Die Nachhaltigkeitskommission hat ihre Berechtigung, sie muss aber einen klaren Leistungsauftrag erhalten. Der Stadtrat hat dies erkannt und möchte die Zusammenarbeit mit der Kommission verstärken und konkrete Vorschläge diesbezüglich ausarbeiten. Seien wir gespannt darauf.

Isabelle Reinhart-Engel

Zu meiner Interessenbindung: Ich bin ein politisches Mitglied der stadträtlichen Nachhaltigkeitskommission.

Zuerst ein Wort an die SVP: Sie verlangen im Titel die Aufhebung der Nachhaltigkeitskommission, formulieren dann aber in ihren Ausführungen, dass die Verordnung des Stadtrates vom 23. Mai 2013 aufgehoben werden soll. In der Tat eine etwas heikle Akrobatik: Denn die besagte Verordnung gibt es nicht. Es existiert jedoch eine vom 28. Mai 2013. Der Stadtrat hat in seiner Antwort grosszügig darüber hinweggesehen. Im Weiteren haben Sie versucht, die Aufhebung in Form einer Motion einzureichen. Der GGR hat diese in ein Postulat umgewandelt, handelt es sich doch bei dieser Verordnung um ein Geschäft, das alleine in der Kompetenz des Stadtrats liegt. Dessen Überweisung ist also nach wie vor fragwürdig. Und so werden wir heute den Bericht des Stadtrates lediglich zur Kenntnis nehmen. Weder die Aufhebung der Verordnung noch die Abschaffung der Kommission liegen in unserer Kompetenz. Verständlicherweise wird der Stadtrat jedoch an einer Diskussion interessiert sein, will er doch die Haltung des GGRs zu seiner beratenden Kommission in Erfahrung bringen.

Den Inhalt der Verordnung kennen Sie alle spätestens seit der Behandlung der FDP-Interpellation am 27. Februar 2018 in diesem Rat. Die Kommission hat in der Folge ihre Berichterstattung

kritisch hinterfragt und sich zusätzlich an einem Workshop über ihre strategische Zukunft Gedanken gemacht und verschiedene Szenarien erarbeitet. Sie konnten dies im Bericht des Stadtrats nachlesen und auch, dass wir in diesem Jahr auf die Herausgabe eines Nachhaltigkeitsberichts bewusst verzichtet haben. Die Begründung finden Sie in der Vorlage, also dem Bericht und Antrag des Stadtrats.

Ich nehme es vorweg: Die CVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag des Stadtrats. Es macht durchaus Sinn, die Aufgaben und die Zusammensetzung der Nachhaltigkeitskommission zu überdenken und zu hinterfragen. Auch die Frage, wem die Nachhaltigkeitskommission zudienen soll, ist durchaus erlaubt. Dass der Stadtrat und auch die Stadt eine Nachhaltigkeitskommission in der heutigen Zeit dringend brauchen, darüber bestehen jedoch keine Zweifel. Das wichtige Stichwort heisst Klimawandel, und wie gehen wir als Stadt damit um.

Denken Sie doch beispielsweise an den neuen oberen Postplatz. Der baumlose Platz und dessen «Nicht-Gestaltung» finden im Volk wenig Zustimmung. Hätte sich die Nachhaltigkeitskommission – oder ein anderes entsprechendes Gremium - mit dem städtischen Mikroklima befassen können, mit Fragen einer nachhaltigen Gestaltung unserer Stadträume oder sich generell mit einer Klimastrategie auseinandergesetzt, so sähe der Platz heute vermutlich anders aus. Die Lösung liefert der Stadtrat im nächsten Traktandum bei der Beantwortung der Interpellation von Astrid Estermann gleich selbst.

Wir hatten in der Nachhaltigkeitskommission bis heute lediglich eine beobachtende und beratende Funktion. Ich sage Ihnen ehrlich, ich hätte mich in den letzten Jahren auch lieber konkret den Fragen des Stadtklimas gewidmet, als einen Bericht zu verfassen, der leider wenig bewirken kann. Dass nicht nur innerhalb unserer Kommission, sondern auch durch die Politik kritische Stimmen laut geworden sind, muss als Chance gesehen werden. Ich wünsche mir, dass die Kommission künftig im Sinne des nächsten Traktandums eine aktive Rolle spielen kann. Dann wäre unsere Arbeit sinnvoller und zukunftsgerichteter investiert.

Natürlich kann und soll man sich fragen, ob diese Form der Nachhaltigkeitskommission noch richtig ist, ob deren Zusammensetzung zielführend ist, ob ihre Aufgabe neu definiert werden kann, ob sie dem richtigen Departement angegliedert ist und so weiter. Wir gehen aber mit dem Stadtrat einig, dass es eine Kommission braucht, die sich dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt widmet. Zug ist schliesslich eine Energiestadt, eine Stadt, die sich der 2000-Watt-Gesellschaft verpflichtet hat und eine Stadt, die Verantwortung für das Stadt- und Mikroklima übernehmen will. Der Fokus einer nachhaltigen Entwicklung muss weiterhin bei den Themen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft liegen. Eine Abschaffung einer solchen Strategie wäre ein Armutszeugnis, ja meines Erachtens sogar ignorant.

Umso mehr freuen wir uns über die Antwort des Stadtrates. Diese ist ein Bekenntnis zur Nachhaltigkeitskommission. Ihre Arbeit soll neu definiert und die Verordnung zur Nachhaltigkeitskommission entsprechend angepasst werden. Die CVP nimmt daher die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis und unterstützt die Abschreibung des Postulats.

Rupan Sivaganesan

Ich fasse mich relativ kurz. Die SP Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat die Ziele der Kommission besser definieren und die Zusammenarbeit mit der Kommission aktiv verstärken will.

Wir haben ja in diesem Rat mehrmals über die Nachhaltigkeitskommission diskutiert. Ja, ich muss zugeben, der SVP-Vorstoss hat Bewegung in diese Sache gebracht und zum Nachdenken und Überarbeiten der Ziele angeregt, auch wenn das nicht das Ziel der SVP war. Denn sie wollte das

Problem ja einfach lösen, indem die Kommission abgeschafft würde – abschaffen, ausschaffen, das Thema kennen wir ja – das ist nicht sehr nachhaltig.

Im Jahr 2013 wurde die Nachhaltigkeitskommission gegründet – das haben Sie mehrmals gehört, es schadet nicht, ich betone noch einmal –, weil damals die Initiative für eine 2000-Watt-Gesellschaft vom Volk angenommen wurde. Um dieses anspruchsvolle, aber eminent wichtige Ziel zu erreichen, braucht es das Mitdenken und die Mitarbeit von allen. Und deshalb braucht es ein Gefäss, eine Art Thinktank, wie eine Nachhaltigkeitskommission aus Vertreterinnen und Vertretern des Parlaments, der Parteien und der Verwaltung.

In diesem Sinne wünschen wir der Kommission in der neuen Legislatur gutes Gelingen und vor allem eine nachhaltige Arbeit.

Einzelvoten

Gregor R. Bruhin

Liebe Tabea, Respekt vor Volksentscheiden, zu diesem Punkt werden wir heute sicher noch kommen. Auf deine Meinung bin ich dann sehr gespannt.

Die Umsetzung der 2000-Watt-Initiative bedingt überhaupt gar keine Nachhaltigkeitskommission, in den Augen der SVP. Und schon gar nicht die Aufhaltung des Klimawandels aus der Stadt Zug, die Verhinderung des Schmelzens an den Polen. Also ich glaube, da nehmen wir uns in der Stadt schon ein bisschen wichtig, wenn wir denken, die Nachhaltigkeitskommission oder eine nachhaltige Strategie in der Stadt Zug könnte diese Megathemen verhindern. Also ich denke, hier übertreiben Sie ein bisschen, wenn Sie diese Kommission derart heilig sprechen oder wenn Sie dieser Kommission derart viele Zähne zugestehen, wie ich es auch im Votum von Tabea Zimmermann gehört habe. Weil, die Zähne haben sich bis hierhin auf die Aufgaben zusammengestellt, dass es einfach um das Kopieren von diversen Publikationen von Bund, Kanton und vielleicht verschiedenen Gemeinden ging – und das war dann am Schluss ein Nachhaltigkeitsbericht, dessen kritische Auseinandersetzung wir ja bereits beim Vorstoss der FDP vor ein paar Monaten geführt haben. Also Sie sehen, offensichtlich hat diese Kommission keinen Mehrwert – wenn man sogar eine Selbstfindungsphase mittels Workshops durchlaufen muss, weil die Aufgaben scheinbar nicht mal den Kommissionsmitgliedern selbst so richtig klar sind. Da gibt es eigentlich nur eine ganz klare Haltung, und das ist die betriebswirtschaftliche, wie man das in einem Unternehmen macht: Abteilungen in einem Unternehmen, die keinen Mehrwert bringen und nur kosten, sollen geschlossen werden. So soll es auch mit der Nachhaltigkeitskommission sein.

Urs Raschle, Stadtrat

Ich beginne ganz plakativ, aber ich denke, es ist nicht ganz falsch: Die Welt geht vor die Hunde und die Stadt Zug spricht über Parkplätze. Aber damit wir dies eben weiterhin tun können, müssen wir uns eben auch mit den grossen Herausforderungen dieser Welt auseinandersetzen: den Fragen zur Gesellschaft, der Wirtschaft oder eben auch der Umwelt. Und gerade da spielt ja auch die nächste Interpellation hinein, da werden wir auch noch darüber diskutieren.

Ja, zugegeben, ich persönlich bin auch nicht ganz glücklich mit unserer Antwort. Aber wir haben den Ball aufgenommen, den die SVP gespielt hat. Und wir haben uns intensiv die Frage gestellt: Was ist die Hauptaufgabe der Kommission? Weshalb es die Kommission gibt, das wissen wir ja. Wir sind da, um den Stadtrat, und auch die Verwaltung und Politik, zu begleiten und zu schauen, dass die Ziele im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft umgesetzt werden können. Welches aber das richtige Instrument ist, und auch das Mittel, um es Ihnen, der Bevölkerung und der Ge-

sellschaft zu präsentieren, darüber haben wir sehr intensiv diskutiert. Aber eines kann ich vorwegnehmen: Den berühmt, teils auch berüchtigten, Bericht, über den wir auch schon diskutiert haben, den wird es in dieser Form nicht mehr geben. Die Kommission war sich einig, dass damit das Ziel dieser Kommission nicht ganz erreicht werden kann. Genau deshalb haben wir aber einen sehr spannenden und auch lehrreichen Workshop gemacht und uns die Frage gestellt: Ja, wohin soll die Reise gehen? Und damit Sie eben Transparenz erhalten, haben wir die Vorlage gebracht, und danken nun, wenn Sie uns auf diesem Weg unterstützen. Denn bei dieser Frage ist der Weg das Ziel – der Stadtrat aber klar der Meinung, dass es die Aufgabe einer Exekutive ist, sich den grossen Fragen der Gesellschaft, der Umwelt und der Wirtschaft zu stellen, und auch Antworten zu finden. Und der neu zusammengesetzte Stadtrat wird sich dann nochmals intensiv die Frage stellen, in welcher Form die Kommission arbeiten soll.

Sie haben es vielleicht bemerkt, wir haben Ihnen sogar einen Steilpass gegeben. Ja, es könnte ja tatsächlich eine Möglichkeit sein, dass am Schluss auch eine parlamentarische Geschichte daraus wird – ja, ähnlich wie eine GPK oder BPK –, aber ob das so weit kommen soll oder nicht, das soll dann an einem anderen Punkt diskutiert werden. Insofern danke ich Ihnen im Namen des Stadtrats, wenn Sie uns unterstützen und wir dann in der nächsten Legislatur darüber diskutieren können.

Abstimmung Nr. 9

- Für den Antrag der SVP auf ablehnende Kenntnisnahme stimmen 6 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SVP auf ablehnende Kenntnisnahme stimmen 27 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 5

Ergebnis Abstimmung Nr. 9

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis nimmt und das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

6. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 17. August 2018 betreffend Hitzeperiode: Massnahmen für die Zukunft

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2510 vom 20. November 2018

Astrid Estermann

Wir danken dem Stadtrat für seine ausführliche Antwort auf die Fragen nach den Massnahmen für zukünftige heisse Sommer bzw. weiteren Hitzeperioden.

Grundsätzlich konnten wir aus den Antworten entnehmen, dass es dem Stadtrat absolut bewusst ist, dass für die Zukunft Massnahmen in Bezug auf die Klimaerwärmung getroffen werden müssen und dass er gewillt ist, dazu die notwendigen Grundlagen zu erarbeiten. So freuen wir uns, dass der Stadtrat Daten zur Klimaökologie im Stadtgebiet auswerten will und eine Klimaanalysekarte erstellen wird. Wichtig ist, dass aus den Erkenntnissen der Karte dann auch tatsächlich entsprechende Massnahmen ergriffen werden.

Bezüglich der Mobilität zeigt sich nämlich, dass zwar in der letzten Ortsplanungsrevision und auch im Richtplan Verkehr zum mobilisierten Verkehr, ÖV und Fuss- und Veloverkehr Handlungsanweisungen erschaffen wurden, Fakt ist aber, dass der Autoverkehr weiterhin zugenommen und der Anteil des Velos am Gesamtverkehr in den letzten Jahren eher abgenommen als zugenommen hat. Wir hoffen, dass bei der nächsten Ortsplanungsrevision mutige Schritte entschieden werden und natürlich auch beim Kanton in dieser Beziehung endlich auch etwas umgesetzt wird. Der Ausbau des ÖV auf der Linie Luzern-Zürich sollte jedenfalls in den nächsten Jahrzehnten nochmals massiv ausgebaut werden, was angesichts der grossen Pendlerströme dringend nötig wird. Bei innerkantonalen Pendlerströmen könnte hingegen das Velo deutlich an Terrain zunehmen, wenn die notwendigen Schritte erfolgen. Der Strassenraum wird nämlich weiterhin nicht zunehmen.

Zum Thema Bäume waren wir überrascht und erfreut zu lesen, wie viele die Stadt Zug in ihrer Obhut hat. Wie die Entscheidungen für das Fällen von Bäumen getroffen werden, ist in unseren Augen sinnvoll und umsichtig. Dass bei Bäumen auf Privatparzellen anders umgegangen wird und schneller gefällt, gekürzt und beschnitten wird, ist bezüglich Aussicht zwar verständlich – deshalb sollte dennoch in den nächsten Jahren unbedingt in die Information der Bevölkerung investiert werden, damit diese auf das Thema mehr sensibilisiert werden, dass nämlich mit grösseren Bäumen auch ein besseres Klima rund um ihr Haus geschaffen werden könnte. Wenn man bedenkt, welche aussergewöhnlichen Auswirkungen in Bezug auf die Aufnahme von CO₂ und vor allem auf die Senkung der Temperatur ein einzelner grosser Baum hat, sind diese Tatsachen äusserst beeindruckend und müssen bekannter gemacht werden. Vor der letzten Ortsplanungsrevision hatte die Stadt Zug auch einen Baumschutzartikel in ihrer Bauordnung. Es ist allenfalls zu prüfen, ob ein solcher wieder aufgenommen werden sollte.

Beim Thema Trinkwasser scheint die Stadt Zug in einer komfortablen Lage zu sein und auch bei Trockenperioden über genügend Wasser für die Bevölkerung zu verfügen. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft waren in diesem Sommer für alle sichtbar. Es wird sich zeigen, welche Massnahmen in der Landwirtschaft in Zukunft getroffen werden müssen, damit die Bauern nicht weitere Einbussen hinnehmen müssen. Jedenfalls habe ich vernommen, dass die Landwirte dies erkannt haben und sich für die Zukunft rüsten wollen.

Dass im Moment der Stadtrat keine weiteren als die bisherigen Massnahmen vorsieht, um die Bevölkerung und vor allem die älteren Menschen zu schützen, können wir ebenfalls nachvollziehen. Wichtig ist uns aber, dass das Thema weiterhin auf dem Radar bleibt. Ob die Fachstelle Alter und Gesundheit wirklich Kapazitäten hat, dieses Thema bei Notwendigkeit anzupacken, bezweifeln wir hingegen angesichts der bereits heutigen Auslastung für andere Arbeiten.

Schliesslich hoffen wir, dass die Eigentümer der Oeschwiese das Angebot des Stadtrats nun endlich annehmen und die Vergrösserung des bestehenden Strandbads bald an die Hand genommen werden könnte. Es wäre wirklich eine schöne Geste, wenn die Eigentümer für die Allgemeinheit nun zu einer positiven Entscheidung finden könnte.

Abschliessend danken wir dem Stadtrat nochmals für seine Antwort und hoffen, dass nicht nur Papier erarbeitet wird, sondern auch konkrete Massnahmen möglich sind und erfolgen. Dazu bräuchte es auch die Unterstützung des Grossen Gemeinderates. Bisher erschien es mir aber eher so, dass jeder einzelne Parkplatz wichtiger ist, als die klimatischen Veränderungen in unserer Stadt.

Und damit verabschiede ich mich nun nach bald 16 Jahren im Grossen Gemeinderat mit meiner letzten Rede an euch alle. Obwohl Ihr mir in vielen Dingen nicht zugestimmt habt, hatte ich immerhin das Gefühl, dass Ihr mir zugehört habt. Dafür danke ich Euch.

Hugo Halter, Ratspräsident

Danke Astrid – ich glaube, das ist ein Applaus wert.

Der Rat applaudiert.

Und siehst du, Sie haben zugehört.

Fraktionsvoten

Peter Rütimann

Wahrlich ein interessanter Bericht des Stadtrats über die klimatische Situation in der Stadt Zug, lohnt sich auch nach dieser GGR-Sitzung nochmals nachzulesen.

Nebst den umfassenden Antworten auf die Fragen der Interpellanten werden implizite Forderungen / Wünsche bereits erfüllt. Eine Analyse des Zuger Stadtklimas ist in Auftrag gegeben worden. Daraus lassen sich weitere Ziele und vorsorgende Massnahmen zur Klimaanpassung ableiten.

Wir brauchen uns keine Sorgen zu machen über die Pflege der Bäume und Sträucher in unserem Stadtgebiet. Sie werden von kompetenten Mitarbeitern des Werkhofs bestens betreut. Unsere ältere Bevölkerungsschicht, welche auf Hitze-Einwirkungen eher leidet, ist durch unsere Organisationen wie Spitex sowie in den Altersheimen in diesen Phasen gut beraten. Zum Beispiel werden sie freundlich dazu animiert, mehr Wasser oder Tee zu trinken.

Die FDP nimmt den Bericht des Stadtrats einstimmig positiv zur Kenntnis.

Noch eine persönliche Nachbemerkung: Zu diesem Thema könnte die Nachhaltigkeitskommission meines Erachtens durchaus mitwirken.

Nun besten Dank, auch das war mein letztes Votum.

Der Rat applaudiert.

Hugo Halter, Ratspräsident

Herzlichen Dank auch dir, Peter.

Anna Spescha

Es ist erst mein zweitletztes Votum für heute und für den GGR – nun ja.

Die SP-Fraktion findet es sehr wichtig, dass sich die Stadt Zug besser auf vermehrte Hitzeperioden einstellt. Der vergangene Sommer war für viele Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zug eine Belastung. Wie im Vorstoss und in der Antwort des Stadtrats aufgezeigt wurde, ergreifen mehrere Gemeinden und Kantone Massnahmen und versuchen sich bestmöglich auf vermehrte Hitzeperioden einzustellen.

Dass Hitzeperioden sich häufen werden, ist in wissenschaftlichen Kreisen unbestritten. Die Politik sträubt sich auf allen Ebenen entsprechend zu handeln. Erst letzte Woche hat der Nationalrat das CO₂-Gesetz enorm aufgeweicht und die Schweiz hat an der Klimakonferenz in Polen keine wirklich gute Figur gemacht. Wegen der fehlenden nationalen und internationalen Bemühungen, den Klimawandel zu stoppen, erscheint ein Temperaturanstieg von 5 bis 7 °C realistisch, also weit mehr, als das Ziel von 2 °C oder gar 1.5 °C. Mit dieser Ausgangslage muss die Stadt Zug damit rechnen, dass sie sich noch intensiver mit den Auswirkungen des Klimawandels beschäftigen muss. Die Fragen der Alternative-CSP zielen in die richtige Richtung. Vielen Dank für die Fragen, und auch für die Antworten des Stadtrats.

Leider ist Zug eine Auto-Stadt – auch nachher werden wir wieder über Parkplätze reden – und so kommt eine grüne Mobilitätsstrategie zu kurz. Immerhin bemüht sich die Stadt sehr, dass sie die Bäume, die sie fällen muss, ersetzt. Es wäre wünschenswert, wenn dies Private auch so handhaben würden, und man dementsprechend sensibilisiert. Wir schätzen es übrigens sehr, dass die Stadt eine Klimakarte erstellen wird.

Die Wasserversorgung ist glücklicherweise noch sichergestellt, doch ich gehe davon aus, dass dies längerfristig auch überdacht werden muss.

Es ist erfreulich, dass sich die Alterszentren und die Schulen an den Hitzesommer angepasst haben und sich um ihre Bewohnerinnen bzw. Schüler kümmern. Dennoch bekomme ich den Eindruck, dass der Stadtrat noch nicht zu viel machen möchte und lieber abwartet.

Ich hoffe sehr, dass die Stadt Zug die Auswirkungen des Klimawandels in ihrer zukünftigen Planung und insbesondere auch in der Zonenplanrevision mehr beachtet.

David Meyer

Ich bin das Papier auch durchgegangen. Es hat verschiedene Stellen drin, die sich irgendwie nicht ganz dahin bewegen, wo ich mir das eigentlich erhofft habe. Aber es ist doch immerhin so, dass es als dringend nötig erachtet wird – auf Seite 1. Und wenn wir dann weiterblättern, ist es so, dass man das in einem GIS-System hinterlegen möchte – das ist auf Seite 2. Das ist auch richtig und gut, denn auf Seite 3 wird ja dann auch schon geschrieben, dass das die Informationen eigentlich schon da sind – insofern habe ich mich gefragt: Weshalb hat man die nicht schon eingebucht? Handkehrum muss man sich dann fragen, weshalb der obere Postplatz jetzt doch genau das geworden ist, was er eben nicht hätte sein sollen aufgrund der Antwort hier – nämlich eine Beton- oder eben Teerfläche, die richtig runterbrennt im Sommer. Also insofern ist es etwas widersprüchlich. Und dann steht ja da noch drin: Seit 2006 bemüht man sich darum, den Langsamverkehr zu entwickeln und ihn zu fördern. Mir ist nur aufgefallen, in der letzten oder vorletzten Sitzung, die wir hier hatten zum Thema Veloförderung, hat man herausgefunden: Ja, die Quickwins wurden kurz gemacht – seither schläft's ein bisschen. Also das 2006, und dann heisst es

dann: Die bisherige Mobilitätsstrategie hat sich grundsätzlich bewährt. Also ich finde, das ist doch etwas schönfärberisch – ich erhoffe mir doch deutlich, dass da jetzt im Zusammenhang auch mit dem Thema Klima und Innenstadt – und 50 °C oder eben nur 25 °C Erwärmung dank Bäumen –, dass sich da wirklich etwas tut. Es ist nicht nur Grünzeug, das man hier niederschmettern will, sondern, nein, es ist wirklich in der Tat wichtig, dass wir das jetzt auch in den Innenstädten machen – aus Lebensqualitäts- und auch aus Umweltgründen.

Einzelvoten

Isabelle Reinhart-Engel

Ich erlaube mir noch schnell ein Einzelvotum.

Zuerst danke Ich Astrid Estermann für das Einreichen dieser Interpellation, die ich gerne so mitunterzeichnet hätte. Auch Astrids Votum fiel entsprechend fundiert und umfassend aus – ich halte mich diesmal kurz.

Besonders die Fragen des Mikroklimas und von Baumfällungen in unserer Stadt habe ich sowohl in der BPK wie auch in der Nachhaltigkeitskommission immer wieder aufgeworfen. Ich hatte nie den Eindruck, dass der Stadtrat diese Themen sehr ernst nimmt und sie schon gar nicht systematisch auf dem Radar hat. Oft wurde ich belächelt, weil ich grüne und ökologische Anliegen thematisiert oder unterstützt habe.

Spätestens diesen Sommer haben auch wir Städter die Zeichen der Zeit spüren und erkennen müssen. Meine Überzeugung ist, dass wir in der Verantwortung stehen und Nachhaltigkeit uns alle etwas angehen muss. So hat auch der Schutz unserer Umwelt nichts mit Rechts oder Links zu tun. Zug, aber auch unsere Welt, braucht dringend eine nachhaltige Umweltpolitik.

Die aufschlussreichen Antworten des Stadtrates haben mich daher gefreut und stimmen mich positiv.

Gerade auch das Thema Bäume darf uns nicht kalt lassen. Hier wünschte ich mir, dass der Stadtrat etwas mehr Mut beweist und weniger unter der chronischen Angst leiden würde, es könnten da und dort ein paar Äste auf öffentlichen Grund fallen. Hingegen gebe ich ihm Recht zu seinen Ausführungen zu den Bäumen, die auf privaten Parzellen stehen.

Als meine letzten Worte in diesem Saal möchte ich schliessen mit einer Weisheit von Rabindranath Tagore, und die lautet: «Wer Bäume setzt, obwohl er weiss, dass er nie in ihrem Schatten sitzen wird, hat zumindest angefangen, den Sinn des Lebens zu begreifen.»

Hugo Halter, Ratspräsident

Danke Isabelle.

Der Rat applaudiert.

Philip C. Brunner

Sie wundern sich, dass ich noch das Wort ergreife, aber ich möchte dir sehr danken, Astrid, für diese Interpellation, beziehungsweise der Fraktion ALG-CSP – und zwar für die Frage 6. Ich weiss nicht, ob Ihr die Frage 6 schon gelesen habt. Die Frage 6 stellt klipp und klar die Frage zur Enteignung der Oeschwiese. Also natürlich hat die Oeschwiese wahrscheinlich auch einen etwas trockenen und heissen Sommer hinter sich, aber der Stadtrat geht ja eigentlich nicht auf diese Frage der Enteignung ein – und das hat sehr viel mit Eigentum zu tun, mit Eigentümern –, sondern er sagt, die Verhandlungen seien abgeschlossen, man habe ein Angebot eingereicht – meines Wissens ist es das Angebot in der Kompetenz des Stadtrats, nämlich CHF 5 Mio. sind die Kompetenz

des Stadtrats, und wahrscheinlich hat er in dieser Höhe ein Angebot eingereicht am 19. September und ein Jahr später hat er dieses bekräftigt.

Ich würde auch gerne auf der Oeschwiese, wenn es heiss ist, Schwimmen gehen bzw. mich in die Fluten stürzen und den Springturm, der eine halbe Million gekostet hat, mal ausprobieren. Das ist, wenn es heiss ist, sicher eine kühlende Sache.

Ich möchte einfach hier zu Protokoll geben, dass wir von der SVP mit dieser Enteignung natürlich absolut nicht einverstanden sind. Wir finden das nicht ein Vorgehen. Dass man möglicherweise in Sachen Oeschwiese-Angebote ein bisschen kreativ werden könnte, auch im Stadtrat, wäre beispielsweise: Wieso übernehmen wir das nicht im Baurecht? Wieso hat man kein Angebot gemacht, das im Baurecht zu übernehmen? Wieso hat man nicht ein Angebot gemacht, den Strand zu übernehmen und den hinteren Teil der privaten Nutzung zu überlassen? Der Eigentümer hat bis jetzt beschlossen, das nicht zu überbauen. Während hunderten von Jahren war diese Wiese, während sich die Stadt rundherum entwickelt hat – war die frei. Jetzt haben wir dank der hier immer als erfreulich dargestellten Zunahme an Einwohnern plötzlich Bedarf. Jetzt sind die Schwimmbäder, die immer noch gratis sind, plötzlich übervoll. Und jetzt übernimmt man einfach von seinem Nachbarn, der Eigentümerfamilie der Oesch-Erben – die enteignet man, denen gibt man einen Bodycheck, sozusagen: Verschwinde bitte, kriegst eine Million, hau ab. Das ist doch, was gesagt wird. Und dass die Bürgerlichen hier in diesem Rat zu diesem Vorgehen ihres Stadtrats nicht vehement protestieren, ist eigentlich ein kleiner Skandal. Wir hören, dass es ein Skandal ist mit der Nachhaltigkeit in dieser Stadt – das ist ein Skandal, wenn Leute, die in der Stadt Zug Eigentum besitzen, dieses erhalten haben, einfach, weil jetzt höheres Interesse offenbar vorgeht, von ihrem Grund und Boden verjagt werden. Der richtige Vorgang wäre, dass – (*Zwischenruf aus dem Rat*) – was?

Stefan Hodel (vom Platz aus): Sind obdachlos, die Armen.

Philip C. Brunner fährt mit seinem Votum fort:

Ja, die Obdachlosen – für die Obdachlosen haben wir ja jetzt gerade viel Geld bewilligt. Aber hier geht es um Eigentum. Dafür haben die Linken natürlich nicht so grosses Verständnis, das sieht ihr wahrscheinlich etwas anders, ausser es würde euch betreffen. Wenn es euch betreffen würde, dann würdet ihr es vielleicht auch etwas anders sehen.

Hugo Halter, Ratspräsident

Also, etwas weniger Emotionen, es weihnachtet sehr.

Monika Mathers

Ich möchte einfach Ihnen, Herr GPK-Präsident, doch sagen, dass dieses Gebiet seit Jahrzehnten OelB ist und also gar nicht überbaut werden könnte und dass das vom Kanton auch abgesichert ist. Wir wissen, dass der Kanton uns nur erlaubt, Sachen für die Allgemeinheit einzuzonen, die wirklich auch für die Allgemeinheit wichtig sind. Und dann müsste ich natürlich schon fragen, im gleichen Sinn: Wie oft hat der Staat Land enteignet für Strassen? Also es kann auch einmal für die Badi sein.

Philip C. Brunner

Ja, Kollegin Monika Mathers, du hast natürlich recht. Das stimmt, seit 1975 ist das tatsächlich so entsprechend eingezont. Umso mehr würde ich doch glauben, dass der Stadtrat die Pflicht und Schuldigkeit seit 40 Jahren hat, mit diesen Eigentümern eine Lösung zu finden, damit die Stadtbevölkerung dort diesen Strand benützen kann. Ich bin doch gar nicht dagegen, dass wir dort Schwimmen gehen. Ich bin gegen die Enteignung. Den Entzug von Eigentum bezüglich Strassen,

da möchte ich die fragen: Wie sieht es denn beim öffentlichen Verkehr aus? Für die Bahnen wurde enteignet, es wird immer wieder enteignet. Das stimmt, natürlich, da hast du recht. Aber hier hat man jemandem, der ein sehr attraktives Grundstück, zweifellos, am See besitzt – und es wurde rechtzeitig erkannt, dass das ein attraktives Grundstück ist dort – ich vermisse die konstruktive Lösung. Es ist mit diesen Eigentümern ganz bestimmt eine Lösung zu finden. Abgesehen davon, dass man ja ein bisschen vernetzt denken muss. Die besitzen ja in der Nähe, wie wir wissen, ein grösseres Grundstück, nämlich alles was westlich vom Stierenmarkt-Areal ist bis zum Eigentum der Stadt Zug. Und dort haben sie grössere Bauprojekte. Da kann man doch irgendwelche konstruktive Lösungen finden. Das wollte ich sagen damit, und dass die Enteignung nicht das richtige Mittel ist. Es geht nicht um das Schwimmbad, ich gönne euch allen den «Schwumm», wenn es heiss ist. Auch ich habe letzten Sommer geschwitzt, du kannst es glauben.

Karl Kobelt, Stadtrat

Nochmal ein herzliches «guten Abend» miteinander. Nachdem ich diese Philippika über mich ergehen lassen musste, möchte ich trotzdem noch das eine oder andere Wort zu diesem Thema verlieren. Mir ist übrigens von Bürgerinnen und Bürgern, die im Übrigen sehr bürgerlich denken und immer bürgerlich gehandelt haben, folgendes an mich herangetragen worden: Es wäre gut gewesen, wir hätten – und diese Jahreszahl stand ja im Raum – etwa vor 40 Jahren oder in der Zeit danach eine Lösung mit der Eigentümerschaft gefunden. Das ist bis zum heutigen Tag nicht möglich geworden – das ist richtig und wurde auch so festgestellt. Ich sage an dieser Stelle: Ich bin gottentfroh, dass ich noch nicht 40 Jahre im Stadtrat bin.

Ich glaube, wir müssen hier einfach einmal ganz nüchtern die Dinge betrachten. Wir hatten eine Bau- und Zonenordnungsrevision, diese kann ich noch überblicken, weil ich damals bereits in der Politik aktiv war, und damals haben wir uns entschlossen – ich denke auch, demokratisch legitimiert –, dass wir dieses Gebiet Oeschwiese in der Zone OeIB belassen wollen. Es ist auch richtig, dass die Eigentümerschaft sich gegen diese Zonierung gewehrt hat und dann schliesslich vor Bundesgericht nicht recht bekommen hat, und dieses Land nicht eingezont wurde. Und von diesem Zeitpunkt an war der Stadtrat in der Pflicht mit der Eigentümerschaft möglichst eine Einigung zu finden. Ich kann Ihnen sagen, der Stadtrat hat sich bemüht, ich glaube redlich bemüht, mit vielen verschiedenen Anläufen und in verschiedenen Gesprächen hier eine Lösung zu finden. Es ist ihm bislang – ich sage bislang – nicht geglückt, obwohl er ein, wie es bezeichnet wurde von der Schätzungskommission, faires Angebot unterbreitet hat.

Ich möchte zum Schluss vielleicht noch ganz kurz aufzeigen, wie der weitere Weg sich präsentieren könnte. Die Schätzungskommission stützt den Stadtrat und hat deren Angebot zum Erwerb der Oeschwiese als fair taxiert. Lehnt die Eigentümerschaft diesen Vorschlag indes ab, und das wissen wir noch nicht, geht die Angelegenheit nach Auffassung der Schätzungskommission zurück an den Stadtrat. Sofern es zu keiner Einigung vor der Schätzungskommission kommt, wird der Stadtrat also die Einsprachen gegen die formelle Enteignung pro forma behandeln müssen. Das heisst, er wird diese Einsprachen abweisen und feststellen müssen, dass das Enteignungsrecht im vorliegenden Fall zu Recht ausgeübt werden muss. Gegen diesen Entscheid wird das ganze Rechtsmittelkarussell noch einmal offen stehen: Regierungsrat, Verwaltungsgericht, Bundesgericht. Sobald ein rechtskräftiger Entscheid über die Zulässigkeit der Enteignung vorliegt, notabene – und das betone ich nochmals – nach langwierigen, schwierigen Verhandlungen, wird es dann wieder vor die Schätzungskommission gehen zur Festlegung der Entschädigungssumme, wieder mit den Rechtsmittelmöglichkeiten vor Verwaltungsgericht und Bundesgericht.

Wenn es also gut läuft, sind wir rasch am Ziel. Wenn es weniger gut läuft, werden wir uns also noch ein paar Jährchen gedulden müssen, bis wir diese Strandbaderweiterung endlich realisieren können. Ich hoffe, es geht schneller als befürchtet.

Ergebnis

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat und die Interpellation als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

7. Interpellation Martin Eisenring, CVP, vom 24. August 2018 betreffend Jazznight Zug und Sports Festival Zug, Vereinbarkeit mit Konzept der Nachhaltigkeit

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2511 vom 27. November 2018

Martin Eisenring

Vielen Dank dem Stadtrat für diese Antwort. Ich denke, die ist kurz und seriös, und es kommt eigentlich klar zum Ausdruck, warum oder wie diese Fragen hier beantwortet werden. Und ich glaube, da gibt es auch gar nicht so viel anzumerken. Es geht vielmehr darum, hier halt doch nochmals auch meine persönliche Meinung – ich weiss nicht, da gibt es einige, die teilen die, andere, und wahrscheinlich auch zu Recht, teilen die nicht. Ich finde es einfach schade, dass die Altstadt an diesem zentralen Platz abgesperrt wird, umso mehr für ein Jazzfestival, für eine Jazznight – Jazz ist ja doch eine Musik, auch wenn man das historisch anschaut, der Unterdrückten, die auch die Freiheit und das Zusammensein gestärkt hat – ich finde, es passt nicht zur Musik. Man könnte sich zum Beispiel auch das French Quarter in New Orleans ja überhaupt nicht vorstellen, wenn dort Einlass- und Auslasskontrollen durchgeführt würden. Von dem her finde ich, passt es einfach grundsätzlich mal nicht zur Philosophie der Jazzmusik, dass man das so absperrt. Ich finde, es passt auch nicht zum offenen Geist, den wir hier in Zug pflegen – wirtschaftlich, sozial – wo wir andere Kulturen willkommen heissen. Und von dem her kann das Recht oder Unrecht sein – ich finde es trotzdem schade, dass wir hier die Stadt absperren, auch wenn das zugegebenermassen nur für eine relativ kurze Zeit und für wenige Stunden ist.

Ich verstehe natürlich das Jazzfestival, den Verein, dass es hier auch finanzielle Ressourcen braucht, dass dieser Schlechtwetter-Fonds geäufnet werden muss. Es gibt sicher Jahre, da werden relativ hohe Verluste erzielt. Ich verstehe auch, dass die Bühnen viel Geld kosten. Auch da darf man sich natürlich mal die Frage stellen: Muss es jedes Jahr grösser, lauter, mehr sein? Oder wäre es nicht auch schön, vielleicht wieder auch etwas leisere Töne anzustimmen. Muss es überall super verstärkt sein und muss es überall mit internationalen Jazzgrössen sein, oder könnte man allenfalls auch die lokalen Künstler etwas berücksichtigen, und dadurch auch auf der Kostenseite mal schauen, ob das Budget dann wirklich jedes Jahr weiterwachsen muss.

Was die Eintrittskosten betrifft, diese CHF 17.00: Für die Anzahl Konzerte, die man da geniessen kann, ist das sicher nicht sehr viel. Aber es ist natürlich schon so, dass, gerade wenn wir auch wollen, dass dies ein Fest für unsere Bevölkerung wird, auch für die Familien, die in der Nähe wohnen und so weiter, dann ist es dann eben doch relativ viel Geld, wenn man zwei Nächte, vier Personen – dann sind wir bei über CHF 150.00, die man dafür ausgibt, ohne dass man noch gegessen und getrunken hat. Und es gibt natürlich schon viele – und das war auch das Feedback, das ich gehört habe – die gerne mal ans Jazzfestival gehen würden, durchlaufen, vielleicht eine halbe Stunde eine Band hören, und dann weiterschreiten würden, die eben nicht nur die Musik und das ganze Programm geniessen wollen. Und das war auch ein bisschen der Eindruck, den ich gewonnen habe im vorletzten und im letzten Jahr: dass es an sich wenige Familien, relativ wenige Kinder hat, die eben auch an diesen Anlass dann kommen. Und ich fände, es wäre schön, wenn hier auch im Beitrag einer kulturellen Aufwertung – wenn man dafür sorgen würde, dass eben auch diese Familien, die anwohnenden Familien, hier wirklich gerne und schlechtes Gewissen kommen können.

Was jetzt mich persönlich betroffen hat, als Bewohner der Altstadt, so muss ich sagen, finde ich es einfach etwas ungünstig, dass mitten durch die Altstadt eine Linie gezogen wird und dass man sagt: das ist der interne Perimeter – das ist drinnen und das ist draussen. Ich meine, wir reden hier von Musik. Die Beschallung betrifft natürlich die ganze Altstadt und nicht nur einzelne

Häuser oder Gassen. Die ganzen Wege, die müssen dann einfach anders genommen werden, dadurch, dass hier einfach wirklich eine Mauer oder ein Gitter durch die Stadt gezogen wird – was ich einfach, nicht unrechtmässig, aber unsympathisch finde.

Abschliessend möchte ich hier eigentlich meinen Wunsch formulieren, dass der Stadtrat halt trotzdem mit dem Verein Jazznight nochmal sprechen soll und die probieren soll zu überzeugen, diese Jazznight möglichst offen und für alle zu gestalten. Mir persönlich als Bürger und Steuerzahler wäre das auch etwas wert, hier in die Waagschale zu werfen. Vielleicht könnte die Stadt hier im Rahmen dieses Schlechtwetter-Fonds auch einen etwas höheren Beitrag geben, eine Art Zückerchen geben. Weil ich denke, das wäre der richtige Weg. Und ich möchte hier auch abschliessen nochmal sagen: Es ging mir und geht mir nicht darum, die Jazznight irgendwie schlechtzureden, im Gegenteil – ich glaube das der Erfolg dieser Jazznight viel langanhaltender sein wird, wenn die Akzeptanz auch in der nahen Umgebung, in der nahen Nachbarschaft, gegeben ist und wenn wirklich möglichst viele unserer Bürger, und eben auch der jüngeren Bürger, auch der Kinder und der Familien, hier dabei sein können. Deshalb hoffe ich, dass es früher oder später zu einer Änderung kommen wird und wir dann nicht mehr die Stadt absperren werden.

Hugo Halter, Ratspräsident

Danke Martin.

Jemand aus dem Rat fragt Martin Eisenring, ob dies sein letztes Votum gewesen sei. Martin Eisenring bejaht dies. Der Rat applaudiert.

Fraktionsvoten

Ignaz Voser

Natürlich können wir die Anliegen von Martin Eisenring sehr gut nachvollziehen. Er ist als Nachbar mit anderen Leuten ja direkt betroffen. Und wir können verstehen, dass er sich Sorgen macht um den ganzen Verlauf dieser Veranstaltung, und vor allem um das Absperren der Altstadt.

Wir von der Fraktion Alternative-CSP begrüssen grundsätzlich Veranstaltungen wie die Jazznight und wie jene des Sportsfestivals. Es ist schön, wenn Musik und Sport gefördert und unterstützt werden und sich dadurch viele Leute beschwingt und sportlich durch unsere schöne Stadt bewegen können, und unsere Aussenräume beleben. Das hat aber auch Vor- und Nachteile.

Bei der Ausgestaltung und den gesetzten Rahmenbedingungen sehen wir aber durchaus, wie das Martin Eisenring schon ausgeführt hat, Nachbesserungsbedarf und vielleicht da und dort etwas mehr Fingerspitzengefühl, auch bei den Verhandlungen mit diesen Vereinen. Dass während der Dauer des Jazzfestivals die Altstadt für Passanten und Velofahrer, und für Nicht-Jazzbegeisterte, ganz zur verbotenen Stadt wird und selbst Anwohnern und Stammgästen von Lokalen der Durchgang und Zutritt nur bei Bezahlung von CHF 17.00 möglich ist, halten wir für ein falsches Vorgehen – und eigentlich für ein No-Go. Das ist eine Diskriminierung für den Rest der Bürger. In Teilbereichen oder Festzelten finden wir, kann man das so machen, aber nicht über einen so grossen Bereich, wie dies heute geschieht. Ich persönlich wurde auch schon darauf angesprochen von Jugendlichen, die am Samstagabend ins «Blues» gehen wollten, wo sie immer am Wochenende ihr Bier zusammen trinken – und sie mussten sich dann gewärtigen zurückgehalten zu werden an den Schranken und mussten CHF 17.00 zahlen. Sie haben es dann nicht gemacht und haben sich durchgekämpft, weil sie eben nur ein Bier trinken wollten, und nicht in die Lokale oder in die Festzelte gehen wollten. Das war also nicht eine erfreuliche Geschichte und es sind nicht die Nachbarn die einzigen, die sich daran stören, sondern auch andere Leute.

Und ich denke, solche Veranstaltungen müssen immer – und das finde ich ganz wichtig – immer im Zusammenhang auch mit den Direktbetroffenen und mit der Nachbarschaft koordiniert und abgesprochen sein. Es soll nicht gegeneinander etwas geschehen, sondern miteinander gehen. Und aus unserer Sicht ist da etwas zu wenig gemacht worden.

Wir von der Fraktion Alternative-CSP sind der Meinung, solche Veranstaltungen sollten möglichst offen und nachhaltig über die Bühne gehen und dabei wären auch beim Thema Sport dutzende von Helikopterflügen noch kritisch zu hinterfragen. Sport geht gut ohne Helikopter.

Bei der Jazznight würden wir es begrüßen, wenn der Stadtrat die Bezuschussung – Martin hat das auch schon angesprochen – an den Trägerverein soweit aufstocken würde, damit eine ticketfreie Lösung möglich wäre. Heute haben wir mit dem Budget, wenn ich richtig gelesen habe, CHF 25'000.00 mehr an das Sportsfestival gesprochen. So viel würden wir uns etwa vorstellen, könnte man auch dem Verein Jazznight zusprechen für die Schlechtwetter-Abgeltung oder aber halt als fixen Betrag, keine Tickets zu verlangen und eine offene Altstadt zu ermöglichen. Wir würden es begrüßen, wenn der Stadtrat hier ein klares Zeichen setzt und das Sperren von öffentlichen Plätzen und Gassen bei privaten Sondernutzungen klar eingrenzt und die Altstadt nicht abgeriegelt werden kann.

In diesem Sinne nehmen wir relativ kritisch Kenntnis von dieser Antwort des Stadtrats, bedanken uns auch bei Martin Eisenring für die Eingabe der Interpellation und beim Stadtrat für die Beantwortung.

Philip C. Brunner

Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Es wurde schon einiges organisatorisches gesagt, darauf möchte ich eigentlich gar nicht eingehen, sondern zwei andere Aspekte hervorheben.

Das eine ist, dass das ein privates Engagement ist. Und das ist grundsätzlich einmal zu begrüßen. Soweit ich orientiert bin, gibt es dazu einen Verein. Und wie mein Vorredner richtig gesagt, auch unter anderen Aspekten haben wir einiges Geld jetzt da mit dem Budget – der Stadtpräsident schüttelt zwar den Kopf – Nein, nein, wir haben einiges bewilligt, auch wieder zusätzlich, für das Präsidialdepartement. Und die Idee ist – und da stimme ich mit dir und dem Interpellanten überein –, das Geld soll an den richtigen Ort fließen, damit diese Vereine ihre Tätigkeit machen können. Wenn ich von Vereinen spreche, dann ist es ja so, dass wir uns – so hat es wenigstens der Stadtrat zu einem früheren Zeitpunkt bestätigt – mit dem Vereinskonzert der Stadt beschäftigt werden, mit einer Vereinsstrategie sogar, die ja dann auch in diese Bereiche hineinspielen wird. Nicht jeder Verein ist gleich zu unterstützen, das ist klar. Es gibt auch ganz verschiedene Möglichkeiten das zu machen. Wir haben ja auch bei den Gebühren die notwendige Rücksicht genommen auf solche Veranstaltungen, dass die nicht gleich überhaupt gecancelt werden müssen, weil sie die Gebühren für die Standplätze etc. haben möchten.

Und eine Frage hätte ich noch: Wie viele Anfragen die Jazznight schon für den Postplatz gestellt hat. Also gibt es jetzt auch Jazzkonzerte am Postplatz? Das würde ich gerne noch wissen.

Einzelvoten

Urs Raschle, Stadtrat

Sie erinnern sich vielleicht an eine Aussage von mir vor gut einem Jahr. Damals habe ich auch gesagt, dass ich persönlich etwas überrascht respektive auch nicht glücklich sei darüber, dass die Jazznight unbedingt eine Sondernutzung gewünscht hätte für den Bereich Landsgemeindeplatz und Altstadt. Aber ich habe bereits damals ausgeführt, weshalb wir eine Sondernutzung erlaubt

haben. Es ist so: Wenn ein Veranstalter dies wünscht, dann ist es unsere Aufgabe dies zu prüfen und dann eben auch mit Auflagen zu versehen, damit die Veranstaltung durchgeführt werden kann. Und nach zwei solchen Durchführungen muss man sagen: Das Resultat ist nicht so schlecht. Klar, es gibt einige Reklamationen und unglückliche Bürgerinnen und Bürger, aber die Mehrheit ist zufrieden. Insbesondere auch deshalb, weil wir insbesondere mit dem OK geschaut haben, dass der Bereich, welcher abgesperrt wird, eben nicht zu gross ist, und genau deshalb die Trennung in der Altstadt vorgenommen haben. Bevor es eine Sondernutzung gab, war die gesamte Altstadt Jazznight-Gebiet. Damit eben genau nicht zu viele Leute davon betroffen sind, haben wir entschieden, dort eine Trennung vorzunehmen.

Nichtsdestotrotz, wir haben natürlich ständigen Kontakt mit dem OK Jazznight – Klammer auf, der Präsident spielt im Moment auch wieder bei der Stadtratsband mit, Klammer geschlossen – und diskutieren auch darüber. Und wir nehmen den Aspekt auf. Wir haben dem OK gesagt: Wir hören nun genau zu, was das Parlament möchte, und sprechen dann nochmals mit ihnen. Wie es somit im Jahre 2019 aussehen wird, kann ich nicht versprechen, aber wir nehmen den Ball auf und werden dies nochmals diskutieren.

Eine konkrete Anfrage kam noch von Philip C. Brunner, bezüglich Jazzkonzerten auf dem Postplatz. Das wäre natürlich eine coole Idee, aber eine solche Anfrage haben wir bis jetzt nicht erhalten. Aber die Idee ist nicht ganz neu und der Stadtrat ist sich bewusst, dass mit dem Postplatz eben auch ein neuer Eventplatz entstanden ist – und wir wollen dies fördern. Es ist auch die Aufgabe von uns zu schauen, dass wir vielleicht gewisse Events eher auf den oberen Postplatz verlagern können, um nicht alle auf dem Landsgemeindeplatz zu haben. Welche Events dies sein werden, kann ich Ihnen noch nicht sagen, aber diesen Ball haben wir ebenfalls aufgenommen

Ignaz Voser

Ich finde, das ist jetzt genau der richtige Ansatz, man muss das miteinander weiterentwickeln. Das Jazzfestival hat auch mit dem Stadtmarketing viel zu tun. Das Jazzfestival ist über unsere Stadtgrenze hinaus bekannt. Und ich möchte nur einen kleinen Vergleich – nein, einen grossen Vergleich – anstellen: In Montreux haben ein paar wenige Leute um Claude Nobs vor einigen Jahrzehnten angefangen ein Musikfestival zu organisieren – es ist nicht Jazz, es war Rock/Pop – und das ist heute ein weltweit bekanntes Festival. Und Montreux kennt man eigentlich vor allem wegen dem. Jetzt finde ich es natürlich positiv, wenn man vielleicht den Perimeter für das Jazzfestival weiter öffnen könnte – und das spricht ja eigentlich für unsere schöne Altstadt. Warum finden solche Veranstaltungen gerade in der Altstadt statt? Weil es das lauschig, schön und von der Akustik her wunderbar ist. Man könnte das in der St. Johannes draussen wahrscheinlich nicht so gut machen. Darum tragen wir zur Altstadt immer Sorge, weil das eben die schönen Plätze sind. Und jetzt mit dem oberen Postplatz – man kann auch den unteren Postplatz das nächste Jahr miteinbeziehen – und vielleicht den Hirschenplatz. Und weil es ja immer mehr Leute gibt, zwingt sich fast auf, diesen Perimeter aufzutun. Also machen wir im Kopf unsere Schleusen auf – und die Plätze auch. Wenn man die zur Verfügung stellt, kann da wirklich noch was Grosses daraus werden und viele Leute mehr könnten noch Freude daran haben. Das finde ich eine positive Entwicklung.

Ergebnis

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat und die Interpellation als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

8. Interpellation SVP-Fraktion vom 16. November 2018: Hintertreibt der Stadtrat aktiv den Volksentscheid vom 10. Juni 2018 zum unteren Postplatz?

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2512 vom 27. November 2018

Gregor R. Bruhin

Die SVP-Fraktion nimmt negativ Kenntnis von der Antwort des Stadtrates zur vorliegenden Interpellation und beantragt auch diesem Rat, ablehnend Kenntnis zu nehmen. Wichtig zu sagen ist, dass hier der Gesamtstadtrat in die Pflicht zu nehmen ist, und nicht ein einzelner Departementsvorsteher. In der Interpellationsbeantwortung schreibt der Stadtrat ja ausdrücklich, dass die Beantragung einer nachträglichen Ungültigerklärung der Postplatz-Initiative ein einstimmiger Entscheid des Stadtrates war. Die SVP-Fraktion hält darum fest: In dieser Sache sehen Sie alle nicht gut aus, sehr geehrte Dame und Herren Stadträte.

Doch beziehen wir uns zuerst auf jenen Punkt, wo wir mit dem Stadtrat einig sind: Wir teilen die Auffassung des Stadtrates, dass es sich bei der Initiative um eine allgemeine Anregung handelt. Und das ist auch schon der einzige Punkt, wo wir gleicher Meinung sind. Aus einer angenommenen Initiative entsteht für den Stadtrat nämlich die Verpflichtung, die Initiative umzusetzen. Dies unter Beachtung grösstmöglicher Vereinbarkeit des Umsetzungsaktes mit höherrangigem Recht. Diese Verpflichtung kann er nicht an die Initianten abschieben, und auch nicht einfach jetzt hier mit einer Ungültigerklärung an das Parlament. Offensichtlich wurde versucht, den Volksentscheid vollständig über einen entsprechenden Planungsänderungsbeschluss umzusetzen. Dies scheiterte am Widerstand der Baudirektion. Das heisst aber noch lange nicht, dass er damit effektiv höherem Recht widerspricht. Das wird von der Baudirektion zwar so gesehen, ist aber nicht in Stein gemeisselt, weil ja die Nichtaufhebung dieser Parkplätze nur dem bestehenden Bebauungsplan Post widerspricht. Dieser ist jedoch zweifellos nach 10 verflossenen Jahren abänderbar.

Also ist letztlich allein die Frage ausschlaggebend, ob der Bebauungsplan ohne Aufhebung der Parkplätze auf dem unteren Postplatz immer noch genügend Mehrwert für die Öffentlichkeit erbringt. Hier ist nochmals dezidiert festzuhalten, dass die Baudirektion im damaligen Vorprüfungsverfahren sich auf die Aufhebung von 35 Parkplätzen beschränkte. Das muss weiterhin gelten. Offensichtlich wurde zu wenig auf diesen Umstand hingewiesen. Es geht mithin nach Aufhebung der 20 Parkplätze auf dem oberen Postplatz noch um 15 Parkplätze, um den Kanton zu befriedigen. Es muss doch niemand behaupten, dass diesbezüglich kein Kompromiss mit dem Regierungsrat möglich sei. Hier sei auch noch zu sagen: Der Regierungsrat hat sich noch gar nicht geäussert dazu. Denn die Zahl der 60 Parkplätze ist vom GGR eingeführt worden, nämlich vor 10 Jahren, und ist durch die Volksabstimmung im Juni 2018 obsolet geworden. Der GGR kann auf seine Bedingungen zurückkommen, soweit er nicht höheres Recht verletzt.

Nun scheinen der Baudirektion diese Vorteile jedoch noch nicht genügend zu sein und der Stadtrat steckt gleich den Kopf in den Sand und will, dass die Initiative nachträglich für ungültig erklärt wird. Das zeugt für die SVP-Fraktion von einem grotesken Demokratieverständnis. Oder liegt es etwa daran, dass der Stadtrat sich seit jeher gegen die Volksinitiative gestemmt hat? Eines ist sicher: Auch bei wohlwollender Betrachtung der stadträtlichen Arbeit, wirken die fünf Stadtweisen farb- und kreativlos. Ich würde mir wünschen, dass der Stadtrat mit gleichem Elan nach Lösungen für die Umsetzung des Volksentscheides sucht, wie er Kryptowährungen hinterherjagt.

Für jedes Problem gibt es eine Lösung. Die nachträgliche Ungültigerklärung einer angenommenen Volksinitiative ist es auf alle Fälle nicht. Ich bin überzeugt, dass eine Lösung erreicht werden kann, wenn nicht an der Maximalforderung der Initianten festgehalten wird, was bei einer allgemeinen Anregung auch nicht erzwungen werden kann. Daraus ergeben sich ganz viele verschiedene Möglichkeiten, was man machen könnte. Denn im Fokus steht der Erhalt von möglichst vielen Kurzzeitparkplätzen für das Zuger Altstadtgewerbe. Um diesem Ziel gerecht zu werden, gibt es ganz verschiedene Ansätze. Sollte der Stadtrat selbst keine Ideen haben, könnte beispielsweise auch ein Ideenwettbewerb Abhilfe leisten.

Insofern ist die SVP-Fraktion von der Antwort des Stadtrates überhaupt nicht überzeugt. Er hat nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Und zusammengefasst kann man sagen – und ich möchte hier noch einmal ganz klar werden, ich war es vorhin schon in meinem Votum: Lieber Stadtrat, die Direktive ist jetzt klar: Zieht den Kopf aus dem Sand und sucht nach Lösungen, um dem Volkswillen gerecht zu werden – das ist nicht weniger als euer Job.

Fraktionsvoten

Anna Spescha

Nun darf ich noch ein allerletztes Mal in diesem Rat zu Parkplätzen reden. Ich war von der Interpellation der SVP nicht wirklich überrascht, nicht einmal vom rauen Ton und den vielen Suggestiv-Fragen – das ist ja der bekannte SVP-Stil. Ich finde es dennoch bedenklich, wie leicht die SVP mit haltlosen Anschuldigungen um sich wirft, wenn es um Parkplätze geht; für mich sind Vorwürfe an den Stadtrat wie «Verstoss gegen Treu und Glauben» oder die «mutwillige Sabotage des Volkswillens» in diesen Kontexten ungerechtfertigt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle dem Stadtrat für die ausserordentlich ausführliche Beantwortung der Fragen danken. Eigentlich müsste jetzt der hinter-allerletzte Zweifel ausgeräumt sein, wieso der Stadtrat sich zu seinem Vorgehen entschlossen hat.

Kommen wir zum Sachlichen: Vor über 10 Jahren wurde der Bebauungsplan Postplatz mit 65 Prozent angenommen. Ein Bebauungsplan bietet dem Bauunternehmer viele Vorteile, so konnte er höher und dichter bauen. Deshalb muss ein Bebauungsplan auch Vorteile für die Bevölkerung beinhalten. In diesem Fall wäre das die Neugestaltung des oberen und unteren Postplatzes, durch den mehr Freiräume für die Bevölkerung entstehen sollen. Ermöglicht wird dies durch die Aufhebung der Parkplätze auf dem oberen und unteren Postplatz, die im Bebauungsplan so festgeschrieben stehen. Dieser Parkplatzverlust wurde mehr als nur ausgeglichen durch die Erstellung von 100 öffentlichen Parkplätzen im Parkhaus Postplatz. Die Aufhebung der Parkplätze auf dem unteren Postplatz ist also nicht nur Teil eines Deals, der vor über 10 Jahren geschlossen wurde – es ist ein essentieller Teil des Bebauungsplans. Der Stadtrat hat nach Annahme der Initiative im Juni zügig alle Unterlagen eingereicht bzw. nachgereicht. Sie haben sich auch mit den zuständigen kantonalen Behörden zusammengesetzt und ausführlich beraten, welche Massnahmen man ergreifen könnte, die der Bevölkerung zugute kämen und dadurch die Belassung der Parkplätze rechtfertigen würde. Sie sind gemeinsam auf keine praktikable Massnahme gekommen, welche den wegfallenden Freiraum auf dem unteren Postplatz wettmacht. Dadurch wird die Postplatz-Initiative unumsetzbar. Dies ist für die SP nicht weiter verwunderlich, da von vornherein unklar war, wie die kantonalen Behörden auf den Änderungsantrag reagieren würden. Nun ist es ausgekommen, der Bebauungsplan kann nicht im Sinne der Initiative abgeändert werden. Ich verstehe, dass die Bürgerlichen frustriert sind, weil es ihnen doch nicht gelungen ist, «s'Foifi und s'Weggli» zu bekommen. Doch damit müssen sie sich wohl oder übel abfinden. Ich hoffe, dass die Befürworter der Postplatz-Initiative die Einsicht haben, dass ihr Begehren nicht umsetzbar ist und dass die Initiative in einem nächsten Schritt für ungültig erklärt werden kann.

Barbara Müller Hoteit

Die ALG/CSP nimmt die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis. Ich möchte gerne drei Gedanken anfügen:

Die Interpellanten verwenden in ihrer Interpellation den Begriff «hintertreiben». Gemäss Wortdefinition soll der Stadtrat versucht haben, etwas mit unehrlichen oder unfairen Mitteln zu vereiteln, zu verhindern. X-fach hat der Stadtrat im GGR und in den Medien auf den gültigen Bebauungsplan hingewiesen. Er hat eine kleine Anfrage der glp beantwortet und darin klar und deutlich auf die Rechtslage hingewiesen. Im Nachhinein zu behaupten, er handle unfair und unehrlich ist absurd.

Das Initiativkomitee wurde durch einen Anwalt vertreten. Mit Sicherheit, wenn der Anwalt etwas taugt, war dem Komitee bewusst, dass übergeordnetes Recht beachtet werden muss. Ganz offensichtlich spielte man damit, es mal zu probieren. Vernunft wurde der Emotion untergeordnet. Nicht der Stadtrat hat das Volk an der Nase herumgeführt, sondern das Initiativkomitee.

Volksrechte dürfen ergriffen werden. Der politische Weg vom Unterschriften sammeln zur Abstimmung bis zur Entscheidung ist das eine. Der juristische Weg über die Gerichte ist das andere. Dank dem juristischen Weg sind Volksrechte geschützt. Der eine kann den politischen und juristischen Weg frühzeitig verbinden, nimmt wahr und hört zu. Der andere glaubt es erst, wenn es nicht mehr weitergeht.

Noch kurz persönlich an Stefan Huber und Gregor Bruhin: Im Jahr 2008 sagte das Volk Ja zum Bebauungsplan und zur Aufhebung der Parkplätze. Im Jahr 2018 sagte das Volk Ja zur Aufhebung [Korrigendum: An dieser Stelle wurde aus Versehen «Aufhebung» statt «Beibehaltung» gesagt. Dieses Versehen teilte die Sprecherin dem Protokollführer mit Bitte um Korrektur noch während der Sitzung mit] der Parkplätze. Volk gegen Volk? Wenn zwei sich streiten, dann braucht es wohl den juristischen Weg.

Die ALG/CSP dankt dem Stadtrat für die Erklärungen und die Transparenz.

Martin Eisenring

Ich meine, wir haben es hier mit einer Volksentscheidung zu tun, mit einer deutlichen Volksentscheidung. Und ich denke, wir wissen alle, dass dies ein äusserst hohes Gut ist. Wir mögen uns erinnern an die städtischen Wahlen, da hat die Stadt selber Plakate aufgestellt, wir sollen von unserem Wahlrecht Gebrauch machen, weil wir so privilegiert sind, in einem Land zu leben, wo wir eben wählen und abstimmen dürfen. Und ich denke, es muss wirklich eine äusserst knifflige Situation sein, damit man eine Volksentscheidung nicht respektieren soll, vor allem nicht, wenn es ein so deutlicher ist. Die Aussage, zu sagen: in diesem Bebauungsplan, es geht nicht – genügt mir nicht. Geht nicht, kann nicht, gibt es grundsätzlich nicht: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, eine Lösung zu finden. Und ich denke, da müssen wir dran arbeiten. Wir müssen schauen, dass wir in Abänderung dieses Bebauungsplans sonst einen Nutzen bringen können für die Stadt. Ich muss sagen, persönlich liegen mir diese Parkplätze nicht so wahnsinnig am Herzen, aber der Stadtrat hat in diesen 10 Jahren seit der Abstimmung 2008 nicht eine vernünftige Lösung aufzeigen können, meines Erachtens, wie wir einen attraktiven unteren Postplatz hätten. Es war einfach quasi ein betonierter Platz. Man hätte doch auch mal darüber nachdenken können: Was machen wir mit dem Erdgeschoss der Direktion des Innern? Vielleicht hätte man ein Kaffee oder ein Restaurant oder etwas machen können - auf jeden Fall einen attraktiven Platz. Und ich muss sagen: Wenn hier eine attraktive Lösung da ist, dann bin ich persönlich durchaus bereit, auf diese Parkplätze zu verzichten. Aber einfach mal auf Vorrat diese zu streichen, obwohl man nichts Besseres hinstellt, das verstehe ich nicht. Und darum habe ich auch diese Initiative unterstützt.

Ich denke, wir müssen weiter nach kreativen Ideen suchen, eine vernünftige Lösung zu finden, um wirklich in dieser Gegend Regierungsgebäude/Postplatz einen Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen. Ich habe auch vor diesem Hintergrund mein Postulat heute eingereicht, unten mit Punkt 4, ob es allenfalls möglich wäre, auch diese Parkplätze da unten aufheben könnte, die nämlich dem Gewerbe überhaupt nichts bringen und die im Prinzip diesen Durchgang zum See versperren. Ich meine, da könnte man meines Erachtens wirklich etwas Schönes machen, wo die Bevölkerung einen viel grösseren Nutzen hätte, als hier einfach auf irgendwelchen Betonblöcken zu sitzen im Schatten. Und von dem her: Schaut, wir sollten doch jetzt mal über die Parteigrenzen hinwegsehen, um eine vernünftige Lösung zu finden, einen vernünftigen Kompromiss zu finden, der einerseits diesen berechtigten Sorgen des Gewerbes Rechnung trägt und andererseits auch eine Lösung findet, dass wir diesen schönen Platz hier möglichst freundlich und freudebereitend für unsere Bevölkerung gestalten können. Ja, damit habe ich es – und jetzt war es, glaube ich, wirklich das letzte Mal.

Der Rat applaudiert

Stefan W. Huber

Q. e. d., was zu beweisen war. Wir sind noch nicht am Ende dieser Geschichte angelangt. Der letzte Urteilsspruch wurde noch nicht gesprochen, aber es wird sich abzeichnen. Und dann nimmt es mich wunder, wer hier vorne hinsteht und die Verantwortung übernimmt – das wird niemand sein. Alle werden wieder mit dem Finger auf die anderen zeigen und man schiebt sich gegenseitig die Schuld zu. Nichts wird verändert und in fünf oder sechs Jahren haben wir dann das nächste Mal irgendeine andere Volksinitiative, die für ungültig erklärt wird.

Und jetzt auch noch ein kurzes Wort zu dir, Gregor: Also ich verstehe, dass du ein Interesse daran hast, dass die Initiative irgendwie umgesetzt wird, aber wenn du hier vorne hinstehst und sagst: Ja, der Stadtrat hat keine Ideen, wie man das umsetzt und man sollte einen Ideenwettbewerb machen, vielleicht kommt ja da irgendwas, dann beweist das doch, wie ideenlos die Initiative war. Also wenn man keine Idee hat, wie man die Initiative umsetzen kann, und jetzt quasi vom Stadtrat, den ja man ja notabene als Gegner identifiziert, verlangt, dass der Ideen suchen soll, dann finde ich es schon etwas schwierig. Und ich hätte mir auch gut vorstellen können – ich bin froh, bist du so kompromissbereit und sagst hier vor allen, dass es gar nicht nötig ist, dass man auf der Maximalforderung dieser Parkplätze beharrt, sondern dass man da durchaus miteinander sprechen kann. Ich glaube, hätte man das irgendwie vorher in einem konstruktiven Vorschlag oder in Form einer Idee in den Rat gebracht, dann wäre die Volksinitiative vielleicht gar nicht nötig gewesen. Nun denn, der Schaden ist angerichtet. Niemand hat den Mut oder die Courage hier hinzustehen und irgendwie einen Fehler seinerseits zuzugeben, sondern alle zeigen auf die anderen – und leiden wird der Rechtsstaat, das Vertrauen in die Gerichte und in die demokratischen Prozesse dieser Stadt.

Daniel Blank

Unsere Fraktion dankt den Interpellanten, auch wenn uns die Wortwahl vom Titel eher etwas irritierte. Wir danken auch dem Stadtrat für die Klärung der aktuellen Ereignisse am Postplatz. Die Klärung war nach unserer Meinung dringend notwendig, denn die Medienmitteilung, in der der Stadtrat sich verlauten liess, er wolle dem GGR beantragen, die Initiative für ungültig zu erklären – diesen Vorschlag lehnt die FDP-Fraktion dezidiert ab. Dazu folgende Begründung, die wir hier eigentlich allen – unabhängig von der politischen Couleur – nahelegen.

Wir als politische Instanz können uns nicht ohne Not gegen einen Volksentscheid stellen. Politisch gesehen ist der Volksentscheid auch gültig. Falls die Initiative rechtlich nicht umsetzbar

wäre, sollte dies von einer rechtlichen, sprich richterlichen Instanz, so festgehalten werden. Für eine Aufhebung des Volksentscheids genügt uns der vorliegende Brief der Baudirektion bei weitem nicht. Dieser Brief ist mal ein Gruss aus der Küche. aber noch lange nicht das versprochene Menu.

Inhaltlich ist es wohl heute nicht mehr am GGR sich zu äussern – eine Bemerkung dazu sei jedoch noch erlaubt: Der Vorteil von zwei zusätzlichen Geschossen scheint in Zeiten von Verdichtungsgebiet und Hochhausreglement wohl eher etwas dürftig. Mir kommen da noch ganz andere Bebauungspläne in den Sinn, wo tatsächlich zusätzliche Geschosse angesagt waren.

Übrigens: Wenn wir beim Hochhausreglement mit der gleichen Elle gemessen hätten, wären ja bei so vielen zusätzlichen Geschossen nicht nur alle Parkplätze, sondern wohl auch gleich sämtliche Strassen aus dem Stadtgebiet verschwunden.

Soweit der Rückblick – aber wie weiter? Was kommt als Vorspeise auf uns zu? Wir von der FDP-Fraktion sind jedenfalls gespannt und wünschen dem Stadtrat Gelassenheit, Geduld und Durchhaltewillen für die kommenden Gänge. Gelassenheit bei unpopulären Entscheiden zum politischen Sorgenthema Parkplätze. Geduld im Umgang mit städtebaulichen und baurechtlichen Diskussionen bei der Obrigkeit. Sowie – last, but not least – den Durchhaltewillen, um den ganzen Weg zu gehen, auch wenn wir heute noch nicht wissen, was es dann mal zum Dessert gibt.

Also, noch kurz zum jetzigen Stadtrat oder besser gesagt zu unserem Stadtpräsidenten: Dolfi, du hast die Tischbombe gekonnt gezündet und damit in diesem Geschäft auch dein persönliches Rauchzeichen hinterlassen. Und das gönne ich dir auch wirklich.

Wir unterstützen die negative Kenntnisnahme.

Einzelvoten

Monika Mathers

Ich möchte mich auf zwei Voten noch beziehen. Zuerst zu dem, was Gregor Bruhin gesagt hat. Er hat eigentlich am Schluss relativ versöhnlich gesagt: Habt doch Fantasie, macht doch etwas und so. Nur, Gregor, das ist gar nicht möglich. Wenn man den Initiativtext liest, dann heisst der – ich habe ihn jetzt im Internet nachgeschaut: Die Stadt Zug wird beauftragt, den Bebauungsplan Post abzuändern, damit die gemäss Bebauungsplan aufzuhebenden oberirdischen Parkplätze im Bereich der Altstadt, ausser auf dem oberen Postplatz, erhalten bleiben. Also ist ganz klar, da gibt es überhaupt keine Möglichkeit.

Ich möchte aber auch noch etwas zu Martin Eisenring sagen. Er hat natürlich zu Recht gesagt: Das Volk hat recht. Jetzt haben wir aber das Problem, was Barbara vorher sagte: Volk und Volk. Das Volk hat zweimal darüber abgestimmt – einmal so, einmal anders. Auch diese Zahlen habe ich schnell nachgeschaut: Bei der ersten Abstimmung über den Bebauungsplan Post hat das Volk mit 65.08 % oder 5'692 Stimmen Ja gesagt zum Bebauungsplan. Bei der zweiten Abstimmung hat das Volk mit 58.08 % oder 4'821 Stimmen Nein gesagt. Nun, ehrlich gesagt, ich weiss nicht, was man da tun sollte. Denn auch ich als Ja-Stimmerin beim ersten Mal möchte doch eigentlich, dass mein Ja Gewicht hat. Und Martin, du hast es auch so schön gesagt: Man müsste Mehrwert machen für die Bevölkerung – Frage: Was ist Mehrwert für die Bevölkerung? Circa 20 Parkplätze – das sind dann 20 Personen – oder ein offener Platz?

Susanne Giger

Ich möchte mich auch noch ein letztes Mal äussern hier im Rat, versuche das in freier Rede, wollte ich schon lange mal tun. Ich erinnere mich an 2008 und dieser Volksentscheid für den Postplatz war für mich damals sehr wichtig. Und ich möchte daran erinnern – also ich erzähle jetzt halt eine Geschichte –, es war ja nicht nur dieser Bebauungsplan, der natürlich sehr entscheidend ist, aber wir damals einen Kompromiss geschlossen. Die engagierte Linke wollte kein Parkhaus am Postplatz. Und wir wollten schon gar keines unter dieser Direktion des Innern. Dann kam es zu einem Kompromiss, wir haben gesagt: Okay, wenn das Parkhaus am Postplatz kommt und dafür dieser obere und untere Postplatz abgeräumt wird, dann können wir darüber diskutieren. Das hat dann schlussendlich zu dieser Abstimmung geführt und ich weiss, die SVP hat sich noch lange gewehrt – schlussendlich kam es dazu, das Volk, die Einwohner, haben sich gefreut über einen bald mal freien Postplatz. Im Rahmen von «Wir sind Zug» – ich weiss nicht, ob sich alle noch daran erinnern, war ein Mitwirkungsprozess, gab eine gute Aufbruchsstimmung – wir wollten zum Beispiel – das geht dich an, Martin Eisenring – es gab Pläne, das Erdgeschoss der Direktion des Innern für eine kommerzielle Restaurationsnutzung frei zu machen oder ein Haus der Nationen oder was auch immer. Also da war sehr viel Aufbruchsstimmung drin und man hatte das Gefühl jetzt geht's mal vorwärts städteplanerisch. Und ja, wo sind wir jetzt gelandet?

Ich möchte noch etwas für Philip sagen: 2008 hast du dich mal, auch in diesem ganzen Mitwirkungs- und Aufbruchsprozess, dahingehend geäussert, dass du die Oeschwiese magisch findest. Heute hatte ich den Eindruck, das sei komplett anders. Also heute gibt es in deinen Augen offenbar ein Recht, dass etwas eingezont werden muss.

Ja, und zu guter Letzt: Die zweite Parkplatz-Initiative war für mich wirklich absolut unmöglich. Weil, ich bin ja da arbeitsmässig immer mitten in der Altstadt unterwegs – die Leute haben das teilweise nicht mehr verstanden, die Ladenbesitzer wurden unter Druck gesetzt, man hat ihnen gesagt, die Parkplätze an der Grabenstrasse würden auch alle weggeräumt. Also das war für mich eine ziemliche Irreführung. Und mit dem ganzen Titel der Initiative war es ja wohl klar – da kam dann gar niemand mehr draus, wie man eigentlich abstimmen müsste. Und jetzt haben wir das Desaster. Und der Altstadt hat es auch überhaupt nichts genützt, weil Parkplätze sind das Letzte, was wir brauchen. Die, die da sind – gut, das ist okay. Aber ich wäre froh, wenn der untere Postplatz auch noch leergeräumt würde, weil, was wir in der Altstadt wirklich brauchen sind Menschen, die da einkaufen. Und da könntet ihr euch ja mal überlegen, wie es für euch aussieht, und der Multiplikator mit eurem Umfeld und eurer Verwandtschaft würde da auch noch helfen – und wenn's nur ein Spaziergang ist. Also, das wär's dann für heute.

Der Rat applaudiert.

Gregor R. Bruhin

Ich möchte noch ein bisschen Licht ins Dunkel bringen, vor allem bezüglich deinen offenen Fragen – die kann ich nämlich ganz klar beantworten. Die Initiative ist, wie ich es auch in meinem Grundsatzvotum gesagt habe, in Form einer allgemeinen Anregung formuliert. Es ist nicht ein ausformulierter Gesetzestext. Da ist nicht einmal der Stadtrat anderer Meinung, es steht sogar so in der Vorlage drin. Also, was du jetzt eingangs gesagt hast: es geht gar nicht anders, man muss es genau wortgetreu so machen – das stimmt nicht. Wir haben diesen Umstand auch abgeklärt bei der kantonalen Baudirektion. Philip Brunner und ich waren nämlich nach dem Interview – oder dem «Nachgefragt» der Zuger Zeitung – bei Urs Hürlimann und seinem Generalsekretär. Wir waren auch im Baudepartement, bei André Wicki und seiner Departementssekretärin Frau Dr. Nussberger. Ich denke, bei diesem Umstand ist eigentlich ganz klar, wie hier die rechtliche

Situation ist, da gibt es keine Fragen dazu. Auch genau so klar ist, dass der neuere Volksentscheid gilt. Jüngere Entscheide brechen die alten, Monika, sonst hätten wir auch heute nach wie vor keine Mutterschaftsversicherung, weil, bekanntlicherweise wurde die ja mehr abgelehnt als sie dann am Schluss angenommen wurde, und dann auch umgesetzt. Also insofern ist deine Argumentation zu diesen Punkten nicht ganz schlüssig. Ebenfalls gibt es hier auch noch eine gewisse Gewichtung. Vor 10 Jahren war es ein Referendum, das gegen diesen Entscheid des GGRs ergriffen wurde – und darüber hat es dann die Volksabstimmung gegeben, da ist man mit 65 % unterlegen. 10 Jahre später hat es eine Volksinitiative gegeben – das heisst, man musste zuerst Unterschriften sammeln gehen, man musste zuerst dieses Anliegen vorprüfen lassen und dann gibt es eine Volksabstimmung. Und da sind wir wieder bei diesem Punkt: jüngerer Recht bricht altes. Und es ist auch nicht Sache des GGR, Stefan Huber, jetzt heute hier – und auch bei der Gültigkeitsabstimmung – die Lösungen zu finden und auf den Weg zu bereiten. Ich kann einfach für meinen Teil sagen, ich kann das nachher gerne mit dir teilen: Wir haben unter anderem jetzt letzte Woche im Baudepartement schon mögliche Lösungsansätze diskutiert und eröffnet, wie wir das sehen – oder wie man es sehen könnte, was Möglichkeiten sind. Also Ideen gibt es. Dass eine solche Fantasie- und Ideenlosigkeit hier wäre, dies stimmt nicht. Und ich glaube, dass der Stadtrat auch absolut fähig wäre, diese Ideen und diese Fantasie zu entwickeln, wenn er nur wollte. Und darum muss ich auch sagen: Jetzt im Moment ist der Stadtrat am Zug. Die Volksinitiative ist angenommen und jetzt geht es um eine Umsetzungsbotschaft, die der Stadtrat dann dem GGR unterbreiten muss. Und da spielt es, meine lieben Damen und Herren, überhaupt keine Rolle mehr, ob Sie Parkplätze gut oder schlecht finden, ob sie für den unteren Postplatz waren oder nicht, ob Ihnen der Baukredit gepasst hat oder nicht – das ist völlig obsolet. Es geht hier darum, ob wir die Volksentscheide, die in dieser Stadt getroffen worden sind, auch respektieren. Das ist der springende Punkt. Mit rund 56 % wurde diese Initiative angenommen, einige von Ihnen oder viele von Ihnen gehören hier zu den 44 %, die unterlegen sind – das ist nun mal so, das kenne ich aus eigener Erfahrung bei der SVP, wir verlieren auch mehr als wir gewinnen. Und darum möchte ich hier zum Schluss nochmal daran anknüpfen, auch was Tabea heute gesagt hat – also ich habe mich eigentlich sehr auf dein Votum gefreut, aber vielleicht bist du jetzt noch eine der zwei letzten Redner, die noch angekündigt gewesen sind – bei der Nachhaltigkeitskommission hast du gesagt: Das ist ein Volksentscheid, 2000-Watt-Gesellschaft, und das gilt es zu respektieren, darum wollen wir die Nachhaltigkeitskommission – obwohl das eigentlich, auch in der Abstimmung, diese Kommission nie ein Thema war. Jetzt haben wir einen direkten Zusammenhang, nicht einen indirekten, nachträglich konstruierten Zusammenhang, sondern einen direkten Zusammenhang mit dem Respektieren eines gefällten Volksentscheides. Und da müssen Sie am nächsten Tag alle in den Spiegel schauen können, wenn Sie hier solche demokratischen Grundrechte nicht respektieren.

Urs Bertschi

Ja, meine Damen und Herren, ich habe mir wirklich lange überlegt, hier noch etwas Schlaues zu sagen. Aber wenn ich jetzt all diese Rechtfertigungsversuche dieses Rates mir anhöre, dann «tschuderts» mich echt. Da spricht Stefan Huber von Verantwortung – meine Damen und Herren, hier drin sitzt die Verantwortung, ich verweise auf mein Eingangsvotum. Und wenn Sie ständig anfangen das Pferd hinten aufzuzäumen, dann sage ich Ihnen was rauskommt: Dann erlassen wir hier auch künftig weiterhin einen Bebauungsplan nach dem andern. Und bevor – und das ist am Postplatz so – bevor dieser effektiv umgesetzt wird, und eben diese Vorteile für die Öffentlichkeit je zum Tragen kommen können, haben die Privaten längst ihr Fuder eingefahren. Und wenn wir mit diesem Instrument Bebauungsplan weiterhin so herumspringen, indem eben diese Verbindung zwischen öffentlichem Nutzen und privatem Mehrnutzen – wenn wir dieses Junktim aufbrechen, dann können wir wirklich abdanken. Dann schaffen wir massive Ungleichheiten in dieser Stadt. Wir höhlen das Eigentum letztlich aus, indem einige bedeutend mehr erhalten als andere, wenn man sich diesen Mehrheitsverhältnissen hier drin und eben auch dieser

wirklich unsäglichen Initiative, die mit viel Tamtam geschickt inszeniert wurde und tatsächlich vom Volk angenommen wurde – wenn man so weiterverfährt, das ist eine Frage des politischen Stils auch, Herr Bruhin, und nicht, wer setzt am Schluss das jüngere Recht. Das kann's nicht sein. Weil, wenn wir hier die Geschichte eines Bebauungsplans bewusst ausblenden, dann können wir wirklich aufhören. Und so geht es eben nicht – und ich hoffe wirklich, dass die Gerichte diese Frage für unsere Stadt entscheiden werden.

David Meyer

Wir haben jetzt öfters gehört, wie wichtig diese Volksentscheide sind – aber sie widersprechen einfach dem Rechtsstaat. Das haben wir heute schon angesprochen, aber wichtig ist einfach zu verstehen: Wenn wir hingehen und jetzt diese Volksentscheide über alles halten, muss man wissen, wenn lauter Volksentscheide so ablaufen, sagt man dem Populismus. Und wir wissen aus anderen Ländern was dann geschieht, wenn das Gesetz und der Rechtsstaat nicht mehr greifen. In diesem Sinne muss ich sagen: Passt einfach auf, was wir jetzt hier drin heute schon gehört haben, ist nicht das, was eigentlich einer staatstragenden Situation gerechtfertigt wäre. Wir wissen einfach, was uns jetzt blüht, wenn wir das jetzt weiterziehen mit dieser Initiative: Ja, wir werden das jetzt die nächsten paar Jahre durchziehen, das wird in fünf, sechs Jahren vor den Gerichten irgendwie einen Entscheid geben, vorher wird's wohl eher nichts werden. Wir werden jetzt also, wenn wir das so machen würden, fünf, sechs Jahre hier draussen diese Brache haben, denn so lange wird der Platz einfach leer stehen oder irgendetwas drauf sein, aber sicher nichts, was dem Zentrum der Stadt würdig wäre. Und deswegen denke ich, das war dann doch nicht der Entscheid des Volkes, wenn man es schon so herziehen will, weil das hat man in dieser Deutlichkeit bei dieser Abstimmung nicht gesehen. Und ich glaube nicht, dass das der Entscheid war, der die Mehrheit in dieser Stadt haben möchte. Und deswegen denke ich, es wäre kein Dienst an der Stadt, wenn wir das jetzt so weiterziehen, wie wir im Moment unterwegs sind. Man sollte irgendwie die Möglichkeit – dann vielleicht in einem ruhigen Moment – doch mal ins Auge fassen, man kann diese Initiative dann auch mal zurückziehen. Und das wäre sicher auch ein Moment, wo man der Stadt einen Dienst machen kann.

Tabea Zimmermann Gibson

Eigentlich wollte ich nichts mehr dazu sagen, weil Barbara hat mir aus der Seele gesprochen. Nachdem dass du mich so direkt angesprochen hattest, kann ich natürlich nicht anders. Demokratie und der Rechtsstaat, das geht Hand in Hand. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir Linke sind uns gewohnt, dass wir Volksentscheide verlieren und akzeptieren. Hier in diesem Falle muss ich sagen, hat es mich – ja, ich gebe es zu, mit einer gewissen Genugtuung – gefreut zu hören, dass juristisch es nun heisst, diese Initiative sei nicht rechtens gewesen. Weil, das ist, was wir in unserer Fraktion und der Stadtrat schon von Anfang an gesagt haben. Es ist von dem her gesehen, aus meiner Sicht, ganz klar so, dass wir uns jetzt auf den juristischen Weg begeben und dass wir hören werden, was die Gerichte zu diesem Punkt sagen. Wenn die Gerichte sagen, die Initiative ist ungültig, dann wird sie nicht gelten und der Bebauungsplan, wie damals abgestimmt. Wenn die Gerichte sagen werden, doch, sie sei doch gültig, dann gilt der Volksentscheid. Ich halte mich an diesen Weg.

Hugo Halter, Ratspräsident

Jetzt hätte noch der Stadtpräsident das Wort und nachher schreiten wir zur Abstimmung.

Dolfi Müller, Stadtpräsident

Also, Ihr müsst nicht jetzt schon applaudieren, es ist zwar mein letztes politisches Votum – und ich hätte mir eigentlich kein interessanteres vorstellen können. Es ist tatsächlich ein brandheisses Thema, aber es ist eben weit mehr als eine Tischbombe, die da zum Platzen gebracht wird. Und es wurde schon vielfach gesagt: Es ist tatsächlich eine Frage des Rechtsstaates. Und ich sage es noch ein letztes Mal: Der Rechtsstaat geht der Demokratie vor – ganz klar so. Ich versuche jetzt aber ganz, ganz sachlich zu bleiben. Und ich glaube am sachlichsten ist man, wenn man den Initiativtext einfach nochmal nach vorne nimmt. Vor allem, auch Gregor, dieser Initiativtext ist zwar eine allgemeine Anregung, das ist richtig, aber der ist glasklar. Der Unterschied zwischen einer allgemeinen Anregung und einem ausformulierten Text wäre, dass man den ausformulierten Text gerade in den Bebauungsplan schreiben könnte – aber das geht gar nicht. Es ist tatsächlich eine allgemeine Anregung, aber die lässt überhaupt keinen Spielraum offen – null. Diese Anregung sagt: Von 60 aufzuhebenden Parkplätzen sind 42 zu belassen. Punkt. Schluss. Aus. Das ist die Aussage – nicht mehr und nicht weniger. Und dieser Initiativtext hier verlangt in keiner Art und Weise, dass der Stadtrat dann noch andere Vorteile zu liefern hätte, wenn die Übung am Schluss nicht aufgeht. Der Wurm steckt in der Initiative selbst. Das ist das Problem. Und halten wir uns an die Texte, es gibt nichts besseres wie so einen Text.

Nochmals kurz: Der Stadtrat hat diesen Text in Windeseile sofort umgesetzt und den Bebauungsplan umformuliert, im Sinne dieses Textes. Was hätte er anderes tun sollen? Es wurde schon gesagt: Es gab rechtliche Fragen, glp. Dann auch das Protokoll aus der GGR-Sitzung, damals vom März, und da habe ich gesagt: Dieser Text muss jetzt noch durch die Vorprüfung beim Kanton, meine Damen und Herren. Und da sind ein paar Hunde drin.

Und jetzt kommt noch ein ganz, ganz wichtiger Hinweis, für all die, die jetzt sagen: Ja, der Stadtrat muss nur ein bisschen kreativ sein, irgendwelche Planungsseminare veranstalten, damit er dieses Ding noch retten kann. Also übrigens: das Beispiel da oben, das haut nicht. Wenn wir jetzt da, bei der Direktion des Innern, eine EG-Umnutzung beschliessen – ja, wer soll das bezahlen? Der Kanton? Oder soll es bezahlen, der Herr Andermatt, der natürlich jetzt sagt: Ja, ich bin aus dem Rennen, geht mich gar nichts mehr an. Ich würde ihn sogar verstehen, wenn er das sagen würde. Also der Weg haut nicht, da müsst ihr ein sehr, sehr kreatives Planungsseminar machen.

Aber es ist eben ein anderer Punkt, und der wurde noch nicht erwähnt: Diese Initiative verletzt unter Umständen auch die Frage der Planbeständigkeit. Ja, bitteschön, soll jetzt der Stadtrat das auch noch retten? Geht ja gar nicht. Die Initiative ist da auf dem falschen Weg. Ich meine: Der Stadtrat ist kein Care-Team für verunglückte Initiativen. Ich glaube, das bringt es auf den Punkt. Dafür sind wir nicht zuständig. Wissen Sie, ich meine, das sind ja keine Anfänger, die diese Initiative gemacht haben. Das ist der Herr Granzio, der ist lebenslanglich Rechtsanwalt gewesen, er weiss, wie das Geschäft geht. Auch andere Anwälte sind dahinter. Für diesen Initiativtext haben wirklich nur die Initianten die Verantwortung, nicht der Stadtrat und niemand anderes. Es sind diese Leute. Die Stadtkanzlei schaut an: Ist dieser Initiativbogen in Ordnung? Ja, okay – das haben wir geschaut, der ist in Ordnung gewesen. Das war unser Job. Und diese zwei Juristen, die das gemacht haben, die wissen ganz genau, dass sie sich auf juristisch dünnem Eis bewegen. Und schön wäre es, sie würden das auch zugeben. Das machen sie aber nicht und darum sind wir mitten in diesem Schwarzer-Peter-Spiel drin, wo jetzt natürlich, ja, halt jede Fraktion ein bisschen ihr eigenes Spiel spielt. Da hat mit Rechtsstaat nichts zu tun. Gehen wir doch zu den Gerichten, für das haben wir ja Gerichte. Das ist gar nicht so abwegig. Ich meine – und das wurde auch schon gesagt und das stimmt –, wenn das Gericht, das Verwaltungsgericht, am Schluss dieses noch langen Prozesses – ich bin dann zum Glück nicht mehr dabei, weil, jetzt noch auf das Ende meiner Politikkarriere nochmals diese unsägliche Parkplatzdebatte führen zu müssen, ja, da bin ich froh – aber die Gerichte, die Gerichte sollen es sagen. Und wenn das Gericht sagt, nein, diese Initiative

ist gültig, dann ist sie gültig. Und dann gibt's auch nichts mehr zu diskutieren. Aber jetzt müssen wir halt diesen langen Weg gehen. Ich glaube, das ist wichtig und – vielleicht noch ein allerletztes: Der Stadtrat wäre nie und nimmer auf die Idee gekommen, diese Ungültigerklärung im Nachhinein da zu beantragen, wenn nicht dieses Schreiben hier gekommen wäre, unterschrieben vom Baudirektor Urs Hürlimann. Ihr habt's gelesen. Dieses Schreiben kann auch nicht klarer sein, oder? Das ist sonnenklar. Von dem Moment an war es klar, dass man da auf dem Holzweg ist. Und ich glaube, auch dazu sollte jetzt mindestens die Baudirektion einfach mal stehen. Da geht es letztlich um Rückgrat. Und das ist etwas vom wichtigsten, denke ich, in der Politik. Ich habe es auch nicht immer gehabt, aber ich habe einfach gemerkt – wenn ich es hatte, dann konnte ich eben auch gut schlafen, wie das vorhin gesagt wurde. Und um diese Frage geht es. Und darum steht jetzt der Stadtrat hin und hat dieses Rückgrat. Wenn das Gericht sagt: Nein, es ist anders - Ja, dann hat es das Gericht gesagt und dann geht es dann nicht mehr um Rückgrat, sondern nur noch um umsetzen. Ich glaube, das ist wichtig. Ich bin froh, dass Ihr mir noch einmal zugehört habt. Das war jetzt der sachliche Teil, nachher werde ich dann noch ein bisschen emotionaler.

Der Rat applaudiert.

Hugo Halter, Ratspräsident

Danke Dolfi. Somit stimmen wir jetzt über den Antrag der SVP-Fraktion um ablehnende Kenntnisnahme ab.

Abstimmung Nr. 10

- Für den Antrag der SVP-Fraktion, die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, stimmen 16 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der SVP-Fraktion, die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, stimmen 21 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 10

Ratspräsident Hugo Halter stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat und die Interpellation als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

9. Mitteilungen

Hugo Halter, Ratspräsident

Zuerst: Unser neuer Stadtweibel Marco Borner wurde letzte Woche Vater, herzliche Gratulation.

Der Rat applaudiert.

Dann: Unser Richi Rüegg wurde ebenfalls, aber stolzer Grossvater.

Der Rat applaudiert.

Dann der dritte Punkt: Unseren Stadtpräsidenten werde ich anlässlich des Nachtessens aus unseren Reihen verabschieden. Das geschieht dann, weil er aus dem GGR quasi entlassen wird.

Vierter Punkt: Es freut mich, dass das Büro Ihnen heute den neuen Stadt-Zug-Pin überreichen konnte. Dieser Pin soll etwas Spezielles für Amtsträger der Stadt Zug sein.

Die Adventszeit ist schon lang gestartet und das Jahr 2018 neigt sich dem Ende. Für mich endet mit der heutigen Sitzung bzw. formell per Ende Jahr ebenfalls ein Lebensabschnitt, indem ich meine politische Karriere nach 12 Jahren GGR und vorher 4 Jahren als Gemeinderat in der Freiämter Gemeinde Auw nun beende. Es waren 16 äusserst interessant, lehrreiche und spannende Jahre. Am meisten beeindruckt haben mich jedoch immer die Menschen, die unsere schöne Stadt weiterbringen wollten – also Sie alle in diesem Rat, sei es als GGR- oder sei es Stadtratsmitglied. Ich danke Ihnen an dieser Stelle für das immer spürbare Wohlwollen und hoffe, dass ich meine Zielsetzungen, die ich vor ziemlich genau zwei Jahren in diesem Rat als neu gewählter GGR-Präsident bekannt gab, auch in Ihrem Sinne erfüllen konnte – nämlich Anstand, Respekt, Zuhören und Vorbild sein. Für mich war es eine zweifellos tolle Zeit, die ich nicht missen möchte, trotzdem freue ich mich natürlich auf die Stunden, die ich so wieder für mich persönlich einsetzen darf. Dem oder der neuen Ratspräsidentin wünsche ich eine gute Hand, genügend Fingerspitzengefühl und einen ebenso positiven und konstruktiven Rat, wie ich es mit Ihnen erleben durfte. Interessiert werde ich selbstverständlich den politischen Lauf, nicht nur auf dem Postplatz, in der Stadt Zug und ganz besonders in diesem Rat mitverfolgen. Ich komme nun zum Schluss und wünsche Ihnen und Ihren Familien von Herzen frohe und besinnliche Weihnachten, und dann ein gesundes, glückliches und gutes neues Jahr 2019. In diesem Sinne: auf Wiedersehen, «tschau zäme, es isch wirkli schön gsi».

Der Rat applaudiert.

Hugo Halter, Ratspräsident

Herzlichen Dank. Ich habe gerade gedacht, es ist undiszipliniert, aber es freut mich natürlich sehr. Ja, ich danke Ihnen vielmals.

Dolfi Müller, Stadtratspräsident

Ja, ich sage es: Geschätzter Präsident Hugo Halter, Gratulation für die souveräne Ratsführung. Ich glaube, du hast es gespürt, das ist wirklich sehr gelungen gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gäste auch, hier im Saal.

Ja, wenn sich Politiker selber zitieren, ist es ja langsam Zeit zu gehen. Das habe ich schon am «Wirtschaftszmittag» gesagt, jetzt tue ich es schon wieder. Meine erste Präsidentenrolle in der Stadt Zug dauerte ganze 10 Minuten, 1999 war ich da Alterspräsident. Und da habe ich gesagt – und das ist jetzt halt das Selbstzitat: «Politik ist ein hochemotionales Geschäft, das Sachgeschäft macht die Verwaltung». Heute sagt Ihr vielleicht: Ja, hat noch was – damals herrschte im Saal betretenes Schweigen. Und irgendwie ist es, glaube ich, doch ein bisschen so. Ich spreche jetzt von diesem Saal hier, wo mein ganzes Politikerleben stattgefunden hat. Dafür reichten genau drei Stühle: Nämlich der von Joshua Weiss, das war mein Sitz, den habe ich eisern verteidigt, die SP-Fraktion war noch dort hinten damals. Dann war es der Sitz, wo jetzt Karl Kobelt ist, als Bauchef muss man schnell am Mikrofon sein. Und als «Stapi» musste ich dann ja nicht mehr so viel ans Mikrofon, darum da in der Mitte. 20 Jahre bin ich auf dieser Seite gesessen, von unten gesehen Mitte-Links, und das war eigentlich nur noch Oski Rickenbacher, wer ihn noch kennt, und Peter Kamm vergönnt, so 20 Jahre in diesem Rat zu verbringen. (Zu Monika Mathers) Aber jetzt geht's langsam über 20, «hä», mit dir – du hast den Rekord gebrochen, liebe Monika. Du sprengst hier wirklich alle Grenzen, das ist auch schön.

Was ich vor kurzem gesehen habe, war aber auch noch so ein schönes Foto in der Zeitung, von Stadträten in den 70er-Jahren, vielleicht haben es andere auch gesehen. Da hat doch tatsächlich Gusti Siedler mit 24 Jahren im Stadtrat die kürzeste Amtsdauer gehabt – die kürzeste, die anderen hatten mehr. Und da muss ich ja schon sagen, heute 16 Jahre, das ist energetisch die Obergrenze, da muss sich irgendetwas verändert haben, glaube ich. Es hat natürlich, glaube ich, auch damit zu tun – das ist mir heute wieder aufgefallen – so auch, wenn man sagt: Ja, Ihr müsst doch mit der Jazznight sprechen und so weiter. Ja, machen wir doch dauernd, oder? Da sieht man natürlich auch: Ihr seht nur die Spitze des Eisbergs von dem, was der Stadtratsjob wirklich ist. Das sind vielleicht 30 Prozent. Und darum, es ist wirklich auch noch ein bisschen eine andere Welt, aber es sind beide Welten für mich unglaublich gut gewesen. Mein Amtsvorgänger, Altmeister Christoph Luchsinger, hat uns immer gesagt: Ja, lieber «Bösgi», lieber Dolfi, ihr seid ja noch ein bisschen Lehrlinge im Stadtrat, ihr seid noch viel zu stark Parlamentarier. Jedenfalls 100 Tage reichen nie, das ist klar, um Stadtrat zu werden. Eine Legislatur ist das Minimum. Und die letzte war jetzt für mich mit Sicherheit die beste. Was ich ganz sicher bin: So eine Ratstätigkeit ist eine grossartige Lebensschule. Es lohnt sich wirklich, so etwas zu tun. Als Linker hat man noch den Vorteil, eben auch Niederlagen zu erleiden. Das ist für's Leben dann eben auch gut. Weil, man muss fast mehr überzeugen mit Argumenten und guten Lösungsvorschlägen, vielleicht noch mit ein bisschen Charme, wenn man eben auf den Bänken der Opposition sitzt. Ebenfalls gut, Ihr habt es vielleicht vorhin wieder gemerkt, ich kann nicht anders: Kampfgeist braucht es eben auch. Und da hat ja der österreichische Altkanzler Wolfgang Schüssel mal gesagt: Wie ein Mensch Fussball spielt, so ist er. Er sah sich immer als Mittelfeld-Regisseur. Ich bin höchstens ein knallharter Innenverteidiger. Und das sieht man dann vielleicht hier auch wieder: Also Kampfgeist spielt eine Rolle.

Trotzdem möchte ich jetzt hier noch eine Lanze brechen für den ausgewogenen Kompromiss in der Politik. Es wurde auch heute wieder gesagt. Im Moment sind Leute am Werk, auch in der Weltpolitik, da geht es nicht mehr um Win-win, sondern es geht um Win-lose. Und das 7:0 im Regierungsrat ist natürlich für mich auch eine Win-lose-Situation – aber ja, da müssen jetzt halt damit umgehen.

Ja, ich mach's jetzt kürzer. Vielleicht noch ein letztes Wort zur Politik von heute im Vergleich zu früher: Politiker und Politikerinnen definieren sich heute im Zeitalter des Individualismus vor allem nur noch über eines, das ist so mein Eindruck – über ihre Person, und weniger über ihre Sachpolitik oder ihre politische Herkunft. Ich glaube, Politik hat sich immer mehr zur Selbstvermarktung auch entwickelt. Das geht es ums USP, da geht es ums Branding, und weniger um Problemlösungskompetenz. Und was ich das Schwierigste finde, ist eigentlich: Wer sich kompromissbereit zeigt, gilt heute als Schwächling – in vielen Bereichen. Das finde ich eine Entwicklung, die mir doch einigermassen Sorgen macht.

Ich komme jetzt zum Schluss. Alexis de Tocqueville, das war ein Franzose, der nach Amerika ging, damals in der Revolution – der hat gesagt: «Die Kraft der freien Völker liegt in der Gemeinde». Die Kraft der freien Völker liegt in der Gemeinde. Damals gab es kein demokratischeres und vielfältigeres Land als die Vereinigten Staaten von Amerika. Und ich glaube, auch dieser Zuger Saal der Politik, der mich jetzt 36 Jahre lang begleitet hat, soll ein solcher Saal der Vielfalt sein. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir einfach nur im eigenen Saft schmoren – so schön und so gut Eintopfgerichte auch sein mögen. Und ich glaube, ich habe wirklich auch ganz, ganz häufig Vielfalt erlebt in diesem Saal. Es gab auch sehr, sehr schöne Momente. Zum Beispiel, wenn der ganze Rat oder fast der ganze Rat sich für den Umzug ins LG-22 entschieden hat. Neue Kunsteisbahn haben wir da durchgebracht, grosse Momente. Dann auch die Einstimmigkeit beim Technologiecluster V-Zug, für mich ein grosser Moment. Oder auch Vielfalt Galvanik: Galvanik wurde hier angenommen und vom Volk angenommen, obwohl das ja ein bisschen Randständige sind – oder man meint es wenigstens. Und wir haben uns ja manchmal auch da drin gerieben, in diesem Saal, haben uns böse angefunkelt, die Hände verworfen, den Kopf geschüttelt – aber manchmal wurde es mir auch sehr, sehr warm ums Herz da drin. Am meisten gefreut haben mich immer so unerwartete Voten, die ich einer bestimmten Person nie zugetraut hätte. Ich finde, das ist einer der grössten Momente, wenn jemand etwas sagt – Schema X – und der ist ja oder die ist ja ganz anders. Das sind gute Momente. Oder auch mutige Voten, geradlinige Voten, persönliche Voten, wo man merkt, was der Mensch dahinter ist. Und vor allem auch humorvolle Voten, wo die Verbissenheit nicht mehr spürbar ist. Weil, ich bin überzeugt: Guter Humor schafft Nähe und erzeugt Wärme, darum bin ich mir sicher – gute Politik braucht guten Humor. So sehr wir uns auch gestritten haben, manchmal, ich glaube – egal waren wir uns nie. Und das ist auch schön. Wenn wir uns egal sind, dann muss man sagen: «Ja, isch mer eh Wurst» – so war's nicht. Wir haben uns wirklich gerieben und wir haben sogar immer wieder auch herzlich gelacht zusammen – nicht übereinander, sondern miteinander. Und dafür danke ich euch allen hier von ganzem Herzen, wünsche alles Gute – vor allem auch denjenigen, die dann wieder starten im Januar. Danke vielmals, es war mir eine Ehre mit euch, und ein Vergnügen – merci.

Der Rat applaudiert.

Hugo Halter, Ratspräsident

Wir sind noch nicht ganz am Ende, Urs Bertschi hat noch das Wort gewünscht. Bitte Urs.

Urs Bertschi

Ja, lieber Hugo, lieber Dolfi, ihr habt's gesehen, man hat sich für euch erhoben, auch ich danke euch sehr herzlich für eure Freundschaft, auch hier in diesem Rat. (Zu Hugo Halter) Mit dir konnte ich in der PUK zusammenarbeiten, hat grosse Freude gemacht. Dolfi ist für mich, ja – ein Jugendfreund und ein – mit dem ging ich schon durch dick und dünn. Und auch wenn ich hin und wieder da kritisch mich äusserte, wir sind nach wie vor dicke Freunde – herzlichen Dank.

Aber eben, das ist an sich nicht die Dramaturgie, die ich gesucht habe. Ich stehe hier in eigener Sache. Meine Damen und Herren, 8 Jahre als BPK-Präsident sind genug. Ich stelle hier mein Amt

zur Verfügung, ich trete zurück. Ich denke es macht Sinn, wenn diese Kommission unter ein neues Präsidium kommt. Ich habe mich während meinen 8 Jahren wirklich bemüht, für das Wohle der Stadt unterwegs zu sein. Und mit grosser Genugtuung, glaube ich, kann ich feststellen, dass zumindest die BPK mir sehr oft gefolgt ist. Dafür danke ich euch wirklich – für dieses Wohlwollen und auch das Vertrauen und diese mitunter auch knackige Zusammenarbeit in unseren Kommissionssitzungen. Das der GGR letztlich dieser BPK nicht immer gefolgt ist, das mag zum politischen Spiel gehören, aber ich hege hier einen letzten Wunsch, in meiner Eigenschaft als Noch-BPK-Präsident – am 18. Dezember wird die letzte Sitzung mit einem Apéro über die Bühne gehen: Tragen Sie dieser Stadt Sorge. Besten Dank.

Der Rat applaudiert.

Ratspräsident Hugo Halter wird ein Blumenstrauss überreicht.

Hugo Halter, Ratspräsident

Herzlichen Dank. Ich freue mich sehr über diesen Blumenstrauss, den ich ja den ganzen Abend jetzt mittragen darf. Ich werde ihn gerne weiterreichen, herzlichen Dank.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 8. Januar 2019

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber

Beilage:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2018
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste